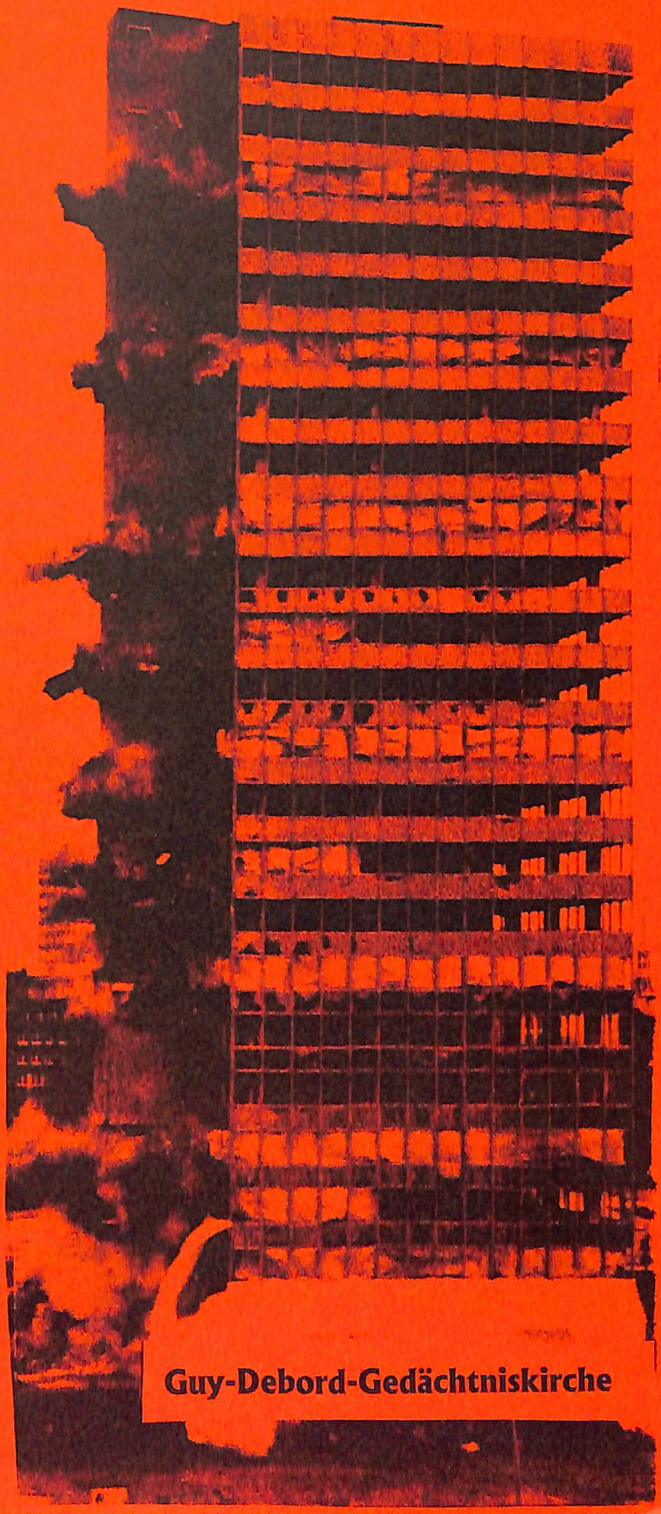
Das ganze Leben der Gesellschaften, in welchen die modernen Produktionsbedingungen herrschen, erscheint als eine ungeheure Sammlung von *Spektakeln*. Alles was unmittelbar erlebt wurde, ist in eine Vorstellung entwichen. (...) Das Spektakel überhaupt ist, als konkrete Verkehrung des Lebens, die eigenständige Bewegung des Unlebendigen.

März 1995

zirkulär 13



Guy-Debord-Gedächtniskirche

Inhalt Zirkulär 13, März 1995

3 Einstürzende Neubauten
4 Absage des Biedenkopf-Treffens
4 Städtebericht Berlin
21 Montagearbeit
32 Über den Verkauf der Arbeitskraft
35 Gruppenarbeit Daimler Mannheim
36 IGM-Veranstaltung in Hagen
38 Achtung Langfinger
41 Fragen zu Tschetschenien
43 Auf Öl gestoßen
53 Antifa(M): Kritik der Kritik der Kritik
57 Antirassismus in Deutschland
65 Chase Bank fordert Krieg gegen Zapatisten
67 Ankündigungen

Kontakte:

Ost: * Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/6121848

West: * Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
* Infoladen Paderborn, Postfach 1334, 33043 Paderborn

Nord: * Zirkular c/o St.Paulistr.10, 28203 Bremen
* Gruppe Z c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen
* Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg

Süd: * Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel+Fax: 0621/6295271
* Wildcat, Postlagerkarte 172649 E, 79001 Freiburg

Abos: Wer an der Zirkular-Diskussion teilnehmen will, soll ein Abonnement bestellen. Einzelexemplar 4 DM, 6 Ausgaben 24 DM/ Ausland 30 DM. Schriftliche Bestellung an Sisina Berlin und Vorkasse an Sisina GbrR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Statt eines Editorials:

Von einstürzenden Neubauten

Sankt Pauli, Aschermittwoch 1995

Der Nordstern stand, schon ein wenig böse funkelnd, über Hamburg, als sich die Redaktion dieses Zirkulars in St. Pauli traf. Wir befürchteten schon das Schlimmste, denn es sollte die *Nummer 13* werden! Aber trotz Angst und Aberglauben leuchtete in dieser Nacht derselbe Stern auch auf die Ruine des *IDUNA*-Hochhauses, das nur eine Woche zuvor unter den Augen von 80.000 begeisterten ProletarierInnen zu Boden gesprengt worden war. Wir bezwangen Angst und Aberglauben, indem wir die Worte Durrutis andächtig im Chor murmelten: "*...denn die Bourgeoisie wird in der letzten Phase ihrer Geschichte versuchen, die ganze Welt in Ruinen zu verwandeln. Aber ich sage Ihnen noch einmal, uns, den Arbeitern, machen die Ruinen keine Angst, denn wir tragen eine neue Welt in unseren Herzen. Und diese Welt wächst in diesem Augenblick.*" Böse konnte der Nordstern also nur der Bourgeoisie leuchten. Uns aber gingen Licht und Hoffnung auf – eben auf *einstürzende Neubauten...*

Am Morgen danach waren wir nüchtern. Vor uns lag ein Heft von Menschenhand. Statt in den Sternen ließ sich die Zukunft leider nur aus dieser Hand lesen: Das angekündigte Treffen in Biedenkopf fällt aus. So ist statt eines Vorbereitung-Readers ein ganz normales Zirkular mit Beiträgen zu verschiedenen Themen unserer Diskussion entstanden. Wir haben uns darauf beschränkt, nur solche Beiträge aufzunehmen, die einen, für uns erkennbaren, direkten Zusammenhang mit unserer Arbeit und Diskussion haben. Zwei Artikel, die uns aus Göttingen zugeschickt wurden, sind alleine ihres Umfangs wegen nicht aufgenommen worden. Grundsätzlich drucken wir Artikel, die schon woanders erschienen sind, nicht gern nochmal ab. Faßt sie doch lieber kurz zusammen und sagt, was ihr politisch wichtig dran findet und wo sie erschienen sind. Falls ihr trotzdem unbedingt wollt, daß sie ins Zirkular kommen, solltet ihr das begründen.

Um auf den Nordstern zurückzukommen: Seit Tagen läßt er dieses Papier nachts reichlich fade schimmern. Wir wissen ja, daß auch dieses Heft bloß *Prosa aus der Vorgeschichte der Revolution* bleibt, aber – jenseits allen Aberglaubens – sind wir der festen Überzeugung, daß anderen die Sterne einmal günstiger scheinen werden und eines Tages aus einem Zirkular endlich die *Poesie des Aufstands* funkeln wird – jene Poesie, die nur wenige Minuten lang in den hungrigen Augen von 80.000 ProletarierInnen glänzte, als das *IDUNA*-Hochhaus in Hamburg am Millerntor zu Boden gesprengt wurde....

Mit der Bitte um Nachsicht,
die Hamburger Redaktion

Absage des Treffens in Biedenkopf

Wir hatten im Zirkular Nr.11 für den 31.3.-2.4. zu einem Treffen zur »Militanten Untersuchung« eingeladen.
Dieses Treffen müssen wir leider absagen. Der Hauptgrund ist – neben den bisher spärlichen Anmeldungen – der ebenso spärliche Stand der Vorbereitungen.
Bei einem ebenfalls im Zirkular erwähnten Treffen im Dezember hatte sich ein Vorbereitungskreis konstituiert, der sich bereit erklärt hatte, die inhaltliche Vorbereitung für die Konferenz zu übernehmen. Bis heute liegen uns zu wenige Beiträge vor – ganz wichtige fehlen.
Bei dieser mangelnden Vorbereitung wollen wir das Treffen so nicht einfach durchziehen, da wir auch eine gewisse Verantwortung gegenüber denen haben, die wir einladen.

Stattdessen trifft sich Ende März nochmals die Vorbereitungsgruppe und diejenigen Leute aus dem Zirkularkreis, die an konkreten MU-Projekten arbeiten und im kleineren Kreis Bilanz ihrer Erfahrungen und vorläufigen Thesen ziehen wollen.

Wer also schon Geld überwiesen hat für das Treffen, bekommt es die Tage rücküberwiesen.

Bis zum nächsten Mal!

Ansatz zu einem Städtebericht Berlin

Wir haben versprochen, einen Städtebericht zu machen, deshalb kommt jetzt hier was. Das hat vor allem den Zweck, Euch in den anderen Städten grob darüber zu informieren, was wir hier so treiben. Vorgenommen hatten wir uns eigentlich, es so wie unsere Potsdamer GenossInnen zu machen und das Erstellen des Berichts dazu zu nutzen, uns selber mehr Klarheit über die Klassensituation hier in der Stadt zu verschaffen. Aber das haben wir "nebenbei" nicht hingekriegt. Wir reißen diesmal nur einige Punkte an. Der Bericht besteht aus Einzelleistungen und dokumentiert damit auch recht gut den Zustand unseres Zusammenhangs hier: alle sind überfordert; es gibt viele Ideen, aber zu wenige Kräfte, sie umzusetzen. Die meisten von uns sind in mehreren Gruppen aktiv, aber die Gruppen selbst sind alle viel zu klein. Die Zeit für eine politische Diskussion, die daraus ein Ganzes werden lassen und die wesentlichen Fragen vertiefen könnte, nimmt "man" sich nicht. Apropos Gruppen: Jemand wollte noch einen Beitrag über den Zustand der Autonomen Erwerbslosen-Ini schreiben, in der er mitmacht, ist

aber nicht fertig geworden. Und über die Bau-Gruppe schreiben wir jetzt nicht nochmal was, da wir in den letzten Zirkularen schon einiges darüber geschrieben haben.

BerlinerInnen (inklusive, bzw. vor allem TaxifahrerInnen) können nicht Auto fahren. In anderen Städten läßt sich das Gemecker auf »Rastatt-Land« oder ähnliche benachbarte Kreise konzentrieren, in Berlin sind es die mit dem Kennzeichen B, die nerven. Es gibt in dieser Stadt auch kaum brauchbare Bäcker oder Metzger (außer vielleicht den türkischen, aber die können keine Steaks schneiden!), im Postamt (und im Osten an den Telefonzellen) mußt du 20 Minuten Schlange stehen, um ne Briefmarke zu kaufen, die Busse und U-Bahnen sind überfüllt, wenn's zur Arbeit geht, besonders die Busfahrer sind grundsätzlich unfreundlich, mit dem Auto stehst du im Stau, die Zahl der Gerichtsverfahren wegen Beleidigung unter Autofahrern explodiert, bei Auseinandersetzungen um Parkplätze kann es schon mal Tote geben...

Etwa 3,5 Mio. Menschen leben offiziell in Berlin. Besonders im Ostteil ist die Geburtenrate seit 1989 auf etwa 40% des damaligen Standes gesunken, informeller massenhafter Gebärstreik. Die Bevölkerungszahl kann nur durch Zuzug aus dem In- und Ausland aufrecht erhalten werden – auch insofern ist alles wie zu Zeiten des Kalten Kriegs geblieben.

Berlin ist auf vielen Ebenen ziemlich hintendran: es ist nur über schlechte und schmale Autobahnen zu erreichen, es hat keinen bedeutenden internationalen Flughafen, sondern drei mittlere bis kleinere, erst vor kurzem wurde es an das bundesweite Energieversorgungsnetz angeschlossen, die Versorgung mit Telekommunikation ist miserabel, im Osten haben immer noch viele kein Telefon, die Leitungen taugen nichts, also niedrige Übertragungsrate bei Datenfernübertragung. Die Luft ist im Winter immer noch beschissen vom Hausbrand mit Braunkohle. Es gibt keinen Fußballverein in der Bundesliga, nur der Verein der privaten Müllfahrer, Alba Berlin, hat es im Basketball dieses Jahr richtig weit gebracht.

Und dieses Berlin soll Hauptstadt werden! Dahinter könnte ein Einschnitt in der politischen Geschichte der Republik stecken, also Rückorientierung auf alte Großmachtbestrebungen (und damit ein eher autoritäres Regime), Hauptstadt des Deutschen Reiches, Hitlers Hauptstadt Germania, Umorientierung auf den osteuropäischen Raum usw. ...

Aber das Modell BRD war ähnlich modern wie das der USA, Brasiliens, der Türkei, nämlich eine kleine Hauptstadt Bonn als Regierungssitz, als politisches Zentrum, (in diesem Fall der politisch/militärischen Blockteilung geschuldet, aber auch) als modernes Konzept, als Versuch, alte, eingefahrene Strukturen der Klassenrigidität und auch der Filzokratie anzugehen – im Vergleich zu alten Metropolen wie Paris, London, Lissabon, Madrid, Wien, eine Hauptstadt ohne Massen von ProletarierInnen, die Ärger machen könnten (und auch gemacht hatten, vorher und 1918 und 1953 und später).

Nach dem Zweiten Weltkrieg hing Berlin (und zwar beide Teile) am Tropf. Baumaterialien, Nahrungsmittel für den Westteil mußten aus Westdeutschland herbeigeschafft werden, Berlin hatte die höchsten Baupreise der Republik... Der Ostteil, die »Haupt-

stadt der DDR«, war im wesentlichen Zentrum für Politik und Verwaltung, Kunst und Kultur, hatte Schaufensterfunktion fürs Ausland, mit einem Pol entwickelter Industrie (z.B. Werk für Fernsehelektronik, heute Samsung).

Durch den Fall der Mauer und die Abschaffung der DDR ist einiges in Bewegung geraten. Die Lohn- und Mietensubventionierung wurde gestoppt (in Westberlin schon vor dem November 1989), die Industrie der Massenfertigung zieht ins Umland (Brandenburg) zu den wesentlich niedrigeren Tarifen und neuen Subventionen bei der Standortbereitstellung. Dort werden auch die neuen Zulieferer für die Bauindustrie angesiedelt.

Warum also Berlin als Hauptstadt? Dagegen spricht die rigide Klasse im Öffentlichen Dienst in West und Ost sowie der unproduktive Filz von Mafia/Organisierter Kriminalität, StaSi, Parteien, Seilschaften, (Bau-)Wirtschaft.

Aber darum geht's vielleicht gerade: Die Ossis beruhigen (Hauptstadt Berlin als Garant der Entwicklung der neuen Länder – auch bei den Löhnen: Ostberlin hatte als erstes Gebiet 100 Prozent Westtarif im Öffentlichen Dienst), die politische Integration der DDR durch die Arbeit, der Umzug als Chance, in den Strukturen auf allen Ebenen (Regierung, Verwaltung, Dienstleistungen, Fabrik, Bau, Zusammensetzung in den Kiezen, Zusammensetzung der Bevölkerung usw.) aufzuräumen, den schlanken Staat und die schlanke Produktion zum Zuge kommen zu lassen. Nur als Hauptstadt kann Berlin mit Bundesmitteln neu aufgebaut werden.

Und der Bedarf an Baumaßnahmen ist riesig, der stark verschuldete Sozialstaat braucht Umstrukturierung auf allen Ebenen: Überholung und Ausbau der Infrastruktur, Regierungsbauten, neue städtische Zentren (Potsdamer Platz, Friedrichstraße, Alexanderplatz), Wohnungsbau und -Sanierung, Büros und Dienstleistungszentren, im Umland neue Fabriken (Näheres zu den Bedingungen für die Bauarbeiter in Berlin siehe u.a. Zirkular 4, 6, 8 und 11 sowie in *Wildcat* 64). Das ist mit den vorhandenen ansässigen BauarbeiterInnen nicht drin, die Löhne würden sofort explodieren.

Mit dem Wegfall der Mauer ist ein großräumiger Arbeitsmarkt entstanden: Ukrainer arbeiten in Polen, Polen gehen nach Deutschland, usw. – Löhne und Bedingungen in anderen Ländern wirken sich jetzt viel direkter auf Löhne und Bedingungen hier aus. Berlin ist zu einem Knotenpunkt dieser Wanderung geworden, und es braucht die Migration: ein Teil ist Pendlermigration aus Polen, Portugal, Irland usw., hauptsächlich für den Bau. Ein anderer Teil kommt über die Asylgesetzgebung, wird übers Land verteilt, sammelt sich aber in Berlin, teils getrieben durch die noch gefährlichere Situation in Lagern in der Pampa, teils angezogen von der großen Stadt und ihrem Arbeitsmarkt. Viele von ihnen arbeiten in der Gastronomie, im Putzsektor, in privaten Haushalten, in der Prostitution oder auch auf dem Bau. Es entstehen neue illegale Sektoren, es findet ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß der permanenten Unterschichtung neuer Gruppen durch Zuwanderung statt.

Und es gibt einen Prozeß der Aufspaltung der Gesellschaft in alle möglichen Arten von scenes, oft nach der Verfügbarkeit von Geld. (In der Szene hat das unter anderem zu den Aktionen von »Klasse gegen Klasse« gegen die Yuppiefizierung in Kreuzberg

geführt.) Solche Uneinigkeit in der Klasse ist aber auch ein Problem für die Herrschenden: (Stadt-)Planung wird auf diese Weise nicht gerade leichter, und schon gar nicht leichter durchzusetzen. Für den Umbau Berlins ist der Bundesbauminister jetzt nicht nur Chef der Umzugsplanung, sondern hat auch Kompetenzen der Bezirke und des Senats erhalten, um Projekte ohne jahrelange Prozesse durchziehen zu können. Doch das Scheitern der Olympiabewerbung, das Tauziehen um den Innenstadtring, den Tiergartentunnel, die Südtangente usw., die lebhafte Streiktätigkeit der ÖTV, eine breite Unterstützung für illegale MigrantInnen, um nur einiges zu nennen, läßt erwarten, daß sich in Berlin erst mal nichts Wesentliches ändern wird: Berlin bleibt fürchterlich – fürchterlich interessant.

Praxis des Berliner Zirkularzusammenhangs

Vorbemerkungen:
a) Die Berliner Zirkulargruppe setzt sich ausschließlich aus Zugezogenen zusammen. Es gibt unter uns keinen gebürtigen Berliner. Das verschließt uns viele Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, wenn man in einer Stadt aufwächst und über Kindergarten, Schule, Ausbildung, Straßengang etc. alles mitmacht. So wie großen Teilen der Berliner radikalen Linken fehlt auch uns eine gewachsene Bindung zu unserem sozialem Umfeld.
b) Die größten Anstrengungen mußten in den letzten Monaten leider rein gesteckt werden, diesen Zusammenhang überhaupt aufrechtzuerhalten. Es fällt uns schwer, einen gemeinsamen praktischen Bezugspunkt zu finden, an dem sich alle orientieren können. Es wäre andererseits eine eigene Abhandlung zu beschreiben, ob wir uns nun als »Zirkulargruppe« sehen oder nicht, und wenn nicht, als was dann ...

Ganz kurz unsere Geschichte in den letzten fünf Jahren
Zu Zeiten der Wende hatten wir in Berlin ein regelmäßiges Treffen mit 10 – 15 zumeist türkischen Arbeitern aus drei bis vier Metallfabriken und uns, aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (auch Fabrik, Krankenhaus und Ambulante Dienste, arbeitslos). Im Vergleich zu heute hatten wir bessere Möglichkeiten für irgendwelche Initiativen. Aber monatelang zog sich dieses Treffen mit wechselnder Zusammensetzung hin, ohne zu praktischen Initiativen zu kommen. Wir gingen damals davon aus, daß das wichtigste ist, daß erstmal möglichst viele Arbeiter zum Treffen kommen (»Selbstorganisations«-Ansatz). Sind die erstmal da, kommt schon von alleine was dabei heraus. Wochenlang sind z.B. einige Leute von Herlitz gekommen, haben mit uns über dies und jenes diskutiert, aber fast nie über Herlitz und ob und was man dort machen könnte. Nach und nach blieben sie dann wieder weg und irgendwann schlief das ganze Treffen dann ein.

»Nach Biedenkopf...«
haben wir erstmal versucht, die ganze Breite unseres politischen Ansatzes auszuloten

und zu thematisieren (militante Untersuchung, Beschäftigung mit den Klassenkämpfen in Rußland, Kritik des Anti-Rassismus und überhaupt der politischen Szene, Migration und Bauarbeit usw.). Das hat zu interessanten Gesprächen, aber bisher zu keinem gemeinsamen Ansatz geführt. Das meiste, was wir praktisch tun, machen wir in kleineren Gruppen, die parallel zum »Gesamtzusammenhang« oder ganz unabhängig von ihm arbeiten.

Bei all unseren Versuchen (Baugruppe, Fabrik, Veranstaltungsreihe in Potsdam) geht es uns in erster Linie darum, die politischen Leute zu finden, um dann mit ihnen gemeinsam was zu machen. Wobei wir über das WAS seit Biedenkopf sehr wenig diskutiert haben. Erst in den letzten Wochen sind wir dabei, uns mal längerfristige Gedanken zu nem gemeinsamen Ansatz zu machen.

Mit dem Anspruch, uns auf die realen politischen Regungen in der Klasse zu beziehen, sind wir an Grenzen gestoßen (man könnte auch sagen: »die Mauer, an die wir uns lehnen konnten, ist weggebrochen«). Egal, wo wir z.Zt. hinsehen, es gibt keine politischen Bewegungen. Es gibt eine sehr zähe nervtötende Situation politischen Stillstandes, oder eher noch Rückzuges. Das erleben nicht nur wir so. Wir finden nirgendwo noch so was wie "Arbeiterkader", die bereit wären, mit uns den politischen Kampf zu organisieren.

Viele von uns lösen das bisher mit einem totalen Aktionismus in ihren Kleingruppen – beides sehr prägende Merkmale der großstädtischen Politszene. Für die akribische Kleinarbeit einer Militanten Untersuchung fehlt dann oft die Zeit, genauso fehlen Zeit und Bereitschaft, sich auf ne genaue und verbindliche Diskussion einzulassen. Denn die Kleingruppen stehen auch unter großen Erfolgsdruck, denn Niederlagen, Probleme, Rückschläge führen immer zu Austritten und selten zu ner gemeinsamen Aufarbeitung.

Ein anderer Bestandteil unserer Praxis ist immer wieder mal die Auseinandersetzung mit der politischen Szene. Das läuft allerdings nicht offensiv und gemeinsam, sondern in der Regel individuell, weil die meisten von uns auf die eine oder andere Art in dieser Szene drinstecken (in ehemals besetzten Häusern wohnen, in WGs mit Leuten aus der Szene zusammenwohnen, oder ihrE FreundIn in der Szene politisch aktiv ist usw.).

Bisher sind wir nicht als kollektiver Zusammenhang nach außen aufgetreten. Das liegt zum einen daran, daß wir auch nach innen keiner sind und uns zu vielen Themen (der radikalen Linken) keine gemeinsame Position erarbeitet haben. Andererseits fällt es uns auch an vielen Stellen immer schwerer, diese Szene und ihre Themen ernst zu nehmen. Zu viele Leute aus dieser Szene betreiben ihre Politik inzwischen als Beruf und lassen sich dafür meist vom Staat bezahlen. Politische Kampagnen dienen im Grunde genommen oft dazu, den eigenen, gut dotierten Job zu sichern (Wes Brot ich eß, des Lied ich sing!).

Ein Punkt soll nicht unerwähnt bleiben, alldieweil er uns viel Müh und Plage kostet. Das ist die Arbeit, die einige von uns in die Aufrechterhaltung des bundesweiten Zirkularzusammenhang stecken.

Arbeiterklasse in Berlin – Abschied vom (türkischen) Massenarbeiter?

Schon im letzten Jahrhundert war Berlin eine Einwandererstadt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich die Altersstruktur im Westteil stark verschoben – die jungen Leute sind aufgrund schlechter Berufschancen abgewandert, nur die Alten sind geblieben; deshalb hat Westberlin insbesondere nach dem Mauerbau die Zuwanderung mit finanziellen Mitteln gefördert. Schon Ende der 50er Jahre begann auch die massive Anwerbung von GastarbeiterInnen in Südeuropa. Hinzu kamen die "politischen" Einwanderungswellen: die Kriegsdienstflüchtlinge, die StudentInnen um '68, die HausbesetzerInnen Anfang der 80er Jahre aus Westdeutschland. Die politischen Flüchtlinge aus Polen und der Türkei zur Zeit der Militärdiktatur, und seit 1989 die Flüchtlinge aus dem Jugoslawienkrieg, aus Osteuropa, aus allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion.

Westberlin war immer von Zahlungen (der BRD, der NATO, der EG) abhängig, um überhaupt seine Infrastruktur aufrechterhalten zu können. Die gesamte Westberliner Wirtschaftsstruktur ist nur in Zusammenhang mit den Berlin-Subventionen erklärbar. Mit der Berlin-Förderung wurde ein kompliziertes Subventionssystem geschaffen, aus dem jeder Unternehmer für Investitionen in Anlagen einen Anteil zwischen 10 und 40% bezahlt – geschenkt! – bekam. Außerdem gab es die Möglichkeit der »beschleunigten Abschreibung« für Anlagen und die Förderung der Auslagerung von Produktionsstufen nach Berlin. Dies führte zur Ansiedlung von Produktionsstätten, die oft nur sogenannte verlängerte Werkbänke westdeutscher Unternehmen waren. Mit wenigen Ausnahmen waren praktisch alle wichtigen Unternehmenszentralen nach Westdeutschland umgezogen; die Unsicherheit aufgrund der Insellage, die schlechten Transportwege und das Verbot der Rüstungsproduktion waren die Hauptgründe. Traditionell war Berlin Standort von Elektro- und Maschinenbauindustrie gewesen. Wegen des Verbots der Rüstungsproduktion wurden hier im Kalten Krieg hauptsächlich Hausgeräte, Telefone und Massenware gebaut, also vor allem Frauenmontagearbeit. Die Berlin-Förderung führte zu einer Konzentration von kapitalintensiver Leichtindustrie wie Lebensmittelindustrie (Zigaretten, Kakao, Süßigkeiten), weil die Maschinerie eben hoch subventioniert war, und für die Produktion genug eingewanderte Massenarbeiter zu niedrigen Löhnen zur Verfügung standen. Denn nicht nur die Fabrikanlagen waren staatlich subventioniert, sondern auch die Löhne. Mit der Berlin-Zulage wurden »als Ausgleich für die höheren Lebenshaltungskosten in Berlin« (alles mußte aus dem Westen hertrasportiert werden) 8% des Bruttolohns als Nettozulage bezahlt. Auf Seite der ArbeiterInnen glich diese Zulage aber nicht einmal die Differenz zu den höheren Löhnen im Bundesgebiet aus, im Vergleich zu anderen Großstädten und Ballungsräumen war Westberlin immer Niedriglohngebiet.

Auch nachdem Westberlin seine Hauptstadtfunktion verloren hatte, wurde hier viel Bürokratie angesiedelt. Hinzu kommen die Eigenbetriebe Berlins wie Energieversorgung, gut ausgebauter Personentransport, Straßenreinigung und ein größeres Netz an Unis, Fachschulen, Schulen, Ganztagsschulen, Volkshochschulen usw. als in westdeutschen Städten. Ein Posten in diesem aufgeblähten Staatsdienst war für einen großen Teil der Berliner ArbeiterInnen eine erstrebenswerte Sache, die sich finanziell eher lohnte als ein Job in Industrie oder im Handel und außerdem Sicherheit versprach –

auch auf der untersten Arbeiterebene. Der öffentliche Dienst in Berlin ist fast ausschließlich mit Deutschen und Deutschstämmigen besetzt. Protektionistische Mechanismen haben dafür gesorgt, daß sogar die städtischen Müllmänner in Berlin zumindest deutschstämmig sind. Gegen diese ganze Struktur läuft seit etwa zwei Jahren ein groß angelegter Rationalisierungsangriff unter dem Motto »schlanker Staat« oder »schlanke Verwaltung«. Dazu gehört in erster Linie die Privatisierung von Eigenbetrieben, die Auslagerung von Reinigungsarbeit usw. (In diesen neuen Jobs wie Wachschutz bei der U-Bahn oder Reiniger sind fast nur OstberlinerInnen zu finden.) Die geplante Vereinigung von Berlin und Brandenburg ist solch ein Schritt zur Verwaltungsrationalisierung – und wird dementsprechend von diversen Kräften innerhalb dieser Verwaltung blockiert.

Der öffentliche Dienst und die städtischen Eigenbetriebe waren innerhalb der Gewerkschaft und in den Parteien hier immer ein nicht zu umgehender Machtfaktor – ganz anders als die Industriebetriebe, die im politischen Leben nie diese Bedeutung hatten. Die größte Westberliner Fabrik hat gerademal 3500 Beschäftigte. (Bei Siemens insgesamt arbeiten natürlich an die 12 000, aber eben unterteilt in viele einzelne Werke.) Die Niederlassungen von Daimler, BMW, Ford haben allesamt zwischen 1000 und 3000 Beschäftigte. Die Metallarbeitergewerkschaft hat in Berlin zum letzten Mal in den 30er Jahren zum Streik aufgerufen (Warnstreiks gibt es natürlich). Sogar die Welle wilder Streiks Ende der 60er Jahre ist fast spurlos an Berlin vorbei gegangen – trotz einiger linker Betriebszellen.

Nicht in allen Sektoren sieht es so aus wie in der Metallindustrie, aber auch da liegen die größeren Streiks eine Weile zurück: der Druckerstreik 1976 z.B.. Häufiger streikt schon mal die BVG oder die BSR.

Die spektakulärste Streikbewegung in Berlin war der fast elfwöchige Streik von 4000 ErzieherInnen (über 90% Frauen; es war ein weitgehend an der Basis selbst organisierter "Frauenkampf") im Januar/Februar 1990, der allerdings in einer Niederlage endete – was wohl vor allem am ungünstigen politischen Zeitpunkt zwei Monate nach der Maueröffnung lag.

Vor dem Mauerbau arbeiteten in den Westberliner Fabriken viele Ostdeutsche, nach dem Mauerbau wurden sie durch ImmigrantInnen aus Süd/Südosteuropa ersetzt, v.a. aus der Türkei. Offiziell angeworben wurden sie bis 1973, aber auch danach kamen über Familiennachzug und nach 1980 über Asylanträge Tausende von potentiellen neuen ArbeiterInnen aus der Türkei. Bevor die Altersgrenze für nachgeholte Kinder auf unter 16 Jahre herabgesetzt wurde, kam noch einmal ein ganzer Schub türkischer Jugendlicher nach Berlin, für die spezielle Ausbildungsstätten errichtet wurden, in denen sie innerhalb eines Jahres in Deutsch und Industriearbeit ausgebildet wurden.

Die ImmigrantInnen aus Jugoslawien und der Türkei besetzten den Großteil der unqualifizierten Arbeitsplätze in der Elektroindustrie, Textilindustrie, Lebensmittelindustrie, zunehmend auch auf dem Bau und im Reinigungssektor (v.a. nachgezogene Familienmitglieder, die keine Deutschkenntnisse und oft auch keine Papiere brauchten). Die Trennung in »deutsche« und »ausländische« Abteilungen, Fabriken, Sektoren ist in Westberlin viel schärfer gewesen, als wir das aus westdeutschen Städten kannten. Die

türkische community hat sich hier viel stärker als sonstwo eingeigelt, sie ist in Berlin stärker islamisch geprägt als etwa die BewohnerInnen Istanbuls. Auf der anderen Seite war so etwas wie Rassismus schon in den 80er Jahren in Westberliner Fabriken sehr viel stärker spürbar als etwa in westdeutschen.

Doch mit der Einwanderungswelle nach 1980 kam auch eine "politische Generation" aus der Türkei, die mit ihren Organisationen die einzig ihnen legal offenstehende politische Bühne eroberte: Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionen. Mitte der 80er Jahre besetzten türkische Kommunisten in zahlreichen Betrieben Vertrauensleute- und Betriebsratsposten. Es gab Arbeitergruppen, die selbst Flugblätter und Zeitungen herausgaben. Mit der Krise der türkischen Linken begann eine Umorientierung weg von Politik für die Türkei und hin zu einer Politik im Land, wo sie leben, in Berlin. Für viele Kader bedeutete das aber auch den Abschied aus der Politik und damit auch aus der Fabrik.

Die ArbeiterInnen aus der Türkei hatten Ende der 80er Jahre in den Berliner Fabriken eine relativ sichere Position (sie waren Stammbelegschaft), die ihnen so leicht niemand streitig machen konnte: Arbeitskräftemangel und Organisiertheit sicherten ihren Status quo. Die Arbeit in den untersten Lohngruppen war für viele deutsche ArbeiterInnen eh nicht erstrebenswert; zudem sorgten auch die Betriebsräte dafür, daß TürkInnen eingestellt wurden. In Berlin Arbeiterpolitik zu machen, hieß für uns also, sich stark auf die türkische Community und ihre Dynamiken einzulassen.

Der Fall der Mauer 1989 veränderte diese Situation schlagartig. Plötzlich kamen neue PendlerInnen aus Ostberlin, die den TürkInnen ihre Arbeitsplätze streitig machten und über "Platzvorteile" verfügten: deutsche Sprachkenntnisse und eine Facharbeiterausbildung. Die innere Krise der türkisch-kurdischen Communities wurde durch diese Veränderung der materiellen Situation verstärkt.

Mit dem Fall der Mauer und nach Auslaufen des "Wiedervereinigungs-Booms" begann eine deutliche Strukturveränderung der Berliner Industrie; so betrug die Zahl der Industriebeschäftigten in ganz Berlin im Mai 1992 noch 223 000 Personen, das waren 21,4% weniger als im Vorjahr, im April 1993 waren nur noch 152 900 Personen in der Industrie beschäftigt. In der Metallindustrie sind im Moment noch 75 000 Menschen beschäftigt, vor einem Jahr waren es noch 90 000. Die Zusammensetzung der ArbeiterInnen in der Westberliner Industrie hat sich in wenigen Jahren grundlegend verändert.

Zudem setzte nun wieder das Einpendeln von Arbeitskräften sowohl aus dem Ostteil wie aus dem Umland in den Westteil der Stadt ein (das zu Zeiten der DDR starke Einpendeln aus dem Umland in den Ostteil der Stadt ging stark zurück). Mitte 1992 sollen nach offiziellen Zahlen im Westteil der Stadt 170 000 Pendler aus dem Ostteil und aus dem Brandenburger Umland beschäftigt gewesen sein.

Insgesamt führten diese Entwicklungen zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Seit Januar 92 weist der Westteil Berlins die höchste Arbeitslosenquote im alten Bundesgebiet auf; im April 1993 waren im Westteil 120 000 und im Ostteil 82 000 Menschen arbeitslos gemeldet. Inzwischen ist die Arbeitslosenquote in Westberlin höher als im Osten. Die Hauptbetroffenen sind dabei die AusländerInnen, vor allem die türkischer Nationalität. Die AusländerInnen stellen etwa 22 Prozent der Arbeitslosen

(ihr Anteil an der Wohnbevölkerung ist mit etwas über 11 Prozent nur halb so hoch).

Daß vor allem die (türkischen) ArbeiterInnen in Westberlin die Wiedervereinigung finanziert haben, liest sich in den Worten des Berliner Senats so: »Der Solidarbeitrag zur Einheit der Arbeitnehmer im Westteil der Stadt ist deutlich höher (Wegfall der Berlin-Zulage, überproportional steigende Mieten, erhöhte Arbeitslosigkeit) als in den alten Ländern.«

Dies vor dem Hintergrund einer stark wachsenden Arbeitslosigkeit, die wiederum doppelt stark die "ungelernten" ArbeiterInnen aus der Türkei trifft.

Die Reaktion der türkischen ArbeiterInnen ist eine Mischung aus Resignation und Trotz. Viele, gerade aus der jüngeren Generation haben sich inzwischen selbständig zu machen versucht. Die Älteren, in den Fabriken "Zurückgebliebenen" haben sich aufs Neue in ihrem »Schlimmer kann es nicht kommen«, »mein Brot finde ich immer« eingeigelt, die Krankenraten sind zur Zeit extrem hoch, teilweise bis zu 35%.

In den letzten zwei Jahren wurden zahlreiche Fabriken in Berlin zugemacht und auf der grünen Wiese rund um Berlin, im Billiglohnland Brandenburg, neu errichtet – mit Subventionen. In diesem Umstrukturierungsprozeß entledigt man sich der Teile der Belegschaft, die für die umstrukturierte Produktion nicht brauchbar sind: weil sie zu alt sind, nicht qualifiziert genug oder einfach nicht genug Deutsch können, um in der Gruppenarbeit mithalten zu können. Vor allem aber will man das Arbeiterverhalten ausrotten, das in den türkischen Fabriken gang und gäbe war: bei Ärger mit dem Chef kommt ein Krankenschein; die Krankenraten lagen zum Teil sehr hoch, denn die ArbeiterInnen wußten, daß sie nicht viel zu befürchten hatten. Als langjährig Beschäftigte mit Kindern waren sie praktisch unkündbar, jedenfalls nach der bisherigen Rechtsprechung der Berliner Arbeitsgerichte.

Auf diese Weise hat sich sehr rasch ein tiefgreifender Prozeß von Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse durch das Kapital vollzogen. Dies geschah in einem Zustand allgemeiner Lähmung. Die Proteste gegen Betriebsschließungen in Westberlin in den letzten beiden Jahren waren die reinsten Trauerspiele. Bei AEG und bei Alcatel gab es sehr rührige Betriebsräte, die alle möglichen Protestaktionen organisierten; insgesamt wurde das ganze aber überhaupt nicht wahrgenommen von der Berliner Öffentlichkeit. Die Bewegung wurde an keinem Punkt zu einem Faktor.

Die Situation wird eher als aussichtslos begriffen, was heißt, daß die Mehrheit der betroffenen ArbeiterInnen auf individuelle Auswege setzt. Die Kämpfe werden geführt, um die Abfindungen in die Höhe zu treiben; hohe Krankenstände sollen das gleiche bewirken. Mit dem Geld versuchen viele, sich eine selbständige Existenz aufzubauen: nach Gemüseläden, Zeitungsläden, Video-Shops und Döner-Buden sind gerade Elektrogeschäfte, Reisebüros und Computerläden im Kommen. Viele dieser Läden können nur überleben, weil Familienmitglieder und Verwandte mitarbeiten, z.B. Neuimmigranten aus der Türkei, die keinen regulären Lohn bekommen. Sehr viele müssen nach kurzer Zeit wieder aufgeben. Trotzdem ist die Gründungswelle ungebrochen.

Die Segregation der Einkommen in Berlin hat seit der Wende entschieden zugenommen und zwar in beiden Richtungen. Parallel zueinander gibt es auf der einen Seite ein

verstärktes Angebot an extrem billigen Klamotten, Lebensmitteln, Hifi-Krempel usw. – auf der anderen Seite eine neue Klasse von Luxusgütern, wie sie früher in Westberlin nicht zu sehen waren. Der Preis für türkisches Fladenbrot hat sich in den letzten Jahren halbiert. Dies ist eine Erklärung dafür, warum sich viele Leute mit den schlechteren Löhnen auf gewisse Weise arrangiert haben. Die Prollies können sich eine Menge der gefragten Konsumgüter kaufen, aber eben in Schrottqualität. »Segregation« nenne ich diese Entwicklung deswegen, weil »viele Welten« entstehen, die sich untereinander kaum mehr wahrnehmen. Statistisch ist diese Entwicklung nicht faßbar: Zum Beispiel ist statistisch die »Reiselust der Deutschen ungebrochen«, das kommt aber daher, daß die einen inzwischen dreimal im Jahr Urlaub machen, die anderen aber gar nicht mehr, weil sie sich in einem Mix aus Stütze, Schwarzarbeit und mit-weniger-auskommen eingerichtet haben.

Die neuerrichteten Fabriken vor den Toren Berlins oder die umstrukturierten Ostfabriken bezahlen nach Osttarif, d.h. offiziell 80% des Westlohns, aber bei 40-Stunden-Woche, oft Dreischichtarbeit, kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Das aus dem Spandauer Bosch-Siemens-Hausgerätewerk nach Brandenburg ausgegliederte Unternehmen ist z.B. nicht mehr Mitglied im Arbeitgeberverband und demnach nicht mehr tarifgebunden [siehe Bericht weiter unten] – auch hier hält die Gewerkschaft das Maul, um eine Auslagerung nach Polen zu verhindern. Was aber wahrscheinlich trotzdem passieren wird, in Łódź übt man schon mal die »Probefertigung«.

War Westberlin ein durch Zugangskontrollen weitgehend geschlossener Arbeitsmarkt, abhängig von Immigration und Wochenendpendlern (was für Bauarbeit seit langem typisch war, nur daß die Arbeiter aus Westdeutschland kamen), so hat 1989 eine schwer kontrollierbare Migration begonnen. Eine wichtige Rolle spielen darin Pendler aus Polen (die schon früher visafreien Zugang nach Berlin hatten). Durch die vorübergehende Wanderarbeit (Wochenendpendeln, Saisonarbeit, die Grenze zu Polen ist gerade mal 80 km entfernt!) gleichen sich die Löhne der ImmigrantInnen nicht so rasch an die hier üblichen an, wie das bisher der Fall war, sondern sinken z.B. auf dem Bau ganz massiv; denn die Reproduktion in Polen ist wesentlich billiger als in Berlin. Dies führt zu einer neuen Hierarchisierung unter den ImmigrantInnen. Aufgrund der niedrigen Schwarzlöhne können sich türkische Fabrikarbeiter ihre Wohnung von polnischen Handwerkern renovieren lassen. Türkische Café-Besitzer lassen Frauen aus Polen oder Rußland für sich arbeiten. Vietnamesische Zigarettenhändler halten die Ausgaben fürs Rauchen niedrig.

Die Verlagerung der Industrie aufs flache Land, verbunden mit Lohnsenkungen, ist ein weiterer Schlag nach der ersatzlosen Streichung der Berlinzulage. Da im Osten zahlreiche Betriebe dichtgemacht haben, kann man davon ausgehen, daß viele OstberlinerInnen im Westen arbeiten und schlechter ausgebildete ArbeiterInnen mit deutschem oder türkischem Paß den Arbeitsplatz verloren haben.

Die Arbeiterklasse in Berlin hat in den letzten fünf Jahren einen Schlag nach dem andern einstecken müssen. An keinem Punkt ist es dabei zu Aufruhr gekommen. Zusammengefaßt heißt das: die Stimmung ist miserabel, und die Leute suchen sich individuelle Auswege. Der Sozialstaat spielt dabei eine wesentliche Rolle. In Westberlin

haben schon immer auch jüngere Leute Sozi bezogen. In der jetzigen Situation, verschärft seit einem Jahr, arrangieren sich immer mehr Leute mit Arbeitslosenhilfe plus Schwarzjob. Über die Jahre sinkt ihr Wille, sich jemals wieder auf die 40-Stunden-Schufterei einzulassen. Sie sind auch nicht mehr »chef-tauglich«.

Zwangsarbeit beim Sozi

Mein Sachbearbeiter hatte mich schon zweimal zur Vermittlungsstelle von GZA (Gemeinützige zusätzliche Arbeit) geschickt. Und zweimal hatte mich seine Kollegin bedauernd mangels Einsatzstellen wieder nachhause geschickt. Aber ein drittes mal konnte es nicht gutgehen: Kinderbauernhof, 'mit Tieren, das liegt Ihnen doch.' 40 Stunden im Monat, maximal vier täglich, im zweiten Monat 60. Mein Sachbearbeiter hatte mir schon unmißverständlich klar gemacht, was passieren würde, würde ich die Arbeit verweigern. Sozkürzung von 520.- DM Regelsatz auf 375.- DM. »Manche behaupten, das sei Zwangsarbeit, so ein Quatsch, vielen meiner Klienten macht es Spaß, Sie werden schon sehen.«

Ich bin also hingegangen. Deutsche Schreber Jugend, Jugendherberge und Kinderbauernhof. Da hatten sie mich aber gar nicht erwartet, keiner wußte etwas, weder der Pförtner, noch die Frauen im Büro, nicht einmal der Tierpfleger. Aber weggeschickt haben sie mich trotzdem nicht.

Jeden Tag von 10 bis 10.30 Uhr gibt es eine gemeinsame Pause aller ArbeiterInnen, das Frühstück wird von den Frauen in der Küche bereitet. Dort sitzen dann 10 bis 15 Leute, Köchinnen, Küchenhilfen, Frauen aus der Verwaltung, Zimmermädchen, Handwerker, Hausmeister und Tierpfleger. Es gab also gleich die Möglichkeit mit ein paar KollegInnen zu reden: »Na klar, 3 DM die Stunde ist ne Sauerei, aber du bekommst ja noch dein Sozi dazu.«

Der Kinderbauernhof hat sieben Ställe, die alle mehr oder weniger gründlich von einer Person in zwei bis drei Stunden erledigt wären. Im Moment kümmern sich fünf Menschen darum. Zwei Ehrenamtliche vom Verein übernehmen die Wochenenden. Und an den Werktagen kommen der Tierpfleger, der eine »Aufwandsentschädigung« von 400.- DM bekommt und Rentner ist, und eine andere Frau und ich, die vom Sozi »bezahlt« werden. Beide haben sich den Job selber gesucht, weil ihnen zuhause so langweilig ist.

Am ersten Tag versuchte ich noch einen der wohl üblichen Tricks, ich schlage vor, daß ich acht Stunden komme, unterzeichnet werden aber 40. Das klappte aber nicht. Also komme ich nach Absprache und fange an, die Grenzen auszutesten. Aber egal, ob ich eine Stunde später komme, zwei früher gehe, drei rumsitze, Arbeit verweigere oder gar nicht komme, es passiert nichts. Absolut nichts. Mit der Zeit stellt sich raus, daß ich wohl die einzige bin, die weibliche Meerschweine von männlichen unterscheiden kann und eine gewisse Kompetenz bei fachlichen Fragen der Hufrehe habe, aber das kann nicht der Grund dafür sein, daß ich an keine Grenzen stoße. Also was tun?

Alle zwei Wochen trifft sich eine autonome Gruppe gegen die Zwangsarbeit, aber die beschränkt sich im Moment aufs Infos Sammeln. Letzte Woche waren sie bei der Sozialsenatorin, um sie auf ihre Worte, in Kreuzberg gäbe es keinen Zwang zur Arbeit

festzunageln, aber vergeblich, es kam nichts dabei heraus. Laut *Junge Welt* vom 20.02.1995 verweigert ein Drittel der SoziempfängerInnen, die verdonnert wurden, die Arbeit. Die Stimmung auf dem Sozialamt ist nicht sehr kämpferisch, anscheinend langweilen sich wirklich viele zuhause und machen dann lieber so eine Arbeit, um unter Leute zu kommen. Auch in Szenekreisen ist es nicht Allgemeingut, diese Arbeit zu verweigern, »wir unterstützen doch gerne unsere linken Projekte«.

Vor einem Jahr gab es eine bundesweite Kampagne gegen die Zwangsarbeit. Wer weiß, was daraus geworden ist?

Sieben-Tage-Woche schafft Arbeitsplätze ?!?

Seit Anfang Februar sind hier in Berlin die Medien voll mit Propagandameldungen über die Einführung der durchgehenden Produktion an sieben Tagen in der Woche bei Samsung. Es gab eine mehrteilige Artikelserie in der Berliner Zeitung zu neuen Arbeitszeitmodellen, eine Sondersendung im Frühstücksradio etc.

IG Metall, Betriebsrat und die Samsung-Geschäftsleitung haben eine Betriebsvereinbarung beschlossen, nach der ab Februar 95 in vier Schichten unter Einschluß von Samstag und Sonntag durchgehend gearbeitet wird. Die Geschäftsleitung hatte behauptet, ohne diese neue Regelung »sei der wachsende Auftragsberg nicht abzuarbeiten«.

IG Metall und Betriebsrat weisen auf einige geringfügige Zugeständnisse der Firmenleitung hin: Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 39 auf 36 Std., Freizeitausgleich für die Wochenendarbeit. In der Hauptsache betonen aber alle Seiten, daß durch diese Vereinbarung 200 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, und alle Pressefritzen beten diese Behauptung brav nach.

Dazu möchte ich zwei Anmerkungen loswerden, die vielleicht auch für euch ganz interessant sind.

Zum einen steht schon im Zirkular Nr. 8 vom Oktober 94 ein Artikel über die Schließung des Bildröhrenwerks Nokia in Esslingen. Im Dezember habe ich eine Arbeiterin von Samsung getroffen. Die hat mir erzählt, daß Samsung fast alle Aufträge von Nokia übernommen hat. Das hat zu einer dramatischen Zunahme der Überstunden und Sonderschichten geführt. Sie selbst hat z.B. nach einer Woche Spätschicht am Sonntag eine Frühschicht gemacht und am Montag mit der regulären Frühschicht weitergemacht. Teilweise wurden die Arbeiterinnen von Geschäftsleitung und Betriebsrat massiv unter Druck gesetzt, Überstunden und Sonderschichten zu leisten.

Bei Nokia wurden durch die Schließung des Werks erstmal 1700 Arbeitsplätze abgebaut! Die Fabrik wurde von MATSUSHITA aufgekauft. Angeblich soll hier ab April wieder produziert werden. Wie viele der alten ArbeiterInnen wieder eingestellt werden und was dann produziert wird, ist noch unklar. Wenn es aber stimmt, daß die Arbeit von Nokia zu Samsung verlagert wurde, dann sind unterm Strich nicht 200 Arbeitsplätze geschaffen worden, sondern es wurden 1500 Arbeitsplätze abgebaut! Und das führte gleichzeitig zu einer enormen Verdichtung der Arbeit bei Samsung.

Zum andern ist auch die "Qualität" dieser Arbeitsplätze zu beachten. Als ich im Frühjahr 94 bei Samsung gearbeitet habe, habe ich für 3-Schicht Arbeit unter Akkordbedingungen 1400,- DM netto rausgekriegt. Das war Osttarif und soll 80% vom

Westtarif gewesen sein. Was so natürlich nicht stimmt, denn Osttarif heißt vor allem eine Bereinigung des Lohns von allen im Westen üblichen Sonderzahlungen und Zuschlägen. Es gab z.B. keinen Akkordzuschlag sondern »Prämien« in Höhe von 2-3%, es gab keine Zulagen für Nachtarbeit. Inzwischen ist der Osttarif auf 87% gestiegen und wird im Juli auf 95% steigen. Der Lohn dürfte bei Samsung also immer noch extrem niedrig sein. Es gibt bei Samsung wesentlich weniger Pausen als in vergleichbaren Westbetrieben. Es ist nix Besonderes, bei Samsung mangels Springer auch mal 3 Stunden durchzuarbeiten. Ein Grund für die Verlagerung der Produktion von Südkorea nach Ostberlin ist auch, daß in Südkorea die Löhne in den letzten Jahren so weit gestiegen sind, daß sie inzwischen genauso hoch oder höher wie in Teilen Westeuropas sind.

So weit erstmal. (Im Zirkular Nr. 2 habe ich über meine eigenen Erfahrungen bei Samsung berichtet.)

Zurück in die Zukunft – Waschmaschinenfabrik auf einem Acker bei Nauen

Gemütlich schaukle ich in meinem Volvo über eine enge Landstraße Richtung Nauen. Der Boss gröhlt seinen Weltschmerz aus den Boxen und die Wintersonne strahlt mir durch die ziemlich verkratzte Windschutzscheibe ins Gesicht.

»Die B 6 Richtung Nauen, kurz vor Nauen kommt links ne Minol-Tankstelle und dann gleich rechts in eine Baustellenzufahrt einbiegen. Da ist zwar ein Verbotsschild, aber Sie sind ja Anlieger, da dürfen Sie ruhig reinfahren.« Ein nagelneues Gewerbegebiet, eigentlich noch ne Baustelle. Am Ende der Straße bin ich nach über 40 km endlich am Ziel. So weit will ich also die nächsten Wochen jeden Tag fahren, um meine Arbeitskraft zu Markte zu tragen? Hier auf einem gottverlassenen Acker bei Nauen hat der Bosch-Siemens-Konzern seine neue Waschmaschinenfabrik hingebaut. Hier sollen frische unverdorbene ArbeiterInnen fernab von den zersetzenden Einflüssen der Großstadt jede Menge Wäschetrockner zusammenbauen und die Profite des Konzerns in die Höhe treiben.

Der Pförtner hat ne richtig schöne große Bude gekriegt, könnte man glatt drin wohnen. Laufzettel ausfüllen und dann erste Tür links und gleich wieder rechts, sehen se dann schon. Auf dem Weg kommen mir einige meiner zukünftigen KollegInnen entgegen. Ganz normale Malocher eigentlich, wirken auf mich eher wie NebenerwerbsbäuerInnen, jedenfalls keine durchgestylten hochqualifizierten gruppenarbeitsgestählten »Fachkräfte«. Außerdem sehe ich durch eine Glastür die Produktionsanlagen. Alles blitzsauber, sehr neu, sehr übersichtlich und sehr hell. Irgendwie bedrohlich.

Die Frau aus dem Personalbüro blafft mich erstmal an. »Sie sind ne halbe Stunde zu früh. Naja ist ja ihr Problem, wenn Sie warten müssen.« Nach 10 Minuten darf ich dann meine Arbeitskraft zum Verkauf anbieten. Frau Worm versucht einen eisenharten Eindruck zu machen. Ihr Gehilfe versucht das zwar auch, scheitert aber kläglich.

»So, Sie sind also aus Berlin und arbeiten in der Berliner Fabrik von Bosch-Siemens. Was wollen Sie eigentlich hier? Wissen Sie eigentlich, was Sie hier erwartet? Ich erzähl Ihnen erstmal, was hier Sache ist, und dann können Sie sich das ja noch mal überlegen. Wir arbeiten hier 40 Stunden mit samstags für 2300,- brutto. Da kommt

auch nix mehr dazu. Akkordzulagen gibt's hier nicht. Am Ende des Jahres gibt's ne Erfolgsprämie, aber nur, wenn wir Gewinn machen. Sie kriegen 26 Tage Urlaub, kein Urlaubsgeld, kein Weihnachtsgeld. Sie arbeiten in einer Gruppe, 10-12 Leute. Die Gruppe muß alle Probleme selber lösen. Springer gibt es nicht. Wenn jemand krank wird, muß die Gruppe mit klar kommen. Können Sie sich ja vorstellen, daß Sie sich nicht sehr beliebt machen, wenn Sie öfter Fehler machen, da fliegen Sie ruckzuck aus der Gruppe raus. In Ihren Unterlagen sieht's ja nicht sehr gut aus. Sie waren öfter mal arbeitslos. Warum eigentlich? Das läßt ja auf keine positive Einstellung zur Arbeit schließen. Wie sieht's eigentlich mit Ihrer Arbeitsmoral aus? Was haben Sie für eine Einstellung zur Arbeit?« – »Naja, das kann ich Ihnen ja nur zeigen, wenn Sie mich einstellen.« – »Wissen Sie, bei Fehlzeiten sind wir sehr empfindlich. Das dulden wir gar nicht. Da sind Sie ganz schnell wieder draußen.« Frau Worm guckt mich durchdringend an. »Was haben Sie eigentlich für eine Qualifikation?« Ich schieb ihr meinen Facharbeiterbrief über den Tisch. Sie würdigt ihn keines Blickes.

»Sie haben auf meine Frage noch nicht geantwortet, wie sieht's mit Ihrer Arbeitsmoral aus?« Ach, die will tatsächlich eine Antwort?!? »Na, ich bin pünktlich, zuverlässig und fleißig. Hab meine Arbeit immer anständig gemacht. Meine Vorgesetzten waren immer zufrieden mit mir.« – »Und mit Fehlzeiten haben Sie auch keine Probleme?« – »Nein, nie gehabt.« (Wieso sollte ich mit Fehlzeiten Probleme haben? So langsam kann ich mir das Grinsen nicht mehr verkneifen.) Frau Worm macht auf einmal ein ganz schlaues Gesicht. »Moment, ich bin gleich wieder da.« Ihr Gehilfe wendet sich mir zu. »Wie gesagt, Fehlzeiten dulden wir hier nicht. Also blauer Montag oder Freitag, das gibt es bei uns nicht.« Ich gucke ihn mit großen blauen Augen an. »Also eigentlich gibt es das nirgendwo.« Er rutscht unsicher auf seinem Stuhl hin und her. »Wie kommen Sie eigentlich mit Ihren Kollegen aus? Haben Sie da öfter Streit oder so?« – »Nein, ich bin immer gut mit allen ausgekommen.« Jetzt weiß er nicht mehr weiter. Was erwartet er eigentlich, daß ich mich selber in die Panne hau?

Frau Worm rauscht wieder rein. In der Hand schwenkt sie triumphierend ein Blatt Papier. Mein Todesurteil? Die Auflistung meiner diversen Fehlzeiten der letzten Monate im Berliner Werk? »Würden Sie das bitte unterschreiben, eine Einverständniserklärung, daß wir Ihre Personalakte aus dem Berliner Werk einsehen können.« – »Hab ich schon in Berlin unterschrieben.« – »Ach so, tja dann.« Unschlüssig legt sie das Papier zur Seite. »Wie sind Sie eigentlich darauf gekommen, sich hier zu bewerben?« (Soll ich ihr was vom Projekt Militante Untersuchung erzählen? Wär bestimmt lustig.) »Naja mein Vertrag läuft jetzt aus, und dieses Werk scheint mir doch Perspektive zu haben, und ein Kollege hat hier auch schon einen Arbeitsvertrag unterschrie....« Alarm! Frau Worm zieht die Augenbrauen hoch. »Wer ist dieser Kollege?« (In welchem Verhältnis stehen Sie zu ihm? Sind Sie mit ihm in der gleichen terroristischen Vereinigung?) Schwerer Fehler! »Ach, ich hab ihn im Werk kennengelernt. Wir arbeiten in der gleichen Abteilung.« Zu spät, nicht wiedergutzumachen. »Warum sind Sie eigentlich nach Berlin gezogen?« Das Mißtrauen ist greifbar und berührt jetzt politische Fragen. Es geht noch ein paar Minuten lang hin und her. So

richtig kann ich sie nicht davon überzeugen, daß ich durchaus bereit bin, für diesen tollen Job extra jeden Tag aus Berlin anzureisen. Auch daß ich vielleicht sogar aus Berlin aufs Land ziehen will, nimmt sie mir nicht ab. »Kommen wir zum Schluß. Also, wenn überhaupt, gebe ich Ihnen einen befristeten Vertrag über 18 Monate. Und dann sowieso erst Ende März, Anfang April. Sie hören von uns, auf Wiedersehen.«

Im Auto atme ich erstmal tief durch. Die scheinen im Nauener Werk echte Probleme zu haben, qualifizierte ArbeiterInnen zu finden, die bereit und fähig sind, für diesen miesen Lohn in Gruppenarbeit ihre eigene Ausbeutung effektiv zu organisieren. Sonst hätten sie mich wahrscheinlich nicht mal zum Bewerbungsgespräch eingeladen. Die Zeiten meiner Arbeitslosigkeit standen jedenfalls schon in der schriftlichen Bewerbung. Da hätte sie also schon auf meine Arbeitsmoral schließen können.

Außerdem scheinen sie ein großes Problem mit Fehlzeiten zu haben. Das könnte zur Erntezeit noch lustig werden, wenn sich herausstellt, daß das Werk tatsächlich in ländliches Gebiet gestellt wurde.

Die Sonne steht tief über dem Brandenburger Land, der Boss quält sich noch immer und tief brummend (kaputter Auspuff!) verläßt mein Volvo den Berliner Speckgürtel. Im Berliner Werk erzählt man sich inzwischen, daß in Nauen nix funktioniert. Keiner weiß warum. Der Verlust soll inzwischen bei 1 Mio, DM liegen.

Gegen die Postsäcke

Dies ist ein kurzer Bericht von der Arbeit in einem Ostberliner Postamt. Dabei geht es um die Zustellung von Paketen und Briefen. Interessant ist das vor allem, weil die Ostberliner PostlerInnen gerade ihre zweite Umstrukturierung seit fünf Jahren erleben. Erst die Übernahme in die Westpost, jetzt die Privatisierung der Post. Im Januar 1995 wurde der Postdienst (ebenso wie Telekom und Postbank) in eine privatwirtschaftliche Form überführt (jetzt: DEUTSCHE POST AG). Im Sommer 1994 machten die PostlerInnen einen Streik u.a. gegen die Streichung sozialer Absicherungen, die die ArbeiterInnen im Öffentlichen Dienst bekommen.

Die Arbeitsbedingungen haben sich für die Ostberliner PostlerInnen jeweils verschlechtert. In der DDR war die Arbeit weniger intensiv, die Touren kürzer. Frauen in der Briefzustellung erzählen, daß die Briefzustellung für Frauen mit Kindern ein guter Job war. Sie mußten nur halbtags arbeiten. Die Post wurde morgens in einem Stützpunkt im Wohnviertel abgeholt und zum Teil in der eigenen Wohnung sortiert. Sie waren wieder zuhause, wenn die Kids aus der Schule kamen (allerdings gab es auch eine 7-Tage-Woche). Nach der Wende wurden viele Ost-PostlerInnen in den Vorruhestand geschickt. Das ermöglichte dann die Durchsetzung härterer Bedingungen. Eine Frau meint, daß die längeren Touren ältere BriefzustellerInnen auch in den Vorruhestand zwang, weil sie die Arbeit nicht mehr schafften.

Die offizielle Arbeitszeit ist heute 40 Stunden, grundsätzlich aber jeden Tag solange, bis die Post ausgetragen ist. Also mal fünf Stunden am Tag, dann acht. Arbeitsanfang bei Paketen zwischen 6:30 und 8:00, bei Briefen zwischen 6:00 und 7:00. Insgesamt sind die Touren sowohl bei den Paketen als auch den Briefen sehr ungleich aufgeteilt (bis zu zwei Stunden Differenz am Tag zwichen den ZustellerInnen). Im Schnitt haben

die BriefzustellerInnen etwas unter 40 Stunden, die PaketzustellerInnen um die 40. Letztere verdienen dann wegen der Überstunden und »Kraftfahrer«-Zulagen auch mehr. Das alles ist dann noch saisonal unterschiedlich (Weihnachten, Katalogzeit im Januar und Juni, usw.). Es gilt die 6-Tage-Woche bei 82 Prozent des Westlohns. Bei den PaketzustellerInnen sind 90 Prozent Männer (25 bis 45 Jahre), bei den BriefzustellerInnen 80 Prozent Frauen (20 bis 55). In dem Amt sind alle aus dem Osten, auch die Chefs.

Während von den Frauen in der Briefzustellung viele schon lange dabei sind, sind einige der PaketfahrerInnen erst seit kurzem bei der Post. Vorher waren sie LKW-FahrerInnen oder auch in der Fabrik (die dann zumachte ...). Andere waren vorher in anderen Postbereichen, zum Beispiel bei Telegrammen (in der DDR ein beliebtes Kommunikationsmittel wegen wenig Telefonen und billigen Tarifen) und hatten die Wahl zwischen Entlassung und Paketdienst.

Die Löhne richten sich nach Dienstalter, liegen aber zwischen 1600 und 2000 DM netto. Bei fast allen arbeiten die eventuellen (Ehe-)PartnerInnen auch. Für die alleinstehenden Mütter (da gibt es wohl einige) sieht's finanziell schlecht aus. Ich habe mal rumgefragt wegen der Mieten: Die zahlen zum Teil 800 DM aufwärts für ne 3-Zimmer-Wohnung.

Die Arbeitsorganisation ist schnell erklärt. Bei den Paketen packen Packmeister(Innen) die Pakete in Rollbehälter für die einzelnen Touren. Die FahrerInnen müssen die dann im Auto nach Straßen sortieren. Dann können sie noch Kataloge zuladen (für die bekommen sie 75 Pf. pro Stück (steuerplichtig) ausbezahlt). Nach ca. 1,5 Stunden (um 8 Uhr) gehts dann auf die Tour. Die dauert zwischen vier und sieben Stunden. Nervig ist vor allem das Klingeln und Warten (anders als die BriefzustellerInnen haben die von Paketen keine Schlüssel) und das Treppensteigen. Der Job macht fertig. Fast alle haben was mit dem Rücken. Zum Teil ist der Paketdienst schon neu organisiert und für größere Bereiche in sogenannten Frachtzentren zusammengefaßt worden. In diesen Frachtzentren werden die Touren neu festgelegt (länger) und zum Teil die 5-Tage-Woche eingeführt.

Bei den BriefzustellerInnen sortieren VerteilerInnen die Briefe (und kleine Päckchen, Kataloge etc.). Die fangen schon vor 6 Uhr an. Die ZustellerInnen sammeln sie aus ihren Fächern und sortieren sie nochmal nach Hausnummern. Dann verpacken sie das in ihre Schiebewagen. Verteilschluß ist ca. 8.30 Uhr. Ab 9 Uhr sind sie dann unterwegs. Das Austragen dauert dann drei bis sechs Stunden. Was nervt und aufhält sind Einschreiben, Nachnahme und sowas, weil du dann klingeln mußt.

Die BriefzustellerInnen sind in Gruppen von ca. fünf oder sechs aufgeteilt, das heißt, wenn jemand krank ist, müssen die anderen in der Gruppe die Tour mitmachen (und eine oder zwei Stunden länger arbeiten). Seit einiger Zeit gilt das auch für Urlaubszeiten, weil immer weniger Springer eingesetzt werden.

Das hängt zum einen mit dem Stellenabbau zusammen. Alle Postämter haben einen neuen Stellenschlüssel, nach dem sie Stellen abbauen müssen. Sie versuchen das durch Rationalisierungen, Verlängerung der Touren und Versetzungen auszugleichen. Zum Beispiel werden Leute von den Schaltern als BriefzustellerInnen eingesetzt. Gleichzeitig

werden im Paketdienst »Freie« angestellt, die Kataloge ausfahren (mit und ohne eigenen PKW) und dafür die Pauschale von 75 Pf. pro Stück bekommen. Springer sind nicht mehr eingeplant. Zum anderen spielt der Krankenstand eine Rolle. Der liegt in den Berliner Postämtern bei 5 bis 11 Prozent (angeblich höher als in anderen Großstädten). Ohne Springer wächst der Druck auf die »Kranken«, weil ihre KollegInnen dann mehr arbeiten müssen.

Im Zuge der Umstrukturierung und des Stellenabbaus werden fast nur noch kurzfristige Verträge für Neueingestellte (zwei und drei Monate) abgeschlossen. Zum Teil haben Leute schon den zehnten Zeit-Vertrag hintereinander. Die Post spart so Weihnachtsgeld usw., und nutzt das als Disziplinierungsmittel (weil du nur kurze Verträge hast, bist du schnell wieder draußen; wenn du den Job behalten willst, mußt du richtig arbeiten). Zudem will die Post wohl mehr Überstunden machen lassen. Es wurde ein Umfrageschreiben zu Überstunden verteilt, die Fragen bezogen sich darauf, ob du auch freiwillig Überstunden machst, oder nur wenn sie angeordnet werden, ob du sie nur in »deinem« Postamt machst oder auch in anderen usw. (Überstunden meint hier nicht die auf »deiner« eigenen Tour, die muß PostlerIn sowieso machen, sondern welche bei der Briefverteilung, auf anderen Touren, in anderen Bezirken usw.). Die, die ich in meiner Abteilung gefragt habe, wollten alle keine freiwilligen Überstunden machen.

Die Stimmung ist wegen der Verschärfung der Bedingungen schlecht. Das gilt allerdings mehr für die BriefzustellerInnen als die PaketfahrerInnen. Bei den BriefzustellerInnen ist aber auch eher mitzukriegen, was abgeht. Die Kommunikation untereinander und der Zusammenhalt sind anders. Während die BriefzustellerInnen jeden Tag zwei bis drei Stunden zusammen arbeiten, sehen sich die PaketfahrerInnen nur mal morgens in kurzen Pausen und in der Halle im vorbeigehen. Bei den BriefzustellerInnen wird auch mal durch den Raum gerufen, daß »die uns fertigmachen«. Immer wieder wird es in der einen oder anderen Ecke unruhig, wenn mal wieder mehr gearbeitet werden soll wegen Krankheitsfall oder hohem Postaufkommen. Die Wut richtet sich vor allem gegen die Chefs - wegen der schlechten Toureinteilungen, der Stellenstreichungen usw.. Die meisten, mit denen ich gesprochen habe, meinen, daß es kein Wunder wäre, daß bei dem Streß Leute krank machen. Allerdings gibt es auch Einzelne, die richtig arbeiten wollen, nie ihre Karenztage ausnutzen und so tun, als lebten sie nur dafür, anderen Leute ihre beschissenen Briefe zu bringen und darauf zu achten, daß die auch die Briefmarke richtig geklebt haben.

Bisher waren sich viele ZustellerInnen (vor allem bei Briefen) zwar bei der Einschätzung der beschissenen Bedingungen einig, aber zusammen was dagegen machen – außer motzen – lief bisher nicht.

Den Mythos zerschlagen!

Wer was von militanter Untersuchung erzählt, muß wissen, daß das mit den Ergebnissen eine recht relative Sache ist. Meistens gibt es keinen großen Knall oder neue, bahnbrechende, den Weg zur Revolution ebnende Erkenntnisse oder Aktionen. Auch die Kapitalisten sind zum Glück nicht immer so raffiniert, können nicht immer neue Schweinereien zur Disziplinierung der Klasse bringen. Als Beispiel für die offensichtliche Wand, vor der mensch beim Job stehen kann, den Wald der Fragezeichen, aber auch der Widersprüche und der alltäglichen Auseinandersetzung, kann der Bericht gelten. Eigentlich habe ich ihn für mich, zum späteren »Draufzurückgreifen« geschrieben, aber ich denke, mensch muß den »Mythos der greifbaren Ergebnisse« brechen, um im Austausch der Falle der Frustration zu entgehen. Der Bericht ist nicht großartig überarbeitet, eigentlich direkt in die Tastatur gehaun, vielleicht nicht unbedingt ein Fehler. Kann wer zu den Fragen und Thesen antworten? Ansonsten viel Mut und Spaß, M.

Bericht über Arbeit auf Montage

Nachdem ich bei meiner alten Firma zum 25.11 gekündigt hatte, wollte ich eigentlich wieder einen Job auf dem Bau anfangen, was im November allerdings nicht einfach ist. Nach erfolglosen Anfragen bei Bauunternehmen, nach einem Besuch bei privaten Arbeitsvermittlungen (die haben mir einen späteren Termin für ein Gespräch angeboten, ich werde da auch mal hingehen, obwohl die nichts an den Bau vermitteln) und dem City Büro (die haben mir nur eine Vollzeitstelle als Schneefeger vor dem Bahnhof anbieten können) habe ich dann beim »StellenInformationsService« vom Arbeitsamt im Computer ein paar Firmen rausgesucht, unter anderem »Anlagebau Sonntag«. Da habe ich angerufen und einen Termin für den 26.11 bekommen. Die Chefin, Frau Sonntag, hat mich am Telefon an ihren Mann verwiesen und der meinte, daß die Zusage für den Job davon abhängt, ob ich bereit bin, direkt am nächsten Montag (28.11) nach München auf Montage zu fahren. Der Vorstellungstermin war privat bei ihm, er wohnt in einem Neubaugebiet, Mittelstands-Eigenheim. Im Dachgeschoß ist das Büro der Firma, die Frau Sonntag, über deren Namen die Sache läuft, macht den Verwaltungskram. Der Chef geht wohl selber noch auf den Bau, ist so Ende 30, Anfang 40, ich habe keine Ahnung was er da macht, Vorarbeiter, Zeichner? Er hat mir ein paar Fotos gezeigt von Arbeiten, die sie bis jetzt gemacht haben, Außengerippe von Hallen, Trapezbleche (Hallendächer), Abzugsanlagen für Industrie usw. Eigentlich recht große Dinger (z.B. das Nürnberger Fußballstadion). Aber alles auf Montage, meistens im süddeutschen Raum. Zu dem Zeitpunkt beschäftigte Sonntag 9 Leute. Zu dem Vorstellungstermin kamen noch zwei andere, die auch mit nach München sollten (also drei Neueingestellte alleine): Kurt ist 22 Jahre, aus der Ex-DDR, er ist quasi als Vorarbeiter eingestellt, er ist für den Kontakt, Stundenaufschreiben usw. zuständig. Luís ist 51, kommt aus Euskadi, ist seit 22 Jahren in der BRD.

Die Chefin erzählte mir, daß sie vor zwei Tagen einen gefeuert haben, weil der nichts getan hat und Lohnforderungen gestellt hat (der meinte, der und der bekommt aber mehr Kohle, ich will auch mehr). Von daher lief die Lohnabsprache getrennt: Kurt ist für 18 DM, Luís für 17 DM und ich für 16 DM eingestellt worden. Man hat mich zugelabert von wegen 16 Mark am Anfang, dann ist der Druck für einen ja nicht so groß. Der Chef war ziemlich gestreßt, meinte, wir müssen das alleine hinkriegen, wir bekommen Werkzeug (nicht viel), für das wir unterschreiben mußten. Erst sollten wir in München ne Sparkasse verkleiden, jetzt hat sich »der Kunde« aber plötzlich gemeldet und wir sollten zu ner Baustelle, von der der Chef gar nicht wußte, was da zu machen ist.

Zum Arbeitsvertrag ist nicht viel zu schreiben:

- 2 Monate Probezeit, in der Zeit fristlose Kündigung.
- Einstellung als Industriemechaniker – Maschinensystemtechnik.
- »Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen richtet sich nach der Übung des Betriebes«.
- »der Arbeitnehmer ist verpflichtet, Nacht-, Sonntags-, Samstags-, Feiertags- und Überarbeit zu leisten, soweit dieses gesetzlich zulässig ist«.
- 24 Tage Urlaub im Jahr.
- »der Arbeitgeber ist ferner berechtigt, für die Arbeitsstunden, in denen der Arbeitnehmer aufgrund eigenen Verschuldens entweder ganz oder teilweise seiner Arbeitsleistung nicht nachgekommen ist, die anteilige Vergütung vom Lohn in Abzug zu bringen«.
- 500 DM Strafe bei falscher Kündigung.
- die Spesen werden bei jeder Baustelle anders geregelt, in München 30 Mark für Unterbringung (gegen Quittung) und 40 Mark für Fressen.

Wie ich später rausgekriegt habe, ist Sonntag vorher schon zweimal pleite gegangen, deswegen läuft das über die Frau, das haben wir uns schon gedacht.

Wir haben uns um 1 Uhr bei Kurt verabredet, sind also mit Luís' Privatwagen nach München gefahren, die Fahrt hat ungefähr sechs Stunden gedauert. Kurt hat in der DDR Schlosser gelernt, hat Freundin und zwei Kinder, ein Haus für 1200 Märker gemietet. Hat erst kein Job gefunden, dann über den Arbeitsamtcomputer an Sonntag gekommen. Zu Hause war es für ein junges Paar (die Freundin ist gerade 19) recht spießig. Er war früher schon auf Montage, hat meistens Trapezbleche gelegt, ist ein paarmal zwischen Süddeutschland, Ex-DDR und Paderborn umgezogen, hat mal LKW gefahren und ne Kneipe gemacht. Die letzte Firma ist pleite gegangen und er hat den Job finanziell absolut nötig (»Rettung« in letzter Sekunde) Er sieht die Sache mit der Firma, daß die jetzt über die Frau läuft und wir ohne Checkung da runter fahren, auch eher skeptisch, malte die drohende Pleite an die Wand, sah das aber nicht negativ, sondern es ging ihm »am Arsch vorbei«.

Luís hat in Spanien eine Ausbildung als Feinmechaniker gemacht, in der BRD im Tiefbau gearbeitet, hat auch Strom und Telefonmasten aufgestellt, ist für nen spanischen Lebensmittelhändler gefahren, der hat ihn aber übers Ohr gehaun. Luís ist

geschieden, lebt allein, hat ne Freundin in Hof, zu der er ab und zu fährt. Außerdem hat er wohl Schulden, weil er die letzte Zeit arbeitslos war. Sehr sympatischer Typ. Luís hat den Job auch über den Computer gekriegt. Uns hat es echt gewundert, wie schnell das ging, d.h. daß Sonntag unter Druck steht, die Aufträge rechtzeitig zu erfüllen, keine unbedingt schlecht Situation für uns, meint Kurt. Die Baustelle haben wir nach kurzem Suchen (München-Laim) auch gefunden, es war aber noch keiner da, Kurt sollte nach einem Typ von Techno Metall fragen, der uns dann einweisen kann. Dann kam auch ein Bulli von TM, wir sollen mit den 4 Leuten in einer Kolonne arbeiten, insgesamt sind noch 4 andere von Techno Metall in München, wir werden dann auf den verschiedenen Baustellen rotieren. TM hat ein paar Zweigstellen, u.a. in Passau, insgesamt haben sie ungefähr 1000 Leute, machen halt Metallbau, haben aber auch Leute nach BMW gegeben, die da in der Produktion arbeiten (Wartung, Anlagebau??). TM macht mehr den Süddeutschen Raum und Ex-DDR.

Zur Arbeit:

Unsere Kolonne mußte Geländer in die sechs Wohnhäuser montieren. Luís und ich dürfen meistens die Schweißnähte auf den Treppengeländer abschleifen, dreckige Arbeit, den Eisenstaub die ganze Zeit in der Fresse und die Scheiß-Flex ist tierisch laut, bist immer mit dir allein, mußt quasi Pausen machen, um dich zu unterhalten. Insgesamt werden 100 Sozialwohnungen fertiggestellt, das Viertel ist eher rentner-orientiert. Viel passiert auf der Baustelle eh nicht mehr, die Häuser stehen ja schon, sind bis auf Malerarbeiten und Erdbewegungsarbeiten auf dem Hof so gut wie fertig.

Am ersten Tag wurde recht zügig gearbeitet, z.B. gab es keine Frühstückspause (und auch keine bezahlte Mittagspause, worüber sich wenige nicht aufregen, wofür von ein paar Leuten hingegen immer eine halbe Stunde länger gemacht wird). In der Kolonne arbeitete ein »Deutsch-Rumäne«, der sonst in einer Werkstatt (von Techno Metall?) arbeitet und da die Unterteile für Baufahrzeuge, Raupen usw. montiert. Als Facharbeiter bekommt er da 17,95 DM. Der Wirtschaftsraum um Passau ist wohl recht strukturschwach, viele gehen deshalb zu BMW, aber der tägliche Arbeitsweg (1 1/2 Stunden Fahrzeit) ist ihm zu lang. War ein straighter Arbeiter, Pausen immer korrekt eingehalten, wenig rumgestanden, nicht viel erzählt. Igor aus Rußland macht die Schweißarbeiten, er spricht so gut wie kein Wort deutsch, auch ein echter Malocher. Lars, ein Ossi, ungefähr 40, auch Facharbeiter, trinkt ziemlich viel, macht wenig, aber schnauzt andere oft an. Außerdem ein 30jähriger Bayer (Peter), der einen auf Bauleiter macht und immer alles mit dem Techno-Chef für München (Herrn Spiegel) bequatscht. Am ersten Tag konnte man nicht so viele Eindrücke gewinnen. Am dritten Tag habe ich mich mal für zwei Stunden verpißt, um zu schlafen. Das ist direkt aufgefallen und hat die Runde gemacht. Wie gesagt, die Zeichnungen von den Geländern haben die Techno-Leute, wir machen im Großen und Ganzen, was die uns sagen, wie die uns einteilen, sind de facto an Techno-Metall verliehen, klares Subber-Verhältnis. Wir sind auch mit denen in einer Pension, 30 Mark pro Person mit Frühstück im Drei-er-Zimmer. Techno-Metall (T.) unterzeichnet auch unsere Stunden. Meistens arbeiten wir von 7 bis 18 Uhr, manchmal auch länger. Das heißt, um 7 Uhr verlassen wir die

Pension, wir bekommen also ab 7.30 Uhr bezahlt, meistens packen wir um kurz nach fünf unsere Sachen und schreiben bis 18.30 Uhr auf (weil wir die unbezahlte Mittagspause nicht einsehen). Ein paar Mal haben wir auch bis 19.30 malocht.

Zum Arbeitsverhalten: Während der Arbeit ist das sehr unterschiedlich, eine durchgehende Arschleck-Haltung hat eigentlich keiner, wenn am Vorabend gesoffen wurde, wird halt weniger gearbeitet. Peter, Igor und Gerhard (der Rumäne), malochen eher durch, machen zwar mit früher Schluß, aber während der Arbeit wird nicht gebummelt. Die von Techno Metall sind auch die, die nach der Qualität gucken, messen, ausrichten. Wir klatschen die Sachen dann nur noch an die Wand. Nach den ersten zwei Wochen, haben wir dann Geländerteile auch selbst gebaut und ausgerichtet, sah auch oft dementsprechend aus. Mit Lars habe ich nicht so viel zusammengearbeitet, aber der arbeitet nicht, wenn er sein Bier trinkt, und das tut er wohl oft. Genauso oft rülpst er seinen sexistischen Müll rum, schon recht ätzend. Nach der Arbeit geht es zur Pension, wir essen immer nur kalt, die anderen fressen nur Junk-Fraß, widerliches Zeug. Ich bin nach der Arbeit einmal zum Infoladen gefahren, war ein Filme-Abend. Insgesamt eher uninteressant, keiner wollte quatschen, (Bau)arbeiter waren auch nicht da. Luís ist immer in der Pension geblieben, auch wenn wir mal in eine benachbarte Proll-Alki-Kneipe gegangen sind. Auf der Pension haben wir uns eigentlich ganz gut unterhalten, in der ersten Woche war ich mit Luís und Kurt auf einem Zimmer. Wir haben (ich schreibe von der ersten Woche) auch ein bißchen über Politik diskutiert, aber nie sonderlich viel. Mit Luís ein bißchen über die baskische Frage geredet, er hält nicht viel von Nationalismus, aber hatte natürlich auch Probleme mit Bullen und konnte Franco auch nicht ab. Luís hat Angst, daß der Alte nicht bezahlt, außerdem ist Luís abgebrannt, weil er nicht mehr zur Bank konnte und der Chef ihm keinen Vorschuß gegeben hat.

Wir wollen durchdrücken, daß der Alte die Fahrzeit nach München bezahlt, das Benzingeld (immerhin 1200 km), und die Spesen nach einer Woche vorlegt. Der Chef hat in der ersten Woche einmal in München angerufen und gefragt, wie es läuft. In der zweiten Woche macht Techno Metall Arbeiten an einem Eisstadion. Ich bin die Woche vom 5. bis 11. schon am Mittwoch abend abgehauen, weil ich noch den Bundeswehrtermin hatte, Sonntag wollte den Termin eigentlich verlegen, aber ich habe auf den selben Tag noch zwei Vorstellungstermine gelegt, deshalb ging das nicht anders. Die Chefin meinte dann nur, daß ich wegen den zwei Fehltagen hätte anrufen sollen, weil die sonst Ärger mit ihrem »Kunden« kriegen (ist klar, als Leihfirma) Luís und Kurt kriegen ihren Vorschuß, Benzingeld gibts nicht, wir sollen dem Finanzamt die Kohle abzocken, von wegen Kilometergeld. Einen Firmenwagen soll es erst nächstes Jahr geben. Die ersten Plakate, die ich in der 2. Woche aufgehängt habe, sind recht schnell in den Dixi-Klos verschwunden. Die Flugblätter habe ich nur zwei Leuten direkt gegeben, unter anderem einem englischen Maler, da gab es aber auch keine Reaktion. So, weiter geht es mit der dritten Woche. Die November-Lohnabrechnung war formalvertraglich korrekt, hat die Mittagspause auch nicht bezahlt, für die ersten drei Tage, also die letzten drei im November gab es mit Spesen 570 Netto.

12.12.94. Firma Sonntag hat zwei Neue eingestellt, die sind am Montag direkt

mitgefahren, wir waren also zu fünft mit Wochengepäck und dem Werkzeug in unserem Ascona, dazu war es wie Arsch am Regnen, echt ne mörderische Fahrt. Der eine Neueingestellte heißt Stefan, 33, hat Schlosser gelernt und schon mit Kurt auf Montage gearbeitet, die kennen sich schon aus dem Osten, machen viel zusammen und Stefan ist auch über Kurt an den Job gekommen. Im Osten hat er wohl ein paar Jahre wegen Brandstiftung im Knast gesessen, hat irgend ne landwirtschaftliche Verwaltung angesteckt. Hat in Paderborn 2 Jahre als LKW-Fahrer bei einer Spedition gearbeitet, hat dann aber seinen Führerschein verloren und bei der Spedition als Lagerarbeiter weitermalocht. Hat von dem Schwein 1900 Mark Netto (mit massig Überstunden) gekriegt, ist dann jetzt einfach gegangen. Ein recht ruhiger Typ. Der andere (Stephan) kommt aus Brilon, ist auch 33, gelernter Betriebsschlosser aus dem Ruhrgebiet, hat auch zwischenzeitlich mal als LKW-Fahrer gearbeitet (haben eigentlich alle 4 Leute mal). ziemlich »prolliger« Typ, beide Neueingestellten kriegen 17 Mark. Während der Autofahrt (die Autofahrten sind immer ziemlich anstrengend, weil Kurt, Stefan und Stephan ihren Führerschein versoffen haben und so drei Fahrer wegfallen) hat man recht viel Zeit, sich zu unterhalten, aber meistens sind alle müde. Mit Kurt kann man sich ganz gut über so Sachen wie Kassel (Knastriot) und Essen (EU) unterhalten, hat da auch ein bißchen Durchblick. Wir haben immer wieder betont, von wegen gutes Klima schaffen und zusammenhalten, das war allen wichtig. Wenn man aber direktere Sachen sagt, von wegen Haß auf Arbeit und so, kriegt man zwar Zustimmung, aber mehr nicht. Auf der Baustelle in Laim habe ich mich ganz gut mit einem Malerlehrling (1.Jahr) unterhalten, der saß in der Ecke rum und hat geraucht, habe mich dann dazugesetzt, Luís stand auch dabei und wir haben ne halbe Stunde gequatscht. Er kommt direkt aus München und ist ziemlich angekotzt von der Lehre. Haben uns über alltägliche Gewalt unterhalten, Konsens, daß Gewalt gegeneinander, gangmäßig, erstmal Scheiße ist, gegen Bonzen ist o.k, und vor den Bullen darf man kein Schiß haben. Er ist mehr so ein Hip-Hop Freak, läuft auch bei der Arbeit so rum, ich habe wenig solche Leute bei der Arbeit getroffen, immer nur auf der Straße gesehen oder in der Polit-Kultur-Scene. Daß der Typ nicht viel von angehendem Facharbeiterstolz hatte, läßt sich vielleicht auf diese Scene verallgemeinern. Weil der Engländer sein Arbeitskollege ist, habe ich ihn über englische Bauarbeiter in München gefragt, wußte er aber nicht so viel von, aber Polen sollen schon vor drei Jahren einen Kran zum Einsturz gebracht haben, weil es keinen Lohn gab. Leider bin ich dann von der Baustelle zu ner anderen gekommen, habe ihn also nicht mehr gesehen und es auch nicht hingekriegt, in Zukunft in Kontakt zu bleiben.

Stefan und Stephan haben sie direkt auf die Eisstadion-Baustelle geschickt, die sitzen jetzt 30 km außerhalb in einer Pension auf dem Dorf, habe sie also die Woche nicht gesehen. Die andere Baustelle, wo wir hingekommen sind, war ein Bau vom »Institut für Jugendarbeit«, wir mußten aufs Dach und Sonnenblenden anbringen. War recht kalt und windig, später dunkel. Kurt und ich mußten dan in eine andere Pension, die hat 40 pro Person gekostet. Mit auf der Pension waren noch Ungarn (habe ich wieder erst dann gemerkt, als ich ihnen den polnischen Fragebogen andrehen wollte), die hier Häuser renovieren (Sanitär) und irgendwelche Prüfungen ablegen. Kurt hat vom Chef

die Erlaubnis bekommen, Aufträge anzunehmen und Leute gegebenenfalls zu feuern.

13.12. Peter, Luís und ich sind wieder auf ner anderen Baustelle, ne alte Ami-Siedlung von Militärs, etwas außerhalb, ca. 4000 Leute haben da gewohnt, Mehrfamilienblocks, sollen jetzt renoviert werden, bzw. sind schon renoviert und sollen zu ner Beamtensiedlung werden, der Eigentümer ist das Land Bayern. Den gesamten Bauauftrag hat sich Heilit+Woerner an Land gezogen. Techno Metall hat schon ein paar Häuser da gemacht, wir müssen die alten Geländer rausreißen und neue reinbauen. Auf der Baustelle sind noch Trockenbauer (auch zwei Leute aus Portugal) und Maler. Während der Arbeit haben wir uns wenig unterhalten. Peter meinte auf die Anfrage von einem Maler: »Klar ist das Scheißarbeit, aber sie wird ja bezahlt.« Luís hat nen Überstundenfetisch, d.h. klar sind alle angenervt vom langen Arbeiten, aber er sagt sich, daß die Zeit ja auch (mit Zuschlag) bezahlt wird (und dann das Argument, daß man ansonsten ja eh nur auf der Pension rumhängen würde). Das Einzige, worüber sich Luís laut aufregt, ist, daß wir mit dem Privatwagen fahren müssen und daß die Spesen erst am Monatsende bezahlt werden. Wenn Peter mal weg war, hat er meistens auch die Pausen nicht lange mitgemacht, meinte, die Arbeit müsse ja gemacht werden. Mit Peter hatte ich auch ne kurze Diskussion über Illegale. Er meinte: »Einerseits mag es abgedroschen klingen, aber die Billigarbeiter nehmen uns die Arbeitsplätze weg, auch wenn sie im Grunde genommen die Gearschten sind. Sie bringen ja auch nix in die Rentenkassen.« Er erzählte, daß er neulich zusammen mit Igor und Gerhard kontrolliert worden ist. Argumenten gegenüber, die die These, daß die Illegalen die Lohndrücker sind, nicht verfolgten, war er schon aufgeschlossen. Zu den Plakaten, die ich nachher noch aufgehängt habe, sagt er nix. Die neuen Plakate haben auch drei Wochen gehangen, was allerdings nichts heißen will. Abends in der Pension hatte ich noch gute Diskussionen mit Kurt, von Knast über RAF zu Arbeitermacht und die Möglichkeit des Kommunismus. Leider kann ich den Verlauf der Gespräche nicht mehr wiedergeben, es hangelte sich irgendwie von einem zum anderen. Aber es wurde schon klar, daß ich ne kommunistische Position habe, daß ich anstelle von Politik Klassenkampf setzte usw. Wir haben zum Beispiel anhand des Ladens in Paderborn diskutiert, den er vom Vorbeigehen kennt. Ich muß mir ne Methode überlegen, wie ich solche Auseinandersetzungen nachher besser nachvollziehen kann, immer wieder ein Problem.

14.12. Bin beim Pub 77 vorbeigegangen, hab mir gedacht, da englische Bauleute treffen zu können, waren aber keine da und die Wirtin wußte auch von nix. An der Eingangstür hing allerdings ein handgemaltes Plakat auf polnisch (?), unten drunter stand »10 DM«. Leider hab ich mir das nicht aufgeschrieben. Abends waren wir Billard spielen, zum Schluß ne lange Diskussion mit Peter, der allerdings schon recht angetrunken war.

Kurt hat mit der RAF angefangen und dann hat sich dummerweise daran die Diskussion antwickelt, direkt zu Anfang also ne blöde Gewaltfrage, in der sich Peter als Peacenik rausstellte. Auf Fabrik kamen wir, weil ich gesagt habe, daß (Fabrik)Arbeit ne klare Form von Gewalt ist, dem die ArbeiterInnen ihre Gewalt entgegensetzen müssen. Dann kam er mit der Freiheit um die Ecke, sich aussuchen zu können, ob man in die Fabrik geht oder nicht, da konnte man ja noch gut gegen-

argumentieren. Auf das Argument, daß man als ArbeiterIn immer gezwungen ist, sich zu verkaufen, meinte er dann, man könne sich ja selbstständig machen. Er hat mir auch vorgeschlagen, wenn ich wirklich was für die ArbeiterInnen machen will, einen eigenen Betrieb aufzumachen und humane Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Auf die Erwiederung, daß alle Unternehmer Ausbeuter sind und auch Ausbeuter sein müssen, um zu überleben, und daß von daher keine Chance von Alternativklitschen besteht, hat er, glaub ich, nix mehr gesagt. Bzw., es ging bei der Lohnfrage weiter, ein Thema, was leider immer wieder auftaucht und was einem oft die Haare zu Berge stehen läßt. Ich meinte, daß der Chef zusehen muß, wie er mich in der Zeit ans Arbeiten kriegt, und Peter meinte, es werde nach Leistung bezahlt, er würde jeden, der 8 Stunden rumgammelt, von der Baustelle schmeißen. Er meinte, man könne eh nix ändern, die Geschichte ist schon immer so verlaufen, jeder müsse seinen eigenen Arsch retten, auf die Frage, was er im Falle eines Streiks machen würde, hat er nix gesagt. Das »Beste«, was er gebracht hat, war, zu sagen, daß Solidarität, gutes Klima unter Kollegen in Vetternwirtschaft ausartet und somit negativ sei. Er meinte, Kommunismus sei nicht denkbar, gab aber zu, daß wir vor vielleicht 20 Jahren an der selben Theke die Möglichkeit reeller Veränderung eher diskutiert hätten als heute. Er hat mich natürlich gefragt, warum ich überhaupt maloche und nicht z.B. in die Politik gehe, wenn ich doch schon die ganze Zeit so ein Zeug quatsche. Klar, erst habe ich was von Sachzwängen erzählt, aber da die Diskussion je eh wieder bis zum Anschlag ausgeartet ist, habe ich mich auch quasi geoutet, von wegen Politik der Straße. Weiß nicht, ob jede Diskussion, die einigermaßen an ArbeiterInnenfragen orientiert ist, so »eskalieren« muß, daß es praktisch zum politischen Bruch kommt, man sich de facto in ne Rolle reindrängt, aus der schlecht zu handeln ist. Thesen? Man muß aber auch auf dem Teppich bleiben, es wurde eher am Rande diskutiert, eigentlich ging es um Motorräder und Saufgeschichten, was nicht minder interessant sein kann. Kurt, der die ganze Sache mit seiner Scheiß-RAF angezettelt hat, ist direkt in die Pension geflohen. Kurt meint, er will nur in Ruhe leben, häuslich mit Garten und seiner Familie, mit nem guten Einkommen usw. Später habe ich noch ein paarmal über Lebensqualität usw. geredet.

Während dieser Woche gab es auch ein paar kleinere Verletzungen, verstauchter Fuß, Eisensplitter im Auge usw., die aber mannhaft getragen wurden. Als wir am Freitag auf Luís warten mußten, erzählte mir der Ossi-Stefan über Stephan, daß er nervig sei, bei der Arbeit zu hektisch, daß er deshalb soviel Scheiße bauen würde, daß er Schiß vor dem Dach hätte, da nicht draufgegangen wäre. Im Grunde genommen ne miese Tour, nach dem Motto, wer Schiß hat, braucht sich bei dem Job gar nicht zu bewerben, wir sind Helden, wir gehen auch ohne Seil. Nach der Arbeit konnten die beiden auch nur auf der Pension rumhängen und Bier trinken. Bei der Rückfahrt haben Kurt und ich noch über die Frage der kommunistischen Gesellschaft diskutiert, wie das aussehen könnte. Er meint, es müsse Führer(-organisationen) geben, ohne läuft nix, ohne Druck würde auch keiner arbeiten, siehe Renitenz der DDR-ArbeiterInnen. Jeder würde nur noch abzocken. Daß die Arbeit weniger würde, nur noch »notwendige« Arbeit gemacht werden müßte, daß die Arbeit auch nicht als Arbeit erscheinen muß,

daß man den Frust der Arbeit nicht mehr durch materielle Anhäufung wegkriegen muß, habe ich zwar erzählt, aber irgendwie nicht rüberbringen können. Vielleicht ist das in der jetzigen Kampfsituation auch nicht drin. Die anderen im Auto mußten zwar zwangsläufig zuhören, haben sich aber absolut nicht beteiligt.

In der Woche vom 19.12. bis 25.12. war ich am Dienstag und Mittwoch krankgeschrieben, daß ich nicht krank war, wußten eigentlich alle, hat aber niemand groß was zu gesagt, oft hatte ich daß Gefühl, das wäre den Leuten von Techno-Metall peinlich. Nur Lars hat mich wegen Krankmachen gewarnt, er betonte extra, er wolle mich nicht dafür anmachen. Techno Metall wäre aber gerade bei Arbeitern von Subbern immer direkt dabei, das würde sich schnell rumsprechen, daß da einer innerhalb der Woche krank war. Der Stefan hat irgendeinen Spruch wie »im Stich lassen« gebracht, weiß aber nicht, wie der zu werten war. Noch schlimmer als diese Anstellerei war das Verhalten bei einer anderen Sache. Ein Kollege von TM war krankgeschrieben, hatte also einen Gelben. Da hat der Chef von Techno Metall bei dem angerufen und gedroht, daß er, wenn er nicht auf dem Bau erscheinen würde, ne Abmahnung (oder Verwarnung?) kriegen würde. Der Idiot ist völlig fiebrig arbeiten gegangen, und die anderen haben nix gesagt außer so Dumpfsprüche wie: »Da muß man durch«. Ich habe öfter versucht, die Geschichte anzusprechen, aber es kam absolut nix.

Den Stephan machen sie wohl oft zur Sau, weil er ungeschickt ist, Lars war bei uns auf dem Zimmer und hat rumgekotzt, wie beschissen er die Arbeit von Stephan und Stefan findet, daß die alles falsch machen, obwohl man denen das schon hundertmal erklärt hat. Es sei ihm egal, was die Leute früher gemacht haben, ob die was gelernt haben oder nicht, wer auf der Baustelle ist, muß das können. Die anderen fanden seinen Auftritt aber ätzend. Luís geht trotz Bauchschmerzen und Stichen zur Arbeit, er meint, er hätte mal ein halbes Jahr wegen gebrochenen Zehen krankgemacht, seitdem macht er das nicht mehr. Außerdem hat er Angst, daß wir zwischen Weihnachten und Neujahr nicht arbeiten können, er will nicht alleine zu Hause sein. Für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr hat uns der Chef einen Job angeboten, Geländerbauen mit Festgeld, d.h. wenn die das innerhalb von 4 Tagen schaffen, können sie die nächste Woche bezahlt zu Hause bleiben (der Job ist nacher zurüchgezogen worden, sie durften dann nach Regensburg, Bühnen bauen). Mit Kurt noch Diskussion über Lebensqualität geführt. Er meint, daß mit höherem Lohn, eigenem Haus die Lebensqualität steigt, auch wenn man die ganze Zeit dafür malochen ist. Aber er meint auch, daß man selbst mit nem Ferrari vor der Tür nicht zufriedener sein wird. Er meint, mit Rumjobben käme man nicht auf einen grünen Zweig, da bringt es einem auch nichts, wenn man mehr Zeit hat. Wir haben auch über den Sinn bzw. die Sinnentleertheit unserer Arbeit geredet. Er meint, wenn man keine Bonzenwohnungen, sondern wie wir jetzt Sozialwohnungen baut, daß das nicht schlecht wäre. Außerdem gäbe es, im Gegensatz zur Dumpfheit der Fabrikarbeit, in den Metallberufen noch recht viel Abwechslung, gerade er als Ossi hätte improvisieren gelernt. Er meint auch, daß er nicht wie sein Bruder Versicherungsverkäufer werden könnte, weil der nichts schafft, im materiellen Sinne. In der DDR war das Gefühl, die Arbeit für wen Gleiches zu

machen, viel größer. Mehr Sinn in der Arbeit, er hat dann auch ein paar Episoden aus der DDR-Arbeit erzählt. Er meint, daß in der DDR 80 Prozent Malocher, also Gleiche, waren und 20 Prozent Parasiten. Bis auf die eingeschränkte Reisefreiheit wäre das Leben da auch in Ordnung gewesen, man ist nen langen Weg mit Honecker gegangen, nur wollte der die Transformation zum Kommunismus. Es wurde dann etwas verworren, er meinte, ich wäre mit Honecker ungefähr auf einer Linie gewesen (er meinte das nicht negativ). Daß der »gemeinsame Weg« mit der Bürokratie erst gegen den Widerstand der ArbeiterInnen durchgesetzt werden mußte, wurde nicht richtig diskutiert. Kurt sagte, daß nur wenige das Große sehen würden (einer von hundert), daß vor dem Kommunismus, vor der Revolution viele Angst hätten, weil sie fürchten, noch mehr zu verlieren, weil der Blick oft in die Armutsländer wandert. Mit Arbeiter- und Kapitalistenklasse war ne klare Sache, aber zum Lohn bzw. zur Spaltung durch Lohn meinte er, wenn wer zwei Mark mehr hat als der andere, dann würden sie schon nicht mehr in derselben Scheiße sitzen. Sein Ding ist es, Bauleiter zu werden und auf den Baustellen mit nem Benz rumkurven. Mit Stefan kann man nicht soviel quatschen, der sagt, er hat im Monat seine 1000 Piepen zur freien Verfügung, er könne damit gut leben. Ich wollte Stefan und Stephan am Anfang der Woche die Flugblätter zu den Razzien geben, wollten »den Scheiß« aber nicht haben, wohl mehr aus Angst. Sie meinen, daß die anderen sie dann zur Schnecke machen würden.

Bei der letzten Rückfahrt am 22.12. hatte ich dann allerdings ne üble Auseinandersetzung mit Kurt. Vielleicht lag es daran, daß er ziemlich blau war oder ich schlecht drauf. Auf jeden Fall haben wir zuerst über das Verhalten Stephan gegenüber (von wegen den Anmachen wegen seiner Ungeschicklichkeit) geredet. Daran haben sich alle im Auto beteiligt, war auch nicht schlecht, von wegen wir sind eine Gruppe, wir müssen zusammen was machen, auch zusammen rausgehen usw. Dann fing Kurt damit an, daß er sehen müßte, daß sich wer für die Arbeit interessieren würde. Wenn Stephan das tun würde und ihn nicht mehr anscheißen würde, wenn Kurt ihm Sachen erklärt, dann könnte alles gut klappen. Mir hat er dann Desinteresse an der Arbeit vorgeworfen. Dann bin ich schon komisch drauf eingestiegen, ich habe gesagt, klar Interesse, aber ich muß wissen, für wen ich arbeite, und es muß Spaß machen. Er meinte, nur durch Qualifizierung und Lernen könne man erreichen, daß die Arbeit nen Sinn macht und man nicht nur fegen muß. Ich sagte dann was von wegen, Arbeit fürn besetztes Haus, was mir was gebracht hat, nachher bin ich sogar auf die Arbeit zum Aufbau des Kommunismus gekommen, war das einzige, wie ich dachte, das klarmachen zu können. Danach wurde es noch schlechter, Kurt hat mir vorgeworfen, ich sei unsolidarisch den Kollegen gegenüber, wenn ich immer direkt kündigen und mir im Winter den Arsch in der Fabrik wärmen würde. Das sagte er, obwohl er selbst davon gelabert hat, daß es nicht falsch sei, jetzt schon zu kündigen, er würde auch nicht länger als drei Monate bleiben. Was ihm das helfen würde, wenn ich da bliebe? Nix. Was ich überhaupt ändern, oder wem ich überhaupt helfen würde mit den Flugblättern und dem Laden. Schwierige Frage. Er meinte, wenn er einem Arbeitgeber eine Halle baut, der Arbeitgeber dann 30 Leuten nen Arbeitsplatz schaffen könnte und die dann 2000 im Monat kriegen würden, das wäre ne konkrete Hilfe. Bei solchem Scheiß

kommst du ins Rotieren, du weißt gar nicht, wo du anfangen sollst, den Mist zu widerlegen. Er fing dann an, von wegen Steuerzahler würden helfen, der Staat könnte damit zum Beispiel die Flüchtlinge oder andere Bedürftige unterstützen. Andererseits brachte er dann den üblichen Dreck über Sozi-Schmarotzer, Asylanten und Dealer. Mir warf er vor, politisch nicht erklären zu können, wie der Kommunismus funktioniert. Das würde im Chaos enden. Echt schwere Geschütze, da biste platt. »Man muß im Elend anfangen, was zu verändern, nicht in den Industrienationen, wo es den Leuten am besten geht. Von unten anfangen.« Auf ein Argument kannst du dann 20 Minuten sabbeln. Er sagte klar, daß z.B. wir den Chef nicht brauchen, um die Arbeit zu machen, daß der Chef sie aber bezahlen würde. Und genauso müßten im Kommunismus die Sachen bezahlt werden, weil sonst keiner was macht. Zum Schluß war ich dann sogar ein Kriegstreiber. Naja, wenns denn n sozialer Krieg ist, mmm.

Zum Ende bei Anlagebau Sonntag:
Eigentlich hatte ich mit Kurt abgemacht, daß er mich kündigt, wegen Arbeitsverweigerung. Dann haben wir gedacht, daß wir Sonntag was wegen der Bundeswehr erzählen. Verblieben sind wir dann so, daß er erstmal gar nix sagt und ich zusehe, wie ich da raus komme. Das erledigte sich aber von selbst, am Heiligen Abend kam der Postbote mit einem Eilbrief. Sonntag hat mich zum 24.12 gekündigt.

So, ich versuche weiterhin Kontakt zu Kurt und Luís zu halten, das war abgemacht. Mal sehen, was sich ergibt.

Fragen und Thesen zu dem Job:
Ist gar nicht so einfach, eine Einschätzung zu bringen. Vielleicht erstmal bunte Fragen:
- Wo hätte ich noch was machen können: z.B. Verweigerung der Überstunden?
- Wo waren Konfliktpunkte, die nicht stark genug angegangen worden sind? Zum Beispiel die Fahrten mit dem Privatwagen, die monatliche Zahlung der Spesen, kann es wegen dem Lohn zu Konflikten kommen? Es kann gut sein, daß Sonntag nicht pünktlich oder gar nicht bezahlt.
- Hat ein Monat gereicht? Woran kann man das messen?
- Die Leute von Techno Metall haben wenig über ihre Arbeitsverhältnisse usw. geredet. Z.B. wollte Peter gar nicht wissen, was wir verdienen. Er wußte auch nicht, was Igor verdient.
- Hätte man ne Aktion zu dem Kranken von Techno Metall machen sollen? Ich habe immer drauf hingewiesen, daß das jeden von Techno Metall und auch von uns treffen kann, daß der Chef Druck macht. Der kranke Typ hat trotzdem gearbeitet, und die anderen wollten gar nicht drüber reden.
- Was hätte man noch mit den Flugis machen können? Eigentlich hat es nur Kurt gelesen.
- Wie hätte ich mit dem Malerlehrling in Kontakt bleiben können? Wie kann das laufen und wie erklärt man, warum man Infos zu München braucht oder warum man in Kontakt bleiben will?
- Wie hätte man mehr Kohle rausschlagen können, sich z.B. ne Quittung von einer

teureren Pension besorgen?

- Wie ist die Entwicklung der Auseinandersetzung gelaufen:
  - Erste Fragen, z.B. was der andere an Lohn kriegt.
  - Kleinere Diskussion über Arbeitsvertrag, Zukunft, Arbeit.
  - Bei der Arbeit dann so Sachen wie: kein Streß machen, locker bleiben.
  - Erste Flugis und Plakate, Diskussionen darüber.
  - Diskussion über Krankmachen;
  - Irgendwann haben sie sich dann auf die Diskussion festgenagelt, quasi kam die Diskussion über den Kampf oder Nichtkampf gegen das Arbeitsregime vor den ersten wirklichen Konflikten, also aus der Luft, aufgrund deiner politischen Äußerung.

Was macht man jetzt mit den Erfahrungen, dem Geschreibsel? Allgemeines:

- Zunahme von Montagearbeiten auf dem Bau?
- Ist die Zusammensetzung auf Montage anders, sind Leute auf Montage kämpferischer/rückschrittlicher?
- Welche Möglichkeiten der Organisierung gibt es auf Montage?

Allgemeine Diskussion:

- Zwei Punkte sind eigentlich in jeder Diskussion aufgetaucht, erstens wurde immer mit dem Lohn rumhantiert: Es gibt nen gerechten Lohn, der Lohn wird nach Leistung bezahlt, Überstunden werden sogar mit Zuschlag bezahlt, für Lohn wird gearbeitet und keiner würde nur für Gebrauchswert arbeiten. Es ist nicht drin, da marxistische Phrasen entgegenzuhalten. Schwer zu erklären, wie sich der Wert der Ware Arbeitskraft zusammensetzt, in einer hitzigen Diskussion kannst du nicht mit so einem Abstraktum kommen. Klarer ist die Sache, daß der Chef nie den »vollen Lohn« bezahlt. Nur, und da kommen wir zum zweiten Punkt, der Chef schafft ja den Arbeitsplatz. Von der Frage aus, zur Frage nach der neuen Gesellschaft. Die Vorstellung, daß was anderes drin ist, befindet sich im Abseits. Und wenn wir die Möglichkeit des Kommunismus nicht materialistisch vermitteln können, wie sollen wir dann den Kampf gegen die Schweine und ihre Arbeit erklären, zu ner Alternative werden lassen? Dann geht es wirklich nur um Lohn und Urlaub, und da ist die Gewerkschaft attraktiver. Also müssen wir auch über »der Weg als Ziel« hinauskommen.

Paderborn, 28.12.94

Nachtrag 22.2.95

Heute habe ich Stefan von der Montage-Arbeit im Arbeitsamt getroffen, habe gefragt, was er hier macht, er sagte, daß Anlagebau Freitag alle Leute gefeuert hat. Freitag konnte oder wollte keinen Vorschuß mehr bezahlen, außerdem sind die Fahrtkosten und Teile des letzten Lohns nicht bezahlt worden. Die Arbeiter sind also seit dem 3.2. nicht mehr auf Montage gefahren, weil sie kein Bock hatten, den Zug zu nehmen. Freitag meinte, sie sollten sich vorübergehend krank schreiben. Stefan hat seine Kündigung am 20.2. bekommen, sie war nicht per Einschreiben geschickt und zum 3.2. ausgeschrieben worden, also ein Unding. Kurt hat erstmal das Werkzeug einbe-

halten und Freitag angezeigt. Stefan macht jetzt den Gang vors Arbeitsgericht. Als ich nach dem Gespräch in den Arbeitsstellencomputer gekuckt habe, hatte Freitag wieder ne neue Ausschreibung drin. Werde mich mit Kurt in Verbindung setzen, vielleicht ist ja was machbar. Vorschläge?!

Über den Verkauf der Arbeitskraft

Rexrodt, der Mann aus der Wirtschaft, hat schon viele Wahrheiten unter die Leute gebracht. Von ihm stammt z.B. der schöne Spruch: "Das Problem ist nicht, daß nicht genügend Arbeit da ist, sondern daß diese einfach zu teuer ist."

Der Mann sagt nichts als die reine Wahrheit: Wer seinen Lebensunterhalt nicht mehr ohne Lohnarbeit gewährleisten kann, findet heute an jeder zweiten Straßenecke zweifelhafte Angebote. Ungefähr 5.000 Leiharbeitsfirmen der BRD suchen z.B. tagtäglich zur Soforteinstellung flexible Maschinenarbeiter, flinke Elektromontiererinnen oder andere frische Ware, nachzulesen in jeder Lokalzeitung und allen kostenlosen Anzeigenblättchen.

Auch die Bundesanstalt für Arbeit geht mit der Zeit und versucht, ihren schwerfälligen Apparat und vor allem uns durch moderne Technik in Gang zu bringen: Statt der früher bekannten Mikrofichegeräte mit Stellenangeboten, die entscheidende Informationen (Lohn, Firmenname) verschwiegen, können wir uns seit zwei Jahren eigeninitiativ an modernen Computern in allen größeren Arbeitsämtern austoben, und der direkte, kostenlose Kontakt zum Ausbeuter ist per Telefon gewährleistet (allerdings kann niemand so recht kontrollieren, mit wem wir wirklich telefonieren!).

StellenInformationsService (SIS) heißt dieses lehrreiche "Selbstbedienungssystem" (allein im Hagener Arbeitsamt sitzen Woche für Woche zwischen 1 000 und 1 500 Menschen an diesen Computern). Die bunte Informationsbroschüre hält, was sie verspricht: Wer sich (auch ganz unverbindlich) auf "seinem" Arbeitsmarkt umsehen will, kann über den SIS wichtige Informationen einholen: Lohnniveau, Arbeitszeiten, Befristungen, Ansprüche an unser Alter, Geschlecht und Nationalität? Vor allem die 20 Hagener Sklavenhändler sind im SIS mit ständig wechselnden Arbeitsangeboten für Ungelernte vertreten.

Das Arbeitsamt ist den Betrieben gegenüber großzügig und verstößt im Interesse einer schnellen und effektiven Vermittlung durchaus auch gegen geltendes Recht: nur Frauen gesucht, oder keine AusländerInnen, Löhne weit unter Tarif; alles kein Problem, das Arbeitsamt zeigt Verständnis.

In den letzten sechs Wochen habe ich mich im Raum Hagen/Westfalen intensiv im Bereich ungelernte/angelernte Arbeit aller Art umgesehen: Zeitungsannoncen, Tips von Bekannten, meistens aber über den Computer oder die Jobvermittlung des Arbeitsamtes.

Ich will nicht behaupten, einen repräsentativen und systematischen Überblick gewonnen zu haben, aber meine Erfahrungen sind auf keinen Fall Zu- oder Einzelfälle.

Im folgenden ein paar Beispiele quer durch verschiedene Branchen, die meisten

Erfahrungen habe ich so wie geschildert oder ganz ähnlich mehrmals gemacht (die angegebenen Löhne sind, falls nicht anders ausgewiesen, Bruttostundenlöhne):
* "Für die Einrichtung einer weiteren Montagelinie stellen wir sofort ein: 10 Mitarbeiter für leichte Montagearbeiten ... bei überdurchschnittlicher Vergütung", so zeigte das Vaterland-Werk in Neuenrade (Fahrradproduktion, ca 40 km von Hagen) sein Interesse an frischen ArbeiterInnen in der Lokalzeitung an.

Beim Vorstellungsgespräch (an zwei Vormittagen kommen 150 Leute) beläuft sich die "überdurchschnittliche Vergütung" an der Montagelinie dann auf 14.- DM bei einer täglichen Arbeitszeit von 6.15 Uhr bis 14.30 Uhr (15 Minuten Ausruhen, unbezahlt versteht sich), 40 Stundenwoche. Immerhin geben die Vaterländler nach dem Manteltarifvertrag Metall 30 Tage Urlaub und zahlen Urlaubs- und Weihnachtsgeld.
* Wippermann in Hagen, produziert Ketten für Fahrräder, Motorräder etc: suchen zwei HilfsarbeiterInnen für die Montage, unbefristet, Lohngruppe 3 (15,09 DM), Tagschicht, eventuell auch 2-Schicht.

Im Pförtnerhäuschen hängt eine Betriebsvereinbarung vom November 94 über Anwesenheitsprämien, gestaffelt nach Fehlzeiten. Sie rechnet vor, daß der Betrieb (bei 300 Beschäftigten insgesamt) im Jahr 94 für Lohnfortzahlung 900 000 DM ausgegeben hat, der Krankenstand lag durchschnittlich zwischen 8 und 9 Prozent. Die Gesamteinsparungen durch weniger Fehlzeiten sollen an die Arbeiter weitergegeben werden, so sagt die Betriebsvereinbarung - ein gutes Beispiel dafür, was heute erfolgreiche Betriebsratsarbeit ist...

Der Mann aus der Produktionsleitung fordert mich auch als erstes auf, von meiner Krankenkasse eine Übersicht über meine Zeiten der Arbeitsunfähigkeit der letzten drei Jahre zu besorgen.

Später stellt sich raus, daß die beiden Stellen schon besetzt sind, und daß sie nur Frauen zwischen 34 und 38 wollten (auf dem Arbeitsamt erklärt man mir lapidar, daß Frauen bis 34 noch zu sehr in der Gefahr gesehen würden, schwanger zu werden und ab 38 schon zu kaputt seien).
* Industriegebiet in der Nähe von Iserlohn: Ahorn, Betrieb mit ca 35 Beschäftigten, suchen jemanden zum Montieren von Lampen(teilen), befristet; 36h-Woche, 12,50 DM, Arbeitszeit 7-15.30 Uhr; es gibt eine reine Frauenproduktionslinie, an der der Chef keinen Mann haben will (leider gibt es für diese Aussage keine Zeugen), sie richten aber demnächst wahrscheinlich eine weitere Linie mit schwereren Teilen (!?) ein, dann könne man weitersehen.
* Großhandel in Hagen: Zigaretten ausfahren an Kioske und Supermärkte; 38,5h-Woche, 8-17 Uhr (mittwochs bis 13 Uhr), jeden zweiten Samstag 2 h, 15.-DM, auf drei Monate befristet.
* Gevelsberg, Euwiro, Betrieb mit 35 Beschäftigen (größere Filiale in Wuppertal): stellen alle möglichen Metallkleinteile her; der Meister erklärt kurz die Maschinen (Gewindeschneiden u.ä.); im Moment keine Schicht, nur Tagschicht (6-14.45Uhr), wenn Schicht dann 6-14 und 14-22; 13,50 DM; angeblich viele Bewerber ("für solche Arbeiten melden sich immer viele" sagt der Produktionsleiter, nachdem er alle Nachteile der Arbeit aufgezählt hatte, u.a. daß man auch nach langer Zeit nicht mehr

als zu Anfang verdienen würde...). Die Stelle wird unbefristet angeboten, vermutlich setzen viele Neueingestellte selber die Frist und gehen nach einigen Wochen wieder.
* Großbäckerei in Hagen, suchen Fahrer, auf acht Wochen befristet, 5 Uhr bis 13 Uhr, 38,5h-Woche tarifvertraglich (aber betriebliche 6-Tagewoche), 17,69 DM.
* Sprockhövel, CompuData, Betrieb mit 30 Leuten, suchen jemanden zur Platinenbestückung (manuell und mit Maschine), 7.30 bis 16.15, 13.-DM, ("wollen Sie das wirklich machen? Das ist keine anspruchsvolle Tätigkeit. Wissen Sie was eine Diode ist? Vergleichbare Betriebe bieten nur 11,50 DM").
* Westfalia, großes Versandhaus in Hagen: suchen befristet Leute, nur Spätschicht (!), 14 bis 22.15, zahlen 15,33 DM (nach drei Monaten zwei Mark mehr); haben Probleme, weil sie eine neue Pack- und Sortieranlage haben, aber den Paketausstoß nicht erhöht kriegen, Betriebsrat genehmigt keine Überstunden mehr, fordert befristete Einstellungen!
* Frachtenkontor: fährt als Subunternehmer für die Tiefkühlkostfirma Nadler; Arbeitszeit 4 Uhr bis 12 Uhr (manchmal auch bis 14 Uhr), Mo-Fr; 1.600 netto im Monat, schwarz über den Tisch; ich soll einen Tag mitfahren, um zu schauen, ob der Job mir liegt, ohne Bezahlung.
* Holzverarbeitung (Paletten- und Kistenherstellung): suchen fünf Leute für die Produktion; beim Vorstellungsgespräch wird nach Gewerkschaftsmitgliedschaft und Krankheitstagen der letzten Jahre gefragt. Der Betrieb ist für Drecksmaloche berüchtigt. Trotz Nachfragen sagen sie nichts zum Stundenlohn.
* Ein privates Krankentransportunternehmen (der Personenbeförderungsschein geht auf Kosten der Angestellten) in Hagen bietet 8.-DM auf 580.-DM-Basis, ohne Trinkgelder, und "die Arbeitszeiten können weitestgehend frei vereinbart werden."
* Kleines Metallunternehmen in Hagen sucht einen Schichtarbeiter auf Abruf, der immer dann für ein par Tage oder Wochen einspringen kann, wenn viel Arbeit da ist oder jemand wegen Krankheit ausfällt.
* Türengroßhandel in Hagen sucht Fahrer (Auf- und Abladen sowie Lagerarbeit inklusive); 40h-Woche, 15.- DM.
* Wuppertal, Kunststoffverarbeitungsbetrieb sucht Arbeiter zur Bedienung von Spritzgußmaschinen, 4-Schicht-Betrieb, sechs Tage arbeiten, zwei Tage frei, d.h. jede sechste Woche das gesamte Wochenende frei.
* Metallbetrieb in Menden mit 180 Beschäftigen sucht Helfer, 15.-DM, Dreischicht, befristet auf 12 Monate.
* Feuerverzinkerei in Hagen, Dreischicht, 15.-DM.
* Nokia in Bochum suchten für den Jahresanfang 100 ArbeiterInnen für die Handy-Produktion: Montage- und Prüftätigkeit im Akkord, Zweischicht, Lohn ca. 13.-DM.
* Gießereihilfsarbeiter, Schwerte, nur Tagschicht, 16.-DM.
* Schokoladenfabrik in Köln über Sklavenhändler: Zweischicht, 11.50 DM (Frauen 1 DM weniger).
* Direkt-Kuriere, geben ca 12.- DM für das Fahren von LKW und weisen mich darauf hin, daß ich gutes Geld machen könne, wenn ich 70 Stunden in der Woche arbeite.

* ups, Iserlohn: sucht mehrere Fahrer für die Paketzustellung (das sind die, die ganz in braun rumlaufen müssen). Der Herr von der Bezirksleitung ist schnell und präzise: Ausführlicher Fragebogen (wann haben Sie den letzten Verkehrsunfall verursacht?) wird ausgefüllt, dann rasselt er die Leistungen des Weltkonzerns runter: 19,19 DM, nach drei Monaten knapp 20.-DM, 40 Stundenwoche, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld. Nach den vielen anderen Firmen, die zwischen 10 und 15 Mark bieten, hört sich dieser Lohn fast schon wie ein Geschenk an.

N., 24.2.95

Umfrage Gruppenarbeit Blechteile: Ergebnis vernichtend

In der Gruppenarbeit Blechteilefertigung wurden wissenschaftliche Umfragen während der Gruppenarbeit durchgeführt. Anfangs hatten noch hoffnungsvolle 20 Kollegen die Einführung der Gruppenarbeit für gut befunden, 10 Kollegen antworteten mit teils/teils, 7 fanden Gruppenarbeit schlecht. Interessantere Arbeit, Verantwortung, keine Zeitkürzungen mehr, sollten kommen.

Doch es kamen Pausendurchlauf und Mehrmaschinenbedienung. Neue Vorrichtungen/Werkzeuge, die die Gruppe forderte, gab es nicht. Dafür wurden Maßnahmen, von denen der Betrieb profitierte, gleich umgesetzt. Die Konkurrenz der Kollegen untereinander wurde immer größer.

Die letzte Befragung der Kollegen ergab heftige Kritik am Management. Auch der Betriebsrat kam nicht gut weg. Nur noch 8 Kollegen waren mit der Gruppenarbeit zufrieden, 12 aber unzufrieden, 13 teils/teils. 10 Kollegen würden sogar mit der alten Arbeitsform wieder tauschen, nur 4 Kollegen nicht, 18 teils/teils. 9 Kollegen sprachen von einer verbesserung ihrer Arbeitssituation, 10 dagegen von Verschlechterung, bei 12 Kollegen war es unverändert.

Die Umfrage war für Management und Betriebsrat ein Schuß vor den Bug. Der Betriebsrat will sich verstärkt um Gruppenarbeit kümmern. Wichtig wäre ein Erfahrungsaustausch von GruppenarbeiterInnen der verschiedenen Abteilungen im Rahmen von IG-Metall-Treffen. Nur Gruppensprecher-Runden in Ladenburg unter Federführung des Unternehmens bringen die gewerkschaftlichen Ziele der Gruppenarbeit nicht weiter.

(aus dem »Innenspiegel«, Betriebszeitung »von Kolleginnen und Kollegen der Mercedes-Benz AG Werk Mannheim«)

IGM-Veranstaltung am 15.2. in Hagen

Der IG Metall-Funktionär auf seiner Lastwagentribüne in der Hagener Innenstadt ist schier aus dem Häuschen: "Der Demonstrationszug nimmt gar kein Ende. Wir müssen mit dem Beginn unserer Kundgebung warten... Diese Kampfbereitschaft ist die richtige Antwort auf die Arroganz der Unternehmer...".

Was den Mann so freut, sind die ungefähr 3.000 anwesenden KollegInnen aus einigen Dutzend Betrieben (darunter zwei Großbetriebe, Varta und Demag, die meisten anderen haben nur noch 50 - 100 Leute, oder sogar noch weniger) aus Hagen und den umliegenden Städten (Herdecke, Schwerte, Wetter, Hohenlimburg).

Ab 10 Uhr hat die Gewerkschaft zum Warnstreik gerufen. Ab 14 Uhr wurde wieder gearbeitet. Ob dieser Warnstreik den Unternehmern tatsächlich wehtut, wie die IGM behauptet, ist zweifelhaft und auch nicht unbedingt das Ziel der Gewerkschaft: Alles wird tagelang vorher angekündigt, jeder Schritt genau abgesprochen, der "Gegner" kann sich in aller Ruhe vorbereiten.

Dauerregen und Discomusic bestimmen die Szenerie in Hagen. Kaum eigene Transparente, nur die vorgefertigten der IGM. Viele ArbeiterInnen sind nur mäßig an der Veranstaltung ihrer Gewerkschaft, für die sie jetzt kämpfen (so der Slogan auf einem Sticker, den die IGM verteilte), interessiert. Sie wollen möglichst schnell nach Hause, werden aber vom örtlichen Metallfürsten durch eine holprig vorgelesene Standardrede aus der Frankfurter Metall-Zentrale (s.u.) gequält. Einmal kommt Stimmung auf, als alle, die mehr Geld haben wollen, den Schirm hochheben müssen: Es ist wie Karneval, nur daß die Gewerkschaftstypen weder Kamelle noch Geld in die Regenschirme werfen.

Das beste kommt am Schluß: Ein Playback-Sänger wackelt zu dem wunderschönen Titel "Hasta la Vista" ein bißchen mit dem Arsch, wünscht "viel Erfolg im Kampf", und schon ist die "mächtigste Warnstreikdemonstration der letzten Jahre in Hagen" vorbei.

Obwohl dieser Streik "nicht so ist wie die in den letzten Jahren" - denn es geht ja darum, weitere (!) Lohnsenkungen abzuwehren - verraten schon ein paar Kostproben aus der Rede, die heute vermutlich auf allen parallel stattfindenden Veranstaltungen in NRW so oder ganz ähnlich vorgelesen wurde, daß auch in dieser Tarifrunde für die Gewerkschaft das olympische Motto "Dabeisein ist alles" ganz oben steht:

- Die IGM hat den Streik nicht gewollt, aber die Unternehmer wollen keine freien Verhandlungen.
- Die Unternehmer planen den gesellschaftlichen Großangriff auf den Sozialstaat, sie wollen die Abschaffung der vermögenswirksamen Leistungen, sie wollen eine andere Republik.
- Unsere KollegInnen haben in den letzten Jahren viel erdulden müssen.
- Wir wollen einen gerechten Anteil an der Produktivitätssteigerung.
- Die Auftragsbücher sind voll, die Arbeit wird schwerer, also fordern wir jetzt auch mehr Lohn und Gehalt.
- Unfähige Unternehmer schaffen Arbeitsplätze ab.

- Wir haben genügend Hilfsangebote an die Arbeitgeber gemacht: Verbesserung der Arbeitsorganisation, Qualifizierung, Rückgewinnung von Marktanteilen, Sicherung des Standortes Deutschland.
- Nur 2,2% der Unternehmen nutzen die Flexibilisierungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeit, die seit dem 1.4.94 durch den Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung bestehen (s. Zirkular 9, S.20 ff).
- Die 6%-Forderung ist bereits der Kompromiß (!) angesichts der Unternehmergewinne der letzten Jahre.

**Sie sitzen in Aufsichtsräten
und sonst überall, wo sie Geld erwarten.
Sie halten sich auf im Parlament,
im Senat und in anderen Ansammlungen.
Nur Widerstand kann ihnen
das Handwerk legen!**

WEISER RING BREMEN

Achtung Langfinger!!

Die beiliegenden postkartengroßen Hinweiskarten sind Teil einer kleinen Verteilaktion, die wir in Bremen gemacht haben.

Anlaß war eine Verteilaktion der Polizei und des weißen Ringes in der Bremer Innenstadt zu Weihnachten 1994, die sich über den gesamten Dezember erstreckte.

Dabei haben extra dafür abkommandierte Polizeibeamte tonnenweise von diesen auffälligen Kärtchen in der Stadt verteilt. Alle Kaufhauskassen waren mit ihnen ausgestattet, an den Eingängen prankten allerorten gleichartige Plakate im Großformat und suggerierten jedem und jeder: Langfinger sind unter uns!
Was wir davon gehalten haben, brauche ich wohl nicht zu erläutern.

Damals hätten wir den Bullen die Dinger ganz gern abgenommen – aber das ist leider nicht so einfach. Wir haben uns dann dazu entschlossen, die Dinger nachzudrucken und ihre Verteilaktion zu wiederholen.

Die Langfinger haben jetzt Hochsaison.

Denn sie wollen mehr und mehr Geld und sie nutzen jeden miesen Trick. Lassen Sie sich nicht einseifen!
Sie jammern und klagen, dabei geht es ihnen so gut wie lange nicht mehr.

Machen Sie den Langfingern das Leben schwer:
Schenken Sie den Langfingern - dem Staat, den Unternehmern, Vermietern und Maklern - keinen Pfennig. Seien Sie unbescheiden, es gibt mehr als genug zu verteilen.
Wenn die Langfinger sagen, sie würden nur Ihr Bestes wollen, dann ist das eine Drohung:

Behalten Sie ihr Bestes für sich!

Gemeinsam werden Sie mehr Erfolg gegen die Erpressungen der Langfinger haben. Nach unten treten und nach oben buckeln hat noch niemandem geholfen!

Reden Sie mit Ihren Nachbarn und Kollegen und Allen, denen es ähnlich geht wie Ihnen. Setzen Sie kein Vertrauen in die Langfinger: Die werden nur ihre eigenen Probleme lösen.

Wir wollen, daß Sie prima Leben und sparen!

WEISER RING BREMEN

1. Auftritt - Bremer City

Wir taten dies erstmals zu Beginn des Winterschlußverkaufs Ende Januar '95. Dabei zeigte sich, daß die ursprüngliche Aktion damals ganz 'gut' angekommen sein muß. Die PassantInnen konnten sich noch recht genau an die Verteilungen im Dezember 94 erinnern und winkten dementsprechend oft ab: "Das hab ich doch schon", waren ihre Worte. Andere waren sichtlich genervt darüber, daß "das Zeug" schon wieder verteilt wurde. Offensichtlich hat kaum jemand gemerkt, daß es sich bei dieser erneuten Verteilung um Plagiate gehandelt hat. Natürlich gab es Ausnahmen - Leute eben, die sofort und aufmerksam gelesen haben, was ihnen da in die Hand gedrückt wurde. Die Reaktionen waren durchweg positiv. Da seien endlich mal "die richtigen Langfinger" benannt worden - weiter so. Ein Passant kam extra zu uns zurück, um sich eine Auswahl der gesamten Kollektion abzuholen die er -wie er sagte- morgen gleich ans schwarze Brett im Betrieb heften wollte.

Richtig ins Gespräch gekommen sind wir aber leider mit den wenigsten Leuten, wohl deshalb, weil Unternehmer, Makler oder Bosse in Aufsichtsräten eh nicht besonders beliebt sind - wir mit haben mit unseren Karten daher allenfalls ein verbreitetes Klischee bedient. Trotzdem: jede/r schadenfrohe PassantIn ist besser als der/die normale, genußfreudige KonsumentIn - die Leute haben ohnehin wenig zu lachen. Der Verteiltermin war ganz gut gewählt, denn die Leute hatten einige Tage vorher ihre Lohn- und Gehaltsabrechnunugen erhalten und mit Erschrecken festgestellt, wieviel ihnen "diesmal wieder aus der Lohntüte geklaut worden war".

Zugegeben, die Aktion ist nicht der Weisheit letzter Schluß, aber vielleicht holen sich die Leute einen Teil der Kohle bei den laufenden Tarifrunden ja wieder zurück.

2. Auftritt - Bremer Betriebe

Apropos Tarifrunden. Der "Bezirk Küste" (von Kiel über Hamburg bis Bremen) ist leider nicht Arbeitskampfgebiet geworden. Am Donnerstagabend des 16.02.94 hat der Vorstand der IG-Metall Bayern zum diesjährigen Pilotbezirk erklärt. Am Montag dem 20.02. beginnen dort die Urabstimmungen über einen Streik, die bis Mittwoch über die Bühne sein sollen. Die Urabstimmung soll - wenn möglich - noch vor dem Abschluß in der Chemieindustrie beendet sein, der ebenfalls für Mittwoch erwartet wird! In den Chefetagen der IG-Metall (die Kanäle zu Rappe sind scheinbar sehr gut) wird das voraussichtliche Ergebnis schon offen verbreitet: "3,5 - 3,8%, mehr ist da nicht zu holen!"

In Bayern soll dann am Freitag dem 24.02. der Streik beginnen - aber sicher ist das natürlich auch in diesem Jahr nicht. Wie jedes Mal fährt die IG-Metall wieder eine Doppelstrategie: Auf der einen Seite wird die Stimmung unter den Mitgliedern möglichst hochgekocht - wie z.B. am 14.02., dem bundesweiten Aktionstag der IG-Metall - um dadurch "Verhandlungsmacht" zu erlangen. Zum anderen fällt es Zwickel und Riester sichtlich schwer, die "Türen zu einer Verhandlungslösung endlich zuzuschlagen" - wer hätte auch etwas anderes erwartet?

Für eine "späte" Verhandlungslösung spricht zudem, daß neben Bayern kein weiteres Arbeitskampfgebiet für den Fall benannt wurde, daß die Unternehmer nicht doch noch

einlenken.

An der Strategie für den Arbeitskampf läßt sich ablesen, wo die Reise hingehn soll. Ziel des Streiks ist es, möglichst keine "Fernwirkung" zu erzielen. Will sagen: Es werden vorerst ganz bewußt nur Betriebe bestreikt, die die Weiterproduktion in anderen Tarifbezirken nicht behindern.

Moderne Streiktaktik der IG-Metall:
Per Informationssystem ins 21. Jahrhundert

Damit das wirklich klappt, hat die IG-Metall im vergangenen Jahr eine umfangreiche Erhebung innerhalb von allen ihrer Verwaltungstellen in der Bundesrepublik durchgeführt und dabei keine Kosten und Mühen gescheut. Dadurch hat sie jetzt einen ziemlich guten Überblick über die Zirkulation der Warenströme innerhalb der Metall- und Elektroindustrie und kann dementsprechend genau kalkulieren, welche Auswirkungen ein Streik in Unternehmen X auf die Unternehmen Y, Z, ... hat. Die Datenerhebung in den Verwaltungsstellen war Grundlage für die Entwicklung eines internen EDV-gestützten Informationssystems, das in den folgenden Jahren weiter ausgebaut werden soll. Durch das Informationssystem sind alle Verwaltungsstellen der IG-Metall miteinander vernetzt. Da das System regelmäßig aktualisiert wird, ist es zugleich ein "update" der sich rasant verändernden Unternehmensstruktur im Bereich der Metall- und Elektroindustrie der Bundesrepublik.

Aber auch für den Fall, daß in es in Bayern zu "heißen" (d.h. von Unternehmerseite gezielt eingesetzten) Aussperrungen kommt, erwartet man sich von diesem System wichtige Informationen. Im Eventualfall einer solchen Aussperrung bei AUDI in Ingolstadt ist innerhalb von wenigen Tagen - so lehrt uns das Informationssystem - mit einem Stillstand der Produktion bei rund 350! Zulieferbetrieben in der gesamten Bundesrepublik zu rechnen. Blöderweise kann die IG-Metall diese störanfälligen "Just-in-time"-Ketten nur schlecht für sich nutzen, da sie bei einem Streik der von ihr angezettelt würde, sofort mit den Folgen des 1986 geänderten § 116 AFG konfrontiert wäre. Und das obwohl die Streikkassen so voll wie lange nicht mehr sind.
Die Verhandlungsstrategie plant den Streik dennoch ganz bewußt mit ein, denn schließlich findet noch in diesem Jahr ein gesamtdeutscher Gewerkschaftstag der IG-Metall statt.

Aber zurück zu den Langfingern! Da sich ein Text auf den Karten explizit auf den Streik bezieht, planen wir für Ende Februar weitere Verteilaktionen in Bremer Betrieben.

Br.

Fragen zum Tschetschenien-Krieg

In Warschau demonstrierten AnarchistInnen Anfang Januar vor dem russischen Konsulat gegen den Krieg in Tschetschenien. In der BRD gibt es wenig Diskussionen über diesen Krieg – außer der Debatte zwischen SPD und CDU über das korrekte Verhältnis zu Menschenrechtlern und Duzfreunden. Wir haben Schwierigkeiten mit der Einschätzung des Kriegs und versuchen uns, wie so oft, aus Material der Medien etwas zusammenzureimen.

Ich hatte Ende Januar ein paar kurze Fragen und Thesen in die Diskussion geworfen und um Aufklärung gebeten. Die einzige ausführliche Antwort darauf war bisher der Artikel von P., wie er selbst schreibt, »das Werk eines frustrierten Zeitungslesers«. Nachfolgend nochmal eine leicht überarbeitete Fassung meiner Fragen und Thesen und P.s Artikel.

B., 27. Februar 1995

Für mich ziemlich undurchschaubar ist die gegenwärtige **Formierung der verschiedenen Blöcke in Rußland**, die ihre Machtkämpfe anscheinend auch in diesem Krieg austragen (wohl bis hin zur Sabotage an militärischen Operationen durch andere Einheiten – wie immer im Krieg auf dem Rücken von ZivilistInnen und auch Wehrpflichtigen). Welche strategischen Ziele haben die »Reformer«, »Kommunisten«, »Faschisten«, »Bürgerrechtler« usw.?

Gegen den Krieg formiert sich schnell **Widerstand in Rußland**: ziemlich breit (viele private Medien sind dabei) und radikal (offene, von Müttern usw. unterstützte Massendesertionen, die allerdings an ebenfalls massenhafte Desertionen von Wehrpflichtigen »im Frieden« anzuknüpfen scheinen). Welchen Sinn verfolgt ein unpopulärer Krieg? Oder ist das ganze für Jelzin & Co. eine Pleite? Die russische Version des Vietnam-Komplexes? Sind Kriege mit Wehrpflichtigen-Armeen nicht mehr führbar (zumindest USA, Britannien und Frankreich führen ihre militärischen Operationen ja schon lange ausschließlich mit Eliteeinheiten von Berufssoldaten durch)?

Öl: Es geht um den ganzen Kaukausus, denn Rußland braucht die Kontrolle über das Öl aus Baku, oder zumindest über die Pipelines. Grosny als Raffineriezentrum – Ölarbeitermacht? Etwas billig, oder nicht?

Rußland steht vor dem Auseinanderbrechen: Es geht gar nicht nur um Tschetschenien. Jede russische Region will einzeln unabhängig werden. 1993 erzählten mir FAU-Genossen von einer Reise ins Donbas (Ost-Ukraine) während einer Streikwelle der dortigen Bergarbeiter. Ich war damals begeistert von ihrem Bericht über die ständige ArbeiterInnenversammlung auf dem großen Platz im Zentrum von Donezk, aus der sowohl die Leute mit den ukrainischen Nationalfahnen als auch die mit den Sowjetfahnen verjagt wurden. Erst jetzt fällt mir ein anderer Aspekt wieder ein: Die Vision der meisten Bergarbeiter wie auch der sonstigen aktiven ArbeiterInnen der Region (z.B. BusfahrerInnen, LehrerInnen usw.) lief auf ein unabhängiges Donbas

raus, das seine Kohle auf dem Weltmarkt verkauft. Die Frage »Sind wir Russen oder Ukrainer?« wurde dabei völlig zweitrangig. Ähnliche Bewegungen sind aus vielen Regionen Rußlands zu erwarten. Auch die »ethnischen Russen« in Tschetschenien scheinen eher »pro-tschetschenisch« zu sein.

Deutsche Interessen: Die hiesigen Imperialisten wollen eine weitere Zersplitterung im ehemaligen RGW und der ehemaligen SU verhindern und ein »starkes Rußland« stützen. Gründe? Ein Vorschlag: Die entstehenden neuen Gebilde wären zu instabil, könnten die Ausbeutung nicht sichern, sondern würden nur einem weiteren Zerfall staatlicher Autoritäten bis hin zur völligen Zersplitterung (Mikro-Separatismus) Vorschub leisten. Zeigt sich darin nicht eine säkuläre Krise des Nationalstaats (wie z.B. auch in Afrika)? Das hieße, daß bestehende staatliche Gebilde wie Rußland oder Türkei nicht geschützt werden, weil die Nachfolgestaaten wie Tschetschenien oder Kurdistan »antiimperialistisch« wären, sondern weil keine neuen, halbwegs stabilen Staaten in Sicht sind. Ist Jelzin der einzige, der Rußland noch zusammenhalten kann?

Die mafiose Transformation zum Kapitalismus: Der Tschetschenienkrieg ist eine innenpolitische Angelegenheit des entstehenden russischen Privatkapitalismus. Dies ist ein Grundproblem bei der Transformation der ehemaligen sozialistischen Länder: Es gibt keine privaten Kapitalakkumulationen. Kaum ein Russe hätte genug Geld, um auf legalem Weg relevante Teile des staatlichen produktiven Vermögens zu kaufen (oder in neue Großbetriebe zu investieren). Im Rahmen der Legalität könnten Russen praktisch nur Nischenkapitalisten oder Manager ausländischer Konzerne werden. Andererseits ist diese (westlich-demokratische) Legalität eine wesentliche politische Rahmenbedingung für die gesamte Transformation: Es wäre politisch dem russischen (oder polnischen, tschechischen usw.) Proletariat gegenüber z.B. nicht durchsetzbar, einfach das gesamte staatliche Kapital per Gesetz irgendwelchen russischen Privatkapitalisten zu schenken. Die Schicht von ehemaligen Staatskapitalisten, die auch an der Spitze des »neuen« Nationalstaats steht, will diesen aber nicht zu einer reinen Agentur des internationalen Kapitals degradieren lassen. Der einzig mögliche Übergang zum Privatkapitalismus mit Existenzgarantien für eine echte russische Kapitalistenklasse ist daher eine »mafiose Transformation«. Funktionäre der staatlichen Industrien gehen strategische Bündnisse mit cleveren jungen Geschäftsleuten ein. »Kriminelle« sorgen mit ihren rüden Praktiken für die nötige Durchsetzungsfähigkeit. Dazu gehören im riesigen Rußland auch unter dem Druck »ethnischer Diskriminierung« entstandene Gangstermilieus wie die »Tschetschenenmafia« in Moskau. Waffen und Kontakte kommen aus zunehmend selbständigen Teilen des Militär- und Sicherheitsapparates. Ein Beispiel dafür ist der tschetschenische Präsident und ehemalige sowjetische Luftwaffengeneral Dudajew, dem 1991 die Hälfte der Waffen in Tschetschenien überlassen wurde. Mein Eindruck ist weniger, daß Dudajew völlige Unabhängigkeit von Rußland wollte, sondern eher, daß er durchaus ein gesamtrussischer Akteur war und bleiben wollte und dafür »seine Republik« zur sicheren Basis für Geschäfte ausbauen wollte. Mit wem ist er dabei zusammengestoßen?

Auf Öl gestoßen

Eine Reihe von Texten haben schon die ölbezogenenen Hintergründe des Kriegs in Tschetschenien beschrieben. In ak 373 wurde z.B. die Bedeutung des Großprojekts im Kaspischen Meer und der dazugehörenden Pipelinefrage ausführlich diskutiert. In ak 374 wurde auf die Rolle des tschetschenischen Öls und der tschetschenischen Raffinerien aufmerksam gemacht. Danach fehlt aber doch etwas. »Aber wegen Flugbenzin und einer Pipeline einen Krieg führen?« (ak 374).

So platt ist es natürlich nicht. Die Kriegsgründe lassen sich nicht einfach auf »Rußland braucht tschetschenisches und aserbaidschanisches Öl«, auf Resourcen, auf Dinge, reduzieren. Die geopolitische Ebene ist inadäquat; wir erkennen den Imperialismus wieder, als wüßten wir alle, was er ist und wofür er da ist, und verstehen die Menschen damit letztendlich nur als Opfer. Wenn wir den Krieg verständlich machen wollen, wenn wir was gegen das Gerede von »fanatischen Kämpfern« (Independent) oder vom »legitimen Interesse« Rußlands an »territorialer Integrität« (ak 374!) setzen wollen, dann müssen wir den Menschen in den Mittelpunkt rücken.

Und damit landen wir doch beim Öl. Wir können die Öl- und Gasindustrie als Instrument benutzen, um dem Krieg näher zu kommen. Allerdings erhebt der folgende Text keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er greift die tschetschenische Ölfrage im Kontext der gesamten Gas- und Ölindustrie der früheren Sowjetunion auf. Über Absätze zur »Krise« dieser Industrie, den Multis, dem aserbaidschanischen Projekt, Tschetschenien und der Hardlinerpolitik, wird hoffentlich klarer, was diese Themen miteinander zu tun haben, und daß das Hoffen und Tun all der Millionen von Menschen in den betroffenen Regionen zentral für eine Auseinandersetzung mit dem Krieg sind. Kurz gefaßt ist der Kampf um die Zukunft der Gas- und Ölindustrie zentral im Kampf mit der alten Zusammensetzung des Proletariats, im Kampf um die Neuankurbelung der Kapitalakkumulation. Eine erfolgreiche Entwicklung dieser Industrie würde entscheidend zur Aufhebung der »Blockade« beitragen, die die alte Ordnung dastellt. Tschetschenien ist eine Station dieses Kampfs. Die Hardliner bauen ihre Politik zwar auf die alte Ordnung auf, vertreten sie aber nicht wirklich, sondern wollen das Problem auf ihre Art und Weise lösen.

Die Gas- und Ölindustrie in Rußland und den GUS-Staaten

Die Gas- und Ölindustrie gehört zu den Schlüsselindustrien der GUS-Staaten. Mir ihr hängen Millionen von ArbeiterInnen und die Erschließung und Klassenzusammensetzung riesiger Regionen zusammen. Zusammen mit der Kohle liefert sie allen anderen Industrien Strom und »Treibstoff«, sorgt aber auch für Benzin und höchstwichtige Deviseneinnahmen. Ende 1992 besaß Rußlands »nachweislich« 34,4 Prozent der weltweiten Gasreserven (die Gesamt-GUS 39,8 Prozent) und 4,8 Prozent der Ölreserven (die Gesamt-GUS 5,6 Prozent). Zur Zeit wird weltweit fast doppelt so viel Öl wie Gas benutzt, aber der Trend geht zum Gas und zur GUS. Auch wenn die heutigen Ölreserven - ab 1992 gerechnet – noch 43 Jahre reichen (bei einem Jahresverbrauch wie 1992), reichen die Gasreserven 65 Jahre (BP Statistical Review of

World Energy 1992). Der größte russische Gasproduzent, RAO Gazprom, exportiert jährlich Gas im Wert von 8 Mrd. US-Dollar nach Europa, immerhin weniger als 20 Prozent seiner Gesamtproduktion (Independent 6.8.94). Diese Firma wird von der britischen Finanzberatungsfirma Kleinwort Benson »das Saudi Arabien der Gasindustrie« genannt.

Die Gas- und Ölindustrie befindet sich allerdings in einer »Krise«. Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete den Kollaps der wichtigsten Wirtschaftszweige, und diese Industrien sind jetzt in solch einen Zustand, daß sie vollständig reformiert werden müssen, um überhaupt in Zukunft erfolgreich Wert zu produzieren und Kapital zu akkumulieren. Für die Gas- und Ölindustrie heißt Krise der Zerfall der Infrastrukur und der Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Teilen der Industrie, das Fehlen von Investitionsgeldern und ein meuterisches Gas- und Ölproletariat. Zwischen 1988 und 1992 ging die Ölproduktion um mehr als 30 Prozent zurück (Financial Times 3.3.93). Ölfelder, Pipelines und Raffinerien verrotten; die Umwelt wird verseucht; Arbeitskräfte werden nicht sinnvoll eingesetzt, zu viele davon hängen in ihren Baracken herum, niemand zahlt ihre Rechnungen. Der Zerfall läßt sich an »Neftjanye Kamni« festmachen, einer Ölstadt in Aserbaidschan, eigentlich einem Netzwerk von 2000 miteinander verbundenen Bohrinseln, Wohnhäusern, Verwaltungsgebäuden über dem kaspischen Meer, in dem 5000 Menschen leben und arbeiten. Der Komplex entstand 1949. Die Rohre lecken und tropfen, die Isolierungen liegen abgehäutet herum, die Verbindungsstraßen haben Schlaglöcher. Der Meeresspiegel steigt, und niemand weiß, wie es weitergeht. Die Leitung hat Zweifel, ob überhaupt die spärlichen 2000 Tonnen am Tag gefördert werden. 80 Prozent dieser Produktion geht in den Krieg mit Armenien; wird also nicht bezahlt (Focus 41/94).

Das Hauptproblem sind die Menschen. Der Mangel an Geld hat zur Konfrontation mit den ArbeiterInnen geführt. Im Frühjahr 94 fand eine Welle von Streiks in Rußland statt, u.a. der ArbeiterInnen der Energieindustrie Siberiens - Kohle, Gas und Öl -, die früher relativ gut verdienten und in den letzten Jahren wiederholt aktiv wurden. Damals betrieb die Regierung eine restriktive Geldpolitik, und auch viele staatliche oder privatisierte Kunden der Energieindustrie weigerten sich, ihre Rechnungen zu bezahlen. Daher wurden die Löhne erst mit monatelanger Verspätung ausbezahlt, während die Inflation jeden Monat 20 Prozent Kaufkraft aus den Lohntüten klaute [ein Jahr später liegt der durchschnittliche Monatslohn bei 120 Mark (FR 25.1.95)]. Schon im November 93 erzwangen Streiks, u.a. von GasarbeiterInnen im westsibirischen Nadym, die Auszahlung von etwas Geld, aber erst ein Februarstreik der Bergarbeiter im Kusnezbecken löste die Streikwelle aus; Streikkommitees griffen um sich, Zechen wurden besetzt. Wegen teilweise seit Oktober 93 nicht gezahlter Löhne griff die Unruhe auch auf die ÖlarbeiterInnen Westsiberiens über. Streikkommitees in Nefteyugansk und Nizhnevartovsk setzten endgültige Termine für die Auszahlung der Löhne (und den Anfang eines Streiks); »Bohrmannschaften« in Uray traten in den Streik. Es sah so aus, als müßte die Regierung gleichzeitig mit landesweiten Kohle-, Öl- und Gasstreiks fertigwerden. Aber mit Hilfe der Führer der Öl- und Gasgewerkschaften, die mit der Verlängerung der Verhandlungen einverstanden waren, saß die

Regierung die Krise aus (Russian Labour News).

Vor diesem Hintergrund haben viele Manager der Gas- und Ölindustrie längst entschieden, daß ohne ausländische Firmen nichts zu machen ist.

Die Multis

In Rußland werden Gas- und Ölfirmen privatisiert und dabei Aktien auch an ausländische Firmen verkauft, obwohl der ausländische Anteil an einer Ölfirma (und Gas?) laut Gesetz nur 15 Prozent betragen darf. Der größte Ölproduzent Lukoil ist inzwischen zu über 7 Prozent in ausländischer Hand (FT 24.5.94). RAO Gazprom ist zu 49 Prozent in russischem Privatbesitz, 42 Prozent gehören noch dem Staat, 9 Prozent werden jetzt mit Kleinwort Bensons Hilfe Ausländern angeboten (FT 27.4.94, Independent 6.8.94). Um überhaupt ein neues Projekt zu entwickeln, geben die Russen zu, ist ein joint venture mit einer ausländischen Firma notwendig (Independent 12/94).

Trotz des niedrigen Ölpreises im letzten Jahrzehnt gelten die langfristigen Aussichten der Industrie, z.B. wegen der immer größeren Energienachfrage Asiens, als eher positiv (der Weltgaspreis ist vom Preis des Öls abhängig). Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks hat ein Run auf die Öl- und Gasvorkommen der GUS-Staaten eingesetzt. Keine große Firma kann es sich leisten, einen so wichtigen Produzenten zu ignorieren, Gewinne und Aktienpreise hängen von neuen Feldern und Zukunftsperspektiven ab; für jede kleine Firma ist es eine Chance, groß zu werden. Es geht um einen Sitz am Tisch und dann um einen guten Deal. Öl- und Gasfirmen aus dem Westen - USA, GB, Frankreich usw.- aber auch aus den Golfstaaten (Independent 13.9.93), beteiligen sich am Run.

Aber die Multis haben Probleme. Hinter dem, was sie bürokratische, gesetzliche oder technische Probleme nennen, verbergen sich grundsätzliche Fragen. Einerseits hat der Zusammenbruch der SU viele »Besitz«-Fragen aufgeworfen. Wer hat eigentlich das Sagen? Hat noch ein zweiter GUS-Staat Anspruch – z.B. aus geographischen oder militärischen Gründen – auf die Teilnahme an einem Projekt? Tobt in der betreffenden Republik der Seperatismus? Inwieweit sind die staatlichen Firmen offen für private oder westliche Beteiligung? Andererseits stellen sich natürlich die Fragen der Ausbeutung selber, die sich allerdings wegen des Zusammenbruchs der Industrie und der Größe der Region schwerer denn je beantworten lassen: Wer zahlt für was und woher kommt das Geld? Wie kriegen wir das Öl und Gas zum Markt? Wo kriegen wir die Arbeitskräfte her, seien es Techniker oder Malocher (und schließlich müssen die Penner lernen, was Arbeit ist)? Viele Projekte sind erstmal gescheitert. Es geht um die Kämpfe hinter den Kategorien. Was steht hinter Bürokratie, wenn nicht der Versuch unterschiedlicher Gruppierungen, seien es Eliten oder andere soziale Schichten, den besten Deal oder die beste Stellung herauszuholen? Verweigert ein Manager seine rechtzeitige Kooperation, weil seine ArbeiterInnen ihre Kooperation verweigern? Warum schließen sich Eliten und Bevölkerungen dem Seperatismus an? Unter welchen Bedingungen lassen die Arbeitskräfte sich ausbeuten? Zwei Regionen machen die Chancen und die Probleme klar.

In Kasachstan, nördlich des Aralsees, will der US-Multi Chevron in den nächsten 40

Jahren 20 Mrd. Dollar investieren, um 30 bis 60 Mrd. Barrel Öl und Gas zu fördern, aber die Firma liegt mit Kasachstan im Streit über die Kosten der dazugehörigen Pipeline zum Schwarzmeer. Die Bürokratie blockiert, und die Infrastruktur fehlt (Stern 33/94). Am Polarkreis hingegen, unweit des Petschora-Flusses, hat Conoco zusammen mit der russischen Archangelskgeologia schon angefangen, Öl zu fördern. Das Projekt ist klein und klappt laut Conoco nur, weil die russische Regierung auf die übliche Energiesteuer von 5 Dollar pro Barrel verzichtet. Das Joint Venture hat eigentlich keine Pipeline, sondern muß sein Öl mit russischen Produzenten tauschen, um auf dem Papier exportieren zu können. Scheitert dieser komische Deal, dann scheitert der »Export« und damit das Projekt, weil der billigere Ölpreis auf dem russischen Inlandsmarkt das Projekt unfinanzierbar machen würde. Außerdem werden die ArbeiterInnen nur mit Verzögerung bezahlt, weil die Regierung Archangelskgeologia angeblich Geld schuldet. In derselben Region laufen auch Amoco, Texaco, Exxon und Norsk Hydro rum. Sie wollen gemeinsam ein Ölfeld erschließen, das so groß ist wie der ganze britische Teil des Nordseefelds, und ein neues Terminal zur Verschiffung des Öls bauen, das mindestens 2 Mrd. Dollar kosten soll; soviel Geld wollen sie ohne Reform der Steuerbestimmungen und »Business«-Gesetze nicht ausgeben. Sie fürchten auch, daß der Einfluß von »Nationalisten« ihre Kontrolle einschränken könnte. Die Bewertung des Projekts hat erst angefangen (FT 12.4.94 und 1.9.94). Die Fragen sind letztendlich immens: Wer kontrolliert die Rohstoffe der GUS-Staaten? Welche Regierungs- und Besitzformen werden dabei herauskommen? Wir wird die Klassenzusammensetzung Rußlands künftig aussehen? Um diese Fragen wird in Aserbaidschan und im Kaukasus bitter und blutig gekämpft.

Das aserbaidschanische Projekt

Das größte Projekt von allen wartet unter den Kaspischen Meer. Dieser Süßwassersee ist das Zentrum riesiger Öl- und Gas-Lagerstätten. Fünf Länder - Rußland, Kasachstan, Turkmenistan, Iran und Aserbaidschan - grenzen an das Meer. 4 Mrd. Barrel Öl im Wert von über 75 Mrd. Dollar (bei heutigen Preisen) liegen vor der aserbaidschanischen Küste. Die geplante Ausbeutung dieser aserbaidschanischen Resourcen ist so etwas wie ein Leitprojekt; der Umgang mit diesem großen Projekt hat enorme Auswirkungen auf alle anderen Projekte, auf die Gas- und Ölindustrie, auf die GUS-Region überhaupt.

In der kaspischen Region kommen die Interessen anderer Mächte als Rußland ins Spiel. Die Türkei und Iran versuchen, ihren Einfluß in den »islamischen Republiken« Zentralasiens auszubauen und schlagen verschiedene Modelle gemeinsamer Märkte vor. Die Türkei hat einen Gipfel der »türkischen« Republiken gegründet und kümmert sich um wirtschaftliche Kontakte. Obwohl Turkmenistan sein Gas früher über Rußland gepumpt hat, wird zur Zeit schon eine Gaspipeline über den Iran in die Türkei gebaut (FT 24.8.94). Eine türkische Firma baut ein Gaskraftwerk in Kasachstan; Siemens liefert die Turbinen (FT 20.7.94). Weitere Verträge werden mit Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan abgeschlossen. Schon September 93 mobilisierte die Türkei ihre Truppen an der Grenze zum Kaukasus, um Unterstützung für Aserbaidschan zu

demonstrieren. Iran hingegen ist mit 34 Prozent groß am aserbaidschanischen Außenhandel beteiligt, hat auch großes Interesse an guten Beziehungen mit Aserbaidschan; etwa wegen der 20 Millionen Aseris im iranischen Nordwesten, wo es über die Jahre mehrmals Revolte und Randale gab.

Das kaspische Öl soll von einem Großkonsortium gefördert werden, das aus iranischen und aserbaidschanischen (SOCAR) staatlichen Ölfirmen sowie Amoco, Unocal, Pennzoil, McDermott, Ramco (USA), BP (GB), TPAO (Türkei) und Statoil (Norwegen) besteht und eine Reihe kleinerer Projekte mit einschließt. Das Konsortium will zunächst 7 Mrd. Dollar investieren. Rußland ist in dem Projekt bisher nur insofern beteiligt, als Lukoil 10 Prozent von SOCAR besitzt, fordert aber aufgrund von früheren Investitionen der Sowjetunion in der Region einen größeren Anteil an dem Projekt. Es versucht die Definition des Kaspischen Meers als »Meer« statt als »See« durchzusetzten. Damit läge das meiste Öl in internationalen Gewässern, und die zentralasiatischen Staaten wären gezwungen, sich mit Rußland zu einigen. Da seine Interessen nicht berücksichtigt werden, schürt Rußland in der Hoffnung auf einen besseren Deal Unruhe in Aserbaidschan. Die Unabhängigkeit Aserbaidschans wurde 1991 unter Gorbatschow sowieso nur nach einem blutigen Massaker durchgesetzt (160 Tote in Baku - Spiegel 2/95). Durch einen Freibeuter namens Husseinow, laut *Independent* ein »junger Mafiamillionär mit versilberter Pistole«, versuchte Rußland mehrmals, in Baku eine prorussische Regierung zu installieren. Er marschierte im Juni 93 nach kurzem Bürgerkrieg, in dem ein Großteil des Staatsapparats neutral blieb, in Baku ein, um den protürkischen Präsidenten Eldschibeys zu stürzen. Der großtürkische Nationalist Eldschibeys hatte kurz vor einer Einigung mit dem Konsortium gestanden. Husseinow wird zum Ministerpräsidenten, ein ehemaliger KGB-General, Alijew, zum Präsidenten. Als allererstes zogen sich die neuen Machthaber von dem Deal mit den Multis zurück und fingen an, von vorn zu verhandeln. Aber im September 1994 einigte sich Alijew dann doch mit dem Konsortium, und Rußland ermunterte Husseinow, gegen Alijew zu putschen, diesmal ohne Erfolg. Noch verweigert Rußland Aserbaidschan wichtige Erzeugnisse zur Ölförderung wie Rohre und sogar neue Plattformen, die die Aseris eigentlich gekauft hatten, benutzt diese also als Druckmittel. Die USA unterstützen ihrerseits aktiv ihre Multis; allein 1993 pumpten die USA 250 Mio. Dollar »Entwicklungshilfe« nach Aserbaidschan hinein.

Für zusätzlichen Sprengstoff sorgt, daß nach wie vor umstritten ist, über welche Länder die Pipeline geführt werden soll, die notwendig ist, um das Projekt an den Markt im Westen anzuschließen. Mit der Pipeline sind Macht, Steuern und Deviseneinnahmen verbunden. Die Pipeline für das aserbaidschanische Projekt wird später ganz Zentralasiens zur Verfügung stehen. Andere Trassenführungen über Iran oder Pakistan zum asiatischen Markt Asiens wären theoretisch auch möglich, stehen aber erstmal nicht an. Eine Arbeitsgruppe des Konsortiums gab 1993 drei mögliche Trassen nach Westen bekannt.

1) Die Türkei will mit der Unterstützung der USA eine Pipeline über Iran oder Armenien in die Türkei und zum Mittelmeer bauen. Das würde der Türkei jährlich 500 Mio. Dollar Gebühren einbringen und den schnelleren Ausbau türkischer Geschäfts-

kontakte mit Zentralasien ermöglichen. Mit dieser Absicht trat Iran erst letzten September dem kaspischen Konsortium bei - trotz Bedenken der USA und zur Empörung Rußlands. Eine türkische Trasse wird auch durch Kurdistan laufen müssen. Der britische Botschafter in Baku: »Wir müssen die Pipeline vor den kurdischen Terroristen schützen. Das ist ein Problem, aber es ist lösbar.« (ak 373)

2) Rußland will natürlich, daß die Pipeline durch Rußland, zum Schwarzen Meer verläuft. Zwei Pipelines – von der russischen Küste des kaspischen Meers und von Baku – besitzt es schon, und es möchte sie weiter benutzen. Die Türkei kritisiert die russischen Routen mit einem Hinweis auf die dafür notwendige Tankerdurchfahrt durch den Bosporus und die Dardenellen. Diese sei aus ökologischen, bzw. Sicherheitsgründen nicht möglich. Die Türkei droht mit strengen Sicherheitsregeln und - implizit – einem Embargo der russischen Schiffsfahrt. Deswegen hat Rußland schon den Bau einer neuen Pipeline über Bulgarien und Griechenland vom Schwarzen Meer zur Ägäis ausgehandelt.

3) Eine Route über Armenien und Georgien zum Schwarzen Meer scheint wegen des Kriegs nicht möglich. Rußland hat früher beide Seiten im aserbaidschanisch-armenenischen Konflikt mit Waffen beliefert und Armenien auch zu Offensiven ermuntert. Jetzt spielt es den Friedensvermittler, um nach wie vor einen Fuß in der Tür zu behalten. Zur Zeit gibt es einen Waffenstillstand, und Aserbaidschan hat sogar angeboten, Berg Karabach aufzugeben. Russische »Friedenstruppen« patrouillieren in der Region, aber an einer wahrer Einigung ist Rußland eher weniger interessiert, da ein starkes Armenien nur die Position Aserbaidschans schwächen kann. Die USA mischen sich ein, um von Aserbaidschan eine Politik der Stärke zu fordern. Armenien könnte sich allerdings gegen die möglichen Geldeinnahmen einer Pipeline nach Georgien oder in die Türkei aus eroberten aserbaidschanischen Gebieten zurückziehen.

Das weitere Kriegspotential ist vor diesem Hintergrund klar; gespannte Verhandlungen zwischen der Türkei und Rußland, sowie Rußland und die USA, haben schon mal stattgefunden. Mittlerweile verlagert die Pipelinefrage den Konflikt nach Tschetschenien (das ganze Kapitel u.a. ak 373/374, Focus 41/94, Independent 6/93, 8/93, 9/93, 3/94, 9/94 und 12/94, FT 9.6.93 und 7.9.93, Socialist Review 1/95).

Die tschetschenische Station

Tschetschenien besitzt 50 Millionen Tonnen Ölreserven (Spiegel 41/94): weniger als 1 Prozent der gesamten russischen Reserven, also anscheinend unbedeutend, wenn auch genug, um das Öl zur wichtigsten Industrie zu machen. Dafür lieferten die Raffinerien des Landes bis vor kurzem 90 Prozent des russischen Flugbenzins (ak 374) sowie Schmierstoffe und Motorenöl für einen Großteil der russischen und ukrainischen Industrie. Obwohl die Produktion des wichtigen Raffineriezentrums, während der letzten Krisenjahre auf ungefähr 85 Prozent gefallen ist (FR 4.1.95), würde der Verlust dieser Produkte der russischen Regierung mittelfristig Probleme verursachen. Nicht zufällig war Jelzins Wahl als Chef der russischen Marionettenregierung in Tschetschenien der frühere sowjetische Ölminister Chadschijew.

Über die Zusammensetzung der tschetschenischen Bevölkerung hört man wirklich

wenig. Bis 1992, als Inguschetien wegbrach, waren Tschetschenien und Inguschetien zu einer autonomen Sowjetrepublik verbunden. Damals zählte die Bevölkerung der Republik um die 1,25 Mio, davon 750 000 TschetschenInnen und 300 000 RussInnen (ak 374). Die RussInnen, deren VorfahrInnen hauptsächlich im Lauf des letzten Jahrhundert dort angesiedelt wurden, leben eher nicht in den Bergdörfern [russische ZivilistInnen haben in Grosny überproportionell gelitten, weil sie keine Verwandschaft in den Dörfen haben, die sie unterstützen oder aufnehmen konnten (Spiegel 2/95)], sondern stellen eine sehr große Minderheit des Proletariats Grosnys und der Ebene dar, vielleicht ca. ein Drittel.

Was sieht es aktuell mit der Spaltung zwischen RussInnen und TschetschenInnen aus? Einerseits scheinen die RussInnen Grosnys Jelzin nicht gerade sehr zu lieben. Anderseits kommen mehere Faktoren zusammen, die die Spaltung am Leben halten. Erstens die Geschichte: Die Kolonialkriege und der stalinistische Völkermord sind anderswo gut geschildert, aber allein die Erinnerung an die Pogrome gegen Tschetschenen in Grosny in den 1950er Jahren wäre Grund genug, um noch zu hassen. Zweitens ist der Rassismus sehr aktuell. Die Bevölkerung des Kaukasus, insbesondere die EinwanderInnen in den Großstädten des Nordens, werden für Kriminalität, Mafias und Drogen verantwortlich gemacht. Sie werden als »Schwarze« beschimpft und als Sündenböcke benutzt. Der Rassismus kommt vom Staat (als Polizeigewalt) und von der Bevölkerung und richtet sich gegen die KaukasierInnen in ihrer Rolle als StraßenhändlerInnen (Spiegel 2/95). Drittens zwingen die Umstände die Menschen immer wieder, sich entweder als RussInnen oder als TschetschenInnen zu begreifen. Bei den tschetschenischen Wahlen 1991, die Dudajew an der Macht brachten, waren die RussInnen ausgeschlossen. Ob man tschetschenisch oder russisch ist, spielt sehr wohl eine Rolle, jetzt wo die Henker des russischen Innenministeriums in Tschetschenien unterwegs sind. Die Spaltung ist aktiv.

Obwohl Tschetschenien Kohle, verarbeitende Industrie (FR 4.1.95) bzw. eine Metallindustrie und eine Holzindustrie besitzt, scheinen Ölindustrie und Agrarwirtschaft die zwei Pole der Klassenzusammensetzung zu sein, Öl- oder Öldienstleistungsarbeiterinnen und BauerInnen die häufigsten ArbeiterInnentypen. Die einzige Großstadt ist Grosny (400 000 Menschen). Schwarzwirtschaft und Verwandschaftsverbände sollen angeblich eine wichtige Rolle spielen; aus diesen Strukturen entstehen die Mafias, die bis zur Führungsspitze der Elite reichen bzw. von dort ausgehen. Im Lauf der letzten Jahre haben die Lebensbedingungen, zum großen Teil wegen der russischen Blockade, dramatisch verschlechtert; das Pro-Kopf-Einkommen sank um 65 Prozent. Wegen dieses Zerfalls, und gekoppelt mit demokratischen Forderungen, befanden sich bis zum Krieg verschiedene Bereiche der Verwaltung und Wirtschaft in einem langen Streik (ak 374 - der Verfasser sagt aber nicht, welche Bereiche!!!). Frauen scheinen in Tschetschenien bisher eher nicht dem islamischen Fundamentalismus unterworfen worden zu sein. Überall in der Sowjetunion tauchten Powerfrauen in der Schwerindustrie auf und noch letzten September demonstrierten bewaffnete Frauen in Grosny gegen Jelzin (Independent 12/94). In den Bildern vom Krieg tauchen sie jetzt allerdings nur als Zivilistinnen auf. Die Gewalt weist ihnen eine untergeordnete Rolle zu und vertreibt sie

von der Straße. Es gibt viel mehr rauszufinden, sicher ist nur, daß das Proletariat in Tschetschenien auch Akteur ist, nicht nur Opfer.

Jedenfalls befürwortet inzwischen ein großer Teil der tschetschenischen Bevölkerung Unabhängigkeit oder Autonomie. Es ist nicht so schwer, sich die Gründe dafür vorzustellen: von Ölexport und Deviseneinahmen aus den Pipelines leben, Kuwait spielen, während RussInnen in den Ölfeldern malochen? In diesem Sinne »Allahu akbar«, klar doch. Auch die anderen Regionen und autonomen Republiken Rußlands fordern zunehmend die Kontrolle über die eigenen Resourcen (Spiegel 2/95). Eine Art kaukasische Dominotheorie ist entstanden, wo Rußland andere Resourcen und Territorien durch das Beispiel Tschetscheniens gefährdet sieht; es gab schon Kämpfe in Inguschetien und Nordossetien. Dudajew hat eine wesentliche Rolle beim Zusammenrücken der Kaukasusstaaten zu einer Föderation gespielt und schon mal Soldaten geschickt, um abchasische Seperatisten und die Anhängerschaft des georgischen Präsidenten Gamsachurdia zu unterstützen (ak 374).

Tschetschenien ist die neueste und keineswegs letzte Station in einem Kampf um große Fragen. Grosny liegt auf der für Rußland bestmöglichen Trasse für die Aserbaidschan-Pipeline. Eine existierende Pipeline transportiert Öl von Baku nach Grosny und von dort zum Schwarzen Meer. Die Pipeline bringt auch Rohöl aus Rußland zu den großen Raffinerien Aserbaidschans. In der kaspischen Frage zunehmend ausgegrenzt, wollte Rußland durch den Einmarsch in Tschetschenien seine Kontrolle über diese Pipeline sicherstellen und seine Forderung nach einer großen Rolle bei der Ausbeutung der kaspischen Resourcen unterstreichen. Auch falls der Krieg die Tschechenien-Trasse jetzt vorübergehend beeinträchtigen sollte, so wird er den Öl- und Gasmultis doch nicht lange genug Sorgen bereiten, um ein Hindernis darzustellen. Falls die Tschetschenien-Trasse aber doch ausfällt, überlegen einige Konsortiumpartner wie BP aus Mißtrauen zu Iran den Bau einer alternativen russischen Trasse über Dagestan (Independent 12/94). Grosny ist auch eine Station an der wichtigsten Eisenbahnlinie von Moskau nach Baku (FR 4.1.95).

Die Hardliner und ihre Aussichten

Die Kämpfe um den Kaukasus werden immer mehr stellvertretend für den Kampf um die Zukunft der Öl- und Gasindustrie in der GUS insgesamt sowie für den politischen Machtkampf in Moskau geführt. In der Politik der Hardliner werden die Verbindungen zwischen dem zerfallenen Akkumlationsregime der GUS-Staaten und den geopolitischen Interessen Rußlands klar.

Der Krieg in Tschetschenien sollte Verteidigungsminister Gratschow helfen, seine Rivalen auszustechen (Socialist Review 1/94) und als der Krieg eskalierte, wurde die Position der Hardliner tatsächlich stärker. Korschakhow, der Chef der Leibwächter Jelzins, der für Jelzin etwa das ist, was Beria für Stalin war, nutzte das Klima, um Ministerpräsident Tschernomyrdin zu raten, den Ölexport nicht zu schnell zu liberalisieren und den Zugang zur Pipeline nicht zu billig zu machen (Guardian 3.1.95). Das Thema war nicht zufällig gewählt. Ein Teil der alten staatskapitalistischen Klasse ist nicht bereit, sich völlig den Ölmultis zu unterwerfen. Er stützt sich natürlich zum Teil

auf die Rüstungsindustrie, die jetzt wieder in alle Welt exportiert (FR 21.1.95), aber anscheinend auch auf eine Fraktion der Ölindustrie, bzw. des Ölministeriums. Obwohl die Hardliner erst seit etwa einem Jahr im Regierungssattel sitzen, war der Einfluß der »Ölfalken« schon vorher zu spüren; vereinbarte Steuererleichterungen wurden nicht verwirklicht; 92 wurde der Export durch Joint Ventures vorläufig eingeschränkt; im Juni 93 schlossen Beamte des Energieministeriums Joint Ventures eine Zeitlang (wie lange?) von den Exportpipelines aus (FT 9.6.93); all das spricht für einen Kampf zwischen der prowestlichen und der Hardliner-Fraktion in der russischen Elite.

Die Hardliner bauen ihre Politik auf all die Angestellten- und ArbeiterInnenschichten, die um ihre gesellschaftliche Stellung, ihren Lebensstandard und ihren Arbeitsplatz, auch in ihren Kämpfen, bangen. Einen Teil des Programms dieser Eliteschicht kann man auch in dem wirtschaftlichen Programm der LDP Schirinowskis nachlesen. Diese Partei ist nicht etwa vom Rand der Gesellschaft gekommen. Sie ist nach dem Modell der alten KPdSU aufgebaut und wird von vielen aus der alten Nomenklatura und Facharbeiterschichten unterstützt. Sie fordert u.a. Ausnutzung der eigenen Resourcen statt ausländischer Investitionsgelder, nur sehr begrenzte Privatisierung, Priorität für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und die Finanzierung von »Schlüsselbereichen« der Wirtschaft durch Steuergelder (ak 374).

Der rotbraune Gespenst hat eine sehr reale soziale Basis, die jetzt auch durch die Regierung vertreten wurde. In der ersten Hälfte 1994 schien sich die wirtschaftliche Lage Rußlands zu stabilisieren; die Inflation ging bis auf 5 Prozent im August 94 hinunter; weitere Privatisierungen wurden eingeleitet; die Dienstleistungs- und Finanzsektoren wuchsen. Aber spätestens nach dem Zusammenbruch des Rubels im Herbst wurde die Macht der Hardliner klar (FR 21.1.95). Ihre Regierung erkennt natürlich auch den katastrophalen Zustand der Gas- und Öl- und anderer Industrien und hat nichts gegen ausländisches Geld. Sie sieht sich aber gezwungen, die alte Zusammensetzung des Proletariats nicht frontal anzugreifen, sondern ihre Ängste und Stärke auszunutzen, um einen besseren Deal zu fordern und zu versuchen, ihre Position und Forderungen durch Stärke zu untermauern. Und dafür ist auch der Krieg sehr geeignet. Es ist falsch zu behaupten, daß Jelzin und Co. es wegen des Kriegs unbedingt vergeigt hätten. Wenn ein unabhängiges Tschetschenien beseitigt und das Land halbwegs befriedet ist, ist Rußland letztlich stärker. Nach dem Motto: Wir sind stark und geben nicht auf; wir haben immer noch die Pipeline; nichts läuft ohne uns. Für die Multis ist ein schwieriger Verhandlungspartner immer noch besser als ein Schwächling, der keine Entscheidungen treffen kann. Die weitere Zersplitterung Rußlands liegt auch nicht im Interesse der Multis. Es wäre auch ein Fehler, Opposition zum Krieg mit wahrer Kritik zu verwechseln; Viktor Sheinis, ein demokratischer Abgeordneter des russischen Parlaments meinte z.B.: »Unsere russische Armee zerstört eine unserer russischen Städte« (Guardian 4.1.95).

Und falls Rußland beim Aserbaidschan-Projekt doch leer ausgehen sollte, hat der Krieg immer noch Vorteile. Streitkräfte, Nomenklatura und Rüstungsindustrie wissen, daß man sich um sie kümmert, die Öl- und Gasindustrie wird diszipliniert. Das Innenministerium hat jetzt das Sagen im Tschetschenien-Feldzug. Seine Soldaten terrori-

sieren die Dörfer (Independent 9.1.95) und werden demnächst »Bullen im Betrieb« spielen, um z.B. die Pipeline wieder zu eröffnen. Der Terror gegen das tschetschenische Ölproletariat wird eine erfrischende Auswirkung auf andere Teile der Industrie haben, ist eine gute Übung für die Region, die als nächstes dran ist. Er rechtfertigt die weitere Hetze gegen KaukasierInnen aller Art. Er zwingt die RussInnen, sich doch zur Regierung zu bekennen, und die anderen »Nationalitäten«, sich hinter Führern zu sammeln, die alle aus derselben staatskapitalistischen Schicht kommen, und mit der sich letztendlich doch ein Deal finden läßt, wenn ein genügend großer Teil der Bevölkerung tot ist. Er senkt die Mindestarbeitsbedingungen, denn wer denkt schon an Arbeitsverweigerung, wenn er/sie verhungert und ein Gewehr vor der Nase hat? Er untergräbt die Stellung gewisser Schichten des Proletariats, zersetzt die alte Klassenzusammensetzung und macht den Weg frei für den Aufbau einer neuen. Nichts davon ist sicher, es gehört nur zu den Kriegszielen.

Im Tschetschenien-Krieg geht es keineswegs »nur« um Öl. Das Schicksal der Gas- und Ölindustrie – stellvertretend für und gleichzeitig mit anderen Schlüsselindustrien – entscheidet darüber, wie es mit der GUS-Region weitergeht. Sowie die Akkumulationskrise mit den Kämpfen des Proletariats zu tun hat, was die Hardlinerpolitik aufgreift, um in den Krieg zu ziehen, und dabei hofft, die Probleme zu lösen, so werden die Menschen die Garantie sein, daß Aserbaidschan und Tschetschenien erst der Anfang sind.

P. 31. Januar 1995

Antwort auf die Kritik im Zirkular Nr. 10.

Lieber Fritze,

Da in der Einleitung zu deiner Kritik an unserem ersten (M)-Artikel ein paar Grundsätzlichkeiten aufgezählt werden, wollen wir in unserer Antwort erstmal auf diese eingehen.

Darin wird vermutet, daß wir beleidigt seien, daß die (M) was anderes macht als der Rest der autonomen Szene, und wir uns in unserer Kritik eines »orthodoxen« Autonomenstandpunktes bedienen. Erstens sind wir nicht beleidigt, daß/wenn die (M) andere Sachen macht als der Rest der Szene, sondern kritisieren an dieser Tatsache, daß die (M) zum Teil nichts anderes betreibt, als eine szeneinterne Konkurrenzpolitik. Ablesen läßt sich dies an mehreren Beispielen: Im Vorfeld der in unserem Artikel genannten Northeim-Demo vom Sommer 94 wurde keinerlei Kontakt zu in Northeim seit langer Zeit arbeitenden Gruppen gesucht, sondern die (M)-Demo als fertiges und unumstößliches Konzept der Öffentlichkeit präsentiert. Auf die Kritik, daß eine Auseinandersetzung mit den schon in Northeim arbeitenden Gruppen unerläßlich erscheint, um deren lange Arbeit nicht zunichte zu machen bzw. zu gefährden, verwies die (M) die Gruppen auf die Möglichkeit, ja an der Demo teilnehmen zu können. Auf die Nachfrage, warum denn die (M) nicht im Vorfeld Kontakt zu diesen Gruppen gesucht hat, ließ die (M) verlauten, daß sie den Eindruck habe, daß diese Gruppen ineffektiv arbeiten würden und im Grunde keine Ahnung hätten. Ein weiteres Beispiel für die (M)-Konkurrenzpolitik ist die Gründung der Antifa-Liste in der Uni, die zunächst als Konkurrenzliste zu anderen Linken Gruppen ins Leben gerufen wurde, bevor nach bescheidenen Wahlergebnissen Realismus einkehrte.

Einen, wie ihr schreibt, »orthodoxen Autonomenstandpunkt« nehmen wir ein, da sich die (M) selber als autonome Gruppe sieht, versteht und darstellt. D. h. wir nehmen die (M) beim Wort und gucken mal, was denn da so autonom sein soll. Wer die Fahnen einer bestimmten Bewegung so hochhält, wie die (M) es tut, sollte dann auch genau daran gemessen werden. Soviel zu der gemeinsamen Einleitung.

Jetzt noch ein paar Worte zu einigen Dingen, die nur in deinem Artikel auftauchen: Grundsätzlich scheint Dir entgangen zu sein, daß wir in Gö. leben und arbeiten. D. h. wir bekommen die (M) im Alltag, auf Plena, auf Demos, auf Veranstaltungen usw. direkt mit. Wenn wir vor diesem Hintergrund bspw. schreiben, daß die (M) bei Demos OrdnerInnen mitführte und diese auch vor der Deutschen Bank postierte, kannste uns das ruhig glauben, auch wenn die (M)erInnen auf der Veranstaltung in Freiburg diese peinliche Tatsache heftigst bestritten. Leider gibt es bei uns in Gö. keine abgedruckten Demo-Berichte, Fotodokumentationen oder Ähnliches, wo man das dann als Freiburger nachlesen kann oder sich anhand von Fotos überzeugen kann, ob's denn wirklich so gewesen ist. Für uns war die Information, daß die (M) auf der Veranstaltung in Freiburg diese Peinlichkeit heftigst bestritt, recht interessant, da sie ja unser Argument, die (M) lege alles daran, als radikalste Speerspitze der militanten Linken zu gelten, belegt. Da paßt dann so eine Info natürlich nicht ins Bild (später noch ein bißchen

mehr dazu). Noch was zu unseren Quellen. Wenn du auf Seite 58 schreibst, daß wir »mal die Antifa (M)« zitieren, liegt hier ein eklatantes Mißverständnis vor. Wir zitieren sie dauernd!!!! Die in den Anmerkungen aufgelisteten Dokumente sind ausschließlich (M)-Texte, Verlautbarungen und Interviews. Zu einer weiteren Betrachtung und Einschätzung der (M) gehört es unserer Ansicht nach auch, ihr reales politisches Handeln anzugucken. Sprich die Theorie, den Ruf der (M), ihren theoretischen Anspruch mit der realen Praxis abzugleichen, um ein möglichst rundes, vielschichtiges Bild zu bekommen. Dazu nutzen wir natürlich auch unsere »Erlebnisse« mit der (M) auf Plena und Veranstaltungen, die wir allerdings hier in Gö. nicht mitprotokollieren oder gar abschließend beglaubigen lassen. D. h. du mußt uns tatsächlich die »Schlußfolgerungen mit den platten Parolen glauben oder nicht«. Die (M) ist doch nicht blöd, Mensch. Sie wirft nun mal kein Flugblatt oder Reader auf den Markt, in dem steht, daß sie eine klare Konkurrenzpolitik betreiben will, oder in dem steht, daß es ihrem Kontroll- und Ordnungsdenken entspricht, OrdnerInnen auf jeder Demo haben zu wollen etc. Nichtsdestotrotz gibt es die normative Kraft des Faktischen, und aus der läßt sich ablesen, was die (M) tut und vorhat, auch wenn sie das nicht schriftlich fixiert! Von daher verstehen wir an diesem Punkt Deine Kritik nicht, bzw. fragen uns, warum Du verschweigst, daß es sich bei der »Veranstaltung im September« nicht um irgendwelche Leute aus Göttingen handelte, sondern um (M)er, daß es eine (M)-Veranstaltung war, und daß es sich bei dem Interview mit Radio Dreyeckland ebenfalls um (M)er handelte. Wir hoffen, daß dieser Punkt geklärt ist. Wir verwenden ausschließlich papers der (M) bzw. beziehen uns ausschließlich auf Äußerungen der (M)!!!!

Zurück zur OrdnerInnen-Affäre bzw. das, was da dran hängt. Du schreibst auf Seite 55 des Zirkulars, daß Du nicht verstehen könntest, was daran peinlich sein soll, behelmt hinter einem Streifenwagen mit Blaulicht herzutraben. Na hör mal. Wenn ich als Gruppe dauernd behaupte, extrem radikal und militant zu sein, wenn ich des weiteren es permanent als Aushängeschild vor mir hertrage, eine behelmte und beknüppelte Demo durchgesetzt zu haben, dann ist die geschilderte Szene verdammt peinlich. Es ist nun mal nicht alltäglich, behelmte und beknüppelte Demos durchzuziehen. Die prinzipielle Tatsache kreiert nun mal einen Mythos von extremer Entschlossenheit, Radikalität und Militanz. Und genau an diesem wird gerüttelt, wenn bekannt wird, daß diese Demo nichts anderes war als ein Maskenball. Es ist peinlich, maskiert, behelmt, beknüpppelt und »Feuer und Flamme für diesen Staat« brüllend ca. 3-4 Meter hinter einem Streifenwagen mit Blaulicht durch die Innenstadt zu ziehen. So ein outfit wird normalerweise angelegt, wenn ich die Innenstadt in Schutt und Asche legen will oder mich vor Provokationen verteidigen muß, und nicht, wenn ich extrem friedlich einen nächtlichen Spaziergang machen will. Ebensowenig passen dann beim Mythos von der radikalen (M) die OrdnerInnen ins Bild und müssen logischerweise von der (M) als Gerücht abgetan werden, was nichts anderes beweist, als daß die (M) ein verdammt klares Interesse an dem Radikalitätsmythos hat.

Deine Kritik, bzw. Überlegungen zur Sexismusdebatte in Gö. verstehen wir nicht. Daß dieser Bereich in unserem Beitrag sehr dünn ist und daß wir eigentlich nicht

transparent machen, was in der Szene jenseits der (M) ablief, ist wahrlich kritisierenswert. Als Opfer begreifen wir uns da überhaupt nicht. Du schreibst jedoch, daß wir einen »äußeren Druck« für die nicht durchgeführte Auseinandersetzung mit Sexismus verantwortlich machen würden. Den äußeren Druck verbinden wir in unserer Beschreibung mit der Auseinandersetzung mit Bullen und Faschos. Zur Sexismus-Debatte schreiben wir, daß diese nicht weitergeführt wurde, abgebrochen wurde, und aus ihr keine weiterführenden Prozesse entwickelt wurden, was mistig genug ist, jedoch auch erst im Nachhinein festgestellt werden kann, und nicht, wie Du schreibst, im Voraus: »Ich finde es gerade deswegen auch oft richtig, sich aus Debatten, die einige in der »Szene« gerade für angesagt halten, rauszuhalten. Um eben nicht irgendwann sagen zu müssen, daß durch Zwangsauseinandersetzungen die Sexismusdiskussion oder andere wichtige Diskussionen nicht geführt werden konnten.« Zirk. 10; S. 55) Wenn Dein Fingerzeig auf Zwangsauseinandersetzung zielt, stimmen wir Dir zu. Wenn nicht, klingt es eher nach dem allwissenden Politprofi, der vorher schon haarklein alle Prozesse und ihre Ergebnisse benennen und einschätzen kann. Doch was hat das ganze in unserem Artikel mit der (M) zu tun? Wir schreiben, daß die (M) die einzige Gruppe war, die sich von Anfang an nicht an dieser Debatte beteiligte und die sich später zur Sexismusdebatte in keinster Weise geäußert hat. Es wirft, vor dem Hintergrund der Göttinger Situation, schon ein »Schlaglicht« auf eine Gruppe, die sich aus einer solchen Debatte raushält, ohne ihr »Nichtverhalten« zu begründen. Die Beiträge der (M) zum Sexismus bestehen aus Reader-Texten zu der Tatsache, daß es Sexismus gibt, und daraus, daß die (M)erInnen einen Motivwagen auf einer Demo getrenntgeschlechtlich ziehen (Interview der (M) mit KritikerInnen aus der radikal 147 3/93).

Zu der Veranstaltung der (M) zur Novemberrevolution müssen wir uns wirklich korrigieren. Die (M) hatte ihre Informationen nicht nur aus einem, sondern aus zwei Geschichtsbüchern. Wir meinten unsere Formulierung »aus einem Geschichtsbuch« wörtlich!!! Für uns ist das die alte Leier. Die (M) rennt mit einem ach so revolutionären Ruf und Anspruch durch die Gegend, macht eine Veranstaltung zum Thema Novemberrevolution, und am Ende kommt dabei rum, daß mensch sich auch gleich das passende Buch aus dem Dietz-Verlag hätte durchlesen können, daß damals alles voll revolutionär war, daß 1918/19 endlich die Arbeiterklasse unter sich entwickelnder Führung der entstehenden KPD die Räte besetzte und daß deswegen und überhaupt die KPD-Politik der zwanziger, dreißiger Jahre das einzig Wahre ist. Nichts von einem Blickwinkel von unten, nichts von einer Analyse des Proletariats der damaligen Zeit, nichts davon, daß die Rätebewegung eine Facharbeiterbewegung war, evtl. sogar eine Bewegung gegen die Jugendlichen und Frauen in den Munitionsfabriken, nichts von einer Einschätzung, inwieweit die Differenzierung und Neuzusammensetzung des Proletariats auch Entwicklungen im Politischem zeigt, nichts davon, daß damals eine Diskussion, die eben von diesen Entwicklungen und der Neuzusammensetzung des Proletariats ausgehend u.a. in Frankreich geführt wurde und scharfe Kritik an den technokratischen Gesellschaftsvorstellungen der Linken SozialdemokratInnen und »entstehenden« KPDlerInnen übte. Christel Neusüß weist in einem Aufsatz von 1978

in der Prokla 31 darauf hin, daß die Kritik an der Produktionsweise der Kritik am Kapitalismus als Verteilungsweise wich, und sich die Marxisten der Auffassung von der modernen Fabrik als einer unvermeidlichen, wenn auch verbesserungsfähigen Form der Organisation des Arbeitsprozesses anpaßten (Neusüß, Prokla 31/1978; S. 81) Im weiteren arbeitet sie heraus, daß die Rätebewegung in Deutschland eine Abgrenzungsbewegung gegen an- und ungelernte ArbeiterInnen gewesen ist. Das Selbstbewußtsein der ausgebildeten Arbeiter basierte in erster Linie auf der jeweiligen speziellen Qualifikation als Individuum und deren monopolistischer Zusammenfassung auf dem Arbeitsmarkt. Die KPD der 20er Jahre apellierte vor diesem Hintergrund an die moralischen Fähigkeiten der Arbeiter: »Sie müssen Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin, hoher Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind« (Neusüß, Prokla 31/1978; S. 93).

Unsere Kritik läßt sich darin zusammenfassen, daß auch hier die (M) nichts »Revolutionäres« zu bieten hat. Daß ihr Geschichtsbild, ihr Verständnis von Geschichte, nichts anderes ist als eine Reproduktion des DDR-Geschichtsverständnisses und so nichts Revolutionäres in sich trägt, auch wenn sie es immer gern behaupten.

Zum Abschnitt Kritik der Antikritik können wir Deine Einschätzung nur teilen. Wir verstehen auch nicht, warum Namen und Organisationen Argumente sein sollen. Und genau das ist es, was wir an der (M) kritisieren. Sie versucht, nach unserer Lesart, Namen und Organisationen zu Argumenten zu machen. Es ist eben nicht so, daß die (M) nur auf der Konkretisierung der eigenen Pläne und Standpunkte beharrt. Wie in dem von uns gelieferten Zitat der Antifa-Guben zum Ausdruck kommen sollte, geht es der (M) auch hier in Göttingen darum, Kritik mit Rang und Namen zu versehen. Erst dann darf sie geübt werden, erst dann wird evtl. drüber nachgedacht.

In diesem Zusammenhang verstehen wir auch deinen Schlußabsatz nicht. Wieso ist es für Dich das Schlimmste, nicht zu wissen, wer wir sind, wohin wir wollen, welche Vorstellungen und Konzeptionen wir haben, wenn Du vorher selber sagst, daß für Dich Namen und Organisationen keine Argumente sind?

Die Z'lerInnen aus Gö

Diskussionspapier des Bremer Anti-Rassismus-Büros

Das Bremer Anti-Rassismus-Büro (ARAB) hat in der bisherigen Diskussion schon ein paar mal eine Rolle gespielt. Es gab einen Verriß des "Winterpapieres" und mehrere positive Bezüge auf das ARAB, u.a. in den Briefen aus Paderborn. In den Artikeln zu Bremen wurde es in Zusammenhang von einigen Demos erwähnt.

Die Gruppe nimmt in unserem Diskussionszusammenhang bisher eine zwiespältige Rolle ein. Sie ist hier in Bremen mit Sicherheit die aktivste Gruppe, die im weitesten Sinne thematisch mit unserem Diskussionsprozeß zusammenhängt. Ein Mitglied der Gruppe war in Biedenkopf, aber als Gruppe beteiligt sich das ARAB nicht an dem Diskussionsprozeß. Dazu kommt (s.o.) eine sehr unterschiedliche Beurteilung der Gruppe im Zirkular-Zusammenhang.

Mir geht es darum, dieses Verhältnis zu ändern. Dazu müssen aber einige Mythen geknackt und Vorurteile aufgebrochen werden. Und dazu ist es notwendig, etwas zur Praxis des ARAB zu sagen, weil die vor Ort eben eine wichtige Rolle spielt, während überregional vermutlich eher nach den theoretischen Veröffentlichungen des ARAB geurteilt wird.

Das ARAB gibt es seit 1991. Entstanden war es aus "sozialrevolutionären Strukturen": Leute aus der Vorbereitung des IWF-Kongresses 1988 in Bremen, JobberInnen-Inis, Wohnungsnot-Plenum, Antifa-Café (mit dem Streitpunkt klassischer Internationalismus (Unterstützung von Befreiungsbewegungen) gegen sozial-antirassistische Arbeit in den Metropolen). Aus letzterer Position im ehemaligen Antifa-Café entwikkelte sich dann das ARAB. Auch wenn das eine sehr verkürzte und lückenhafte Darstellung ist, so läßt sich doch der sozialrevolutionäre Ansatz anhand der Geschichte der Beteiligten erahnen. Das ARAB unterscheidet sich von den anderen autonomen Gruppen in Bremen deutlich auch in der praktischen Arbeit. Eckpunkte dabei sind:

- die öffentliche Ereichbarkeit (Büro mit Telefon, Fax, festen Terminen usw.)
- die praktische Hilfe für Betroffene (Flüchtlingsberatung), so daß "die Leute" auch was ganz Greifbares vom ARAB haben (was ja oft ein Manko der Linken ist, den Menschen nichts Praktisches anzubieten zu haben - außer Inhalten, die mensch ja bekanntlich nicht essen kann...)
- ein Element der militanten Untersuchung: das ARAB sitzt nicht im Elfenbeinturm und saugt sich die neuesten Theorien aus den Fingern, sondern gewinnt viele seiner Erkenntnisse aus der Beratung der Flüchtlinge (das heißt, der Informationsaustausch läuft in BEIDE Richtungen), aus Besuchen in den Lagern und Heimen, aus Kontakten zu MigrantInnen, aus Interviews mit Betroffenen usw.
- eine ausgeprägte Öffentlichkeitsarbeit weit über das autonome Ghetto hinaus. Das verläuft auf zwei Ebenen: auf der Presseebene (Pressekonferenzen, - erklärungen, Interviews geben usw.), insbesondere wenn es um die Verbreitung der durch den vorigen Punkt gewonnenen Erkenntnisse geht (Mißhandlungen, Abschiebungen, skandalöse Zustände in den Unterkünften, Aktionen von Flüchtlingen u.v.m.), aber auch einfach Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen (z.B. Silvesterkrawall). Und dann gibt es noch die auch bundesweit bekannte "Gegeninformation". Auflage ca.

10.000. Hier wird in einem der englischen *Class War* nicht unähnlichen Stil der Versuch gemacht, viele, sonst vielleicht nicht so politische Leute über die Situation der Flüchtlinge, rassistische SchreibtischtäterInnen und vor allem natürlich über Kämpfe zu informieren, die Leute anzupauern, sich zu wehren und solidarisch zu sein. Verteilt wird die "Gegeninformation" z.B. im Fußballstadion, auf dem Flohmarkt (dessen Existenz übrigens selbst ein Produkt eines Kampfes ist), in proletarischen Vierteln sowie im Alternativ-Milieu (Kneipen, Konzerte...).
- eine starke Bezugnahme auf die Kämpfe, die stattfinden: seien es jetzt hungerstreikende Flüchtlinge, randalierende MigrantInnenjugendliche nach Solingen etc., sich mit Nazis kloppende Jugendantifas oder die TrägerInnen der jüngsten Riots in Bremen. Diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen...

Von der praktischen Seite gibt es also wenig Grund für die manchmal zu bemerkende Ablehnung des ARAB im Zirkular-Zusammenhang. Zumal das ARAB hier auch für eine rigorose Ablehnung aller staatlichen Vereinnahmungsstrategien laufender Kämpfe steht. "Wir wollen Widersprüche nicht integrieren, sondern zuspitzen", so ungefähr der Common sense. Natürlich ist das praktisch oft ein Seiltanz, und so einfach wie es sich anhört, ist das alles nicht.

Aktuell sind wir gerade an einer Kampagne gegen die Abschiebung von TamilInnen beteiligt. Es gab große Versammlungen, mit 50 - 100 TamilInnen, die ihren Kampf um einen Abschiebestop so bestimmt haben, daß sich auch andere Flüchtlingsgruppen aus anderen Ländern in den Kampf einklinken sollen, um so eine (lokale) Bewegung für ein allgemeinen Abschiebestop entstehen zu lassen. Eine derart sympathische Sichtweise (es geht uns nicht *nur* um uns, wir wollen mit allen kämpfen) muß selbstverständlich unterstützt werden. Am 28. Januar war hier die erste Demonstration für das Bleiberecht und einen Abschiebestop (zunächst für die Menschen aus Sri Lanka), an der sich 250 - 300 Leute beteiligten. Beim Flugblattverteilen fiel eine (für mich erstaunliche) Offenheit vieler PassantInnen auf, etwa die Hälfte nahm die Flugis bereitwillig und interessiert (die Fascho-Sprüche gab es natürlich auch, aber eben nur von einem Teil). Die Demo wurde so auch als Erfolg gewertet. Seit der Demo ist eine ständige "Picket-Line"/Mahnwache vor dem Abschiebeknast im Ostertorviertel, die solange bestehen soll, bis der Abschiebestop erreicht ist. Einzelne Gruppen übernehmen an bestimmten Tagen eine darüber hinausgehende "Programmgestaltung". Für das ARAB bedeutet das z.B., daß ein Film (eventuell über den Aufstand im Abschiebeknast Kassel) an die Wand des gegenüberliegenden Gebäudes projiziert werden soll. Soviel erstmal zur aktuellen Kampagne, es gäbe noch viel zu schreiben, aber das soll es erstmal gewesen sein.

Zu dem Diskussionspapier: Der Text ist nicht für das Zirkular geschrieben worden, sondern bezieht sich auf eine in der "ZAG" (Antira-Zeitung) laufende Debatte. Das tut dem Text aber keinen Abbruch, da er auch so verständlich ist und für sich steht. Der Text hebt sich wohltuend von den Positionen von "Bahamas" bis "Café Morgenland" ab, indem er Flüchtlinge sowohl als Teil einer weltweiten Migrationsbewegung als auch als Teil dieser Gesellschaft begreift. Die sich so ergebenden sozialen Bezugspunkte (Arbeit, Wohnen, Ämter, Knast, öffentlicher Raum...) lassen die Frage nach

gemeinsamen Kämpfen näher rücken. Die Erkenntnis, daß die Klasse hier in Deutschland ganz überproportional aus MigrantInnen besteht, läßt auch die Frage nach dem Klassenkampf in einem ganz anderen Licht erscheinen. Das gleiche gilt für die Erkenntnis, daß viele der Kämpfe der letzten Jahre Kämpfe waren, die von MigrantInnen getragen waren (das gleiche finden wir wieder, wenn wir uns freuen, daß die Klasse im Bausektor "wieder kämpft" und dann feststellen, daß es sich auch hier wieder mehrheitlich um MigrantInnen handelt). Daraus ergeben sich natürlich Fragen: wo gibt es Bezugspunkte der MigrantInnen-Kämpfe untereinander und zu anderen sozialen Kämpfen, an denen z.B. mehrheitlich "Deutsche" beteiligt sind? Sehen die MigrantInnen ihre Kämpfe eigentlich selbst als Klassenkampf, oder sind es "antirassistische Kämpfe" (real sind sie natürlich beides, aber die subjektive Wahrnehmung dürfte nicht unwichtig sein, also zu wissen, *was* die Leute zum Kämpfen bringt)?

Auch wenn der Text nicht für das Zirkular geschrieben war, finde ich seine Veröffentlichung wichtig, weil er sich deutlich abgrenzt von Positionen, die besagen, "alle Deutschen sind RassistInnen", "die soziale Frage ist nicht mehr aktuell" (oder gar strukturell nationalistisch...), oder die in den Flüchtlingen das revolutionäre Subjekt sehen. Stattdessen macht der Text (mit einigen interessanten Informationen auch) deutlich, daß die Flüchtlinge und MigrantInnen hier ein gewichtiger Teil des Proletariats in Deutschland sind, ein kämpferischer Teil dazu, aber daß es keinen Grund dafür gibt, alle anderen Kämpfe als bedeutungslos anzusehen, die MigrantInnen mit Mythen zu überziehen und ihre Kämpfe als von der sozialen Situation losgelösten "Antirassismus-Kampf" anzusehen. Auf die Berührungspunkte, die sich so ergeben, legt das ARAB viel Wert (im Gegensatz zu den "Antideutschen"). Ich denke, die meisten Zirkular-LeserInnen tun dies auch.

In der Hoffnung, daß der Text als Debattenbeitrag angenommen wird und daß sich eine Diskussion darum entwickelt - LET'S GO & FIGHT THE POWER !
Bremen, 1. Februar 1995

Antirassismus in Deutschland

Die Frage nach einem "Deutschen Antirassismus" gibt einen entsetzlichen Titel ab und weist erheblich in die falsche Richtung. Wer wird hier alles unter "deutsch" subsumiert: Männer und Frauen, SozialhilfeempfängerInnen und GroßverdienerInnen, "BetroffenheitsbürgerInnen", Berufs-"AntirassistInnen" und AussiedlerInnen... Und was ist gemeint? Ist Antirassismus "national" zu verstehen, haben wir es hier mit einer Ethnisierung zu tun? Besser würden wir nach einem "Antirassismus in Deutschland" fragen, dem Land des Nationalsozialismus und aufstrebende Weltmacht. Was hinter der Eingangsfrage zu vermuten ist, fragt wohl nach dem deutschen historischen Hintergrund des Rassismusverständnisses und nach der Widersprüchlichkeit antirassistischer Arbeit von Nichtbetroffenen, von Deutschen.

Prämisse: So wie jede britische Einführung zum Thema Rassismus mit der Eroberung

des Kolonialreiches, dem Raub von Naturschätzen und Menschen beginnt und mit der Verwissenschaftlichung durch Darwins Rassenlehre und den Imperialismus endet, so muß jede deutsche Einführung beginnen bei den nach Osten und Südosten gerichteten Expansionsbetrebungen sowie dem Antisemitismus, muß fortfahren mit der nationalsozialistischen Eroberungsstrategie, der Rassenlehre, Bevölkerungspolitik und Massenvernichtung, um vor dem Hintergrund der Wiederherstellung seiner Weltmachtpositionen nach konzeptionellen Kontinuitäten zu fragen.

I.a) Auch wenn es anmaßend scheint, über andere zu sprechen, so muß der Frage nach Theorie und Praxis unserer Arbeit, und warum wir erst so spät einen nachholenden Diskurs entfalteten, die Frage nach der "Verfaßtheit" der Betroffenen, der MigrantInnen vorangestellt werden. Warum gibt es keine antirassistische Bewegung von Betroffenen in Deutschland, wie sie aus der Geschichte der USA, Englands und teilweise auch aus Frankreich bekannt ist? Welches Selbstverständnis haben MigrantInnen, welche Steine legt ihnen der Staat in den Weg, wodurch separiert sich die antirassistische Arbeit von Deutschen von dem Engagement der MigrantInnen?
b) Dennoch ist die Bedeutung der Migrationsbewegung und der Flüchtlings- und MigrantInnenproteste nicht hoch genug einzuschätzen. Die meisten gesellschaftlich bedeutsamen sozialen Proteste der vergangenen 5 Jahre wurden von MigrantInnen oder von antirassistischen und Flüchtlingsgruppen getragen. Erinnert sei nur an die von türkischen und kurdischen Jugendlichen getragenen Berliner Mai-Riots ab 1988, die großen Demonstrationen gegen das Ausländergesetz 1990, die bundesweit beachtete Mobilisierung von Roma, die zahllosen Aktionen des kurdischen Widerstands, die von türkischen und kurdischen MigrantInnen geprägten Demonstrationen nach Mölln und Solingen und ihre tagelangen Aktionen im Ruhrgebiet, die Flüchtlingsproteste gegen die Zwangszuweisungen, gegen die Bedingungen in Sammellagern, Revolten in den Abschiebeknästen in Lingen, Lübeck und Kassel, Besetzungsaktionen und Hungerstreiks.

Daneben gibt es eine antirassistische und Solidaritätsbewegung, angefangen mit den Aktionen gegen das neue Asylverfahrensgesetz, gegen die Sammellager oder den Tag X in Bonn. Zwar ist dies keine originäre soziale Bewegung, wohl aber politischer Ausdruck unter bezugnahme auf eine soziale Bewegung.

Bemerkenswert auch, daß sich viele weitere soziale Brennpunkte von der Seite des Rassismus her erschlossen: Erinnert sei an Aktionen gegen Schließungspläne von Floh- und "Polenmärkten", gegen die Konzepte der Innenstadtsäuberungen, "Bettelverbote", gegen systematische Polizeiübergriffe.
c.) Im übrigen sollten wir nicht dem Fehler verfallen, aus den Zyklen von "Bewegungen" eine Kritik ihrer TrägerInnen abzuleiten. Vieles war gut, und nach einer Niederlage bleibt in der Regel Katzenjammer, Demobilisierung und eine gewisse Desorientierung. Die Frage "Was bringt das Alles?" steht dann oft so sehr im Mittelpunkt, daß eine Weiterentwicklung geradezu unmöglich erscheint. Für jene, die heute noch aktiv sind, ist Antirassismus ein wichtiger Diskurs, der eine bedeutende soziale Bewegung - die Migration - zugrundelegt und mehr oder weniger deutlich

einen emanzipatorischen Gehalt darin sieht. Darin die ewige Suche nach "revolutionären Subjekten" oder ähnlichen Projektionen zu vermuten, wäre zynisch.

II.) Die antirassistische Bewegung in Deutschland ist ganz wesentlich geprägt durch die sog. Asyldebatte. Viele antirassistische Gruppen sind 1990/91 entstanden oder wieder aus der Versenkung aufgetaucht, als eine weitere Verschärfung des Ausländergesetzes in Kraft trat. Hintergrund war die im neuen Ausländergesetz verfaßte Drohung, sog. "de-facto-Flüchtlingen" ihre weitere Duldung abzusprechen und aus Deutschland auszuweisen. Selbst in den Medien war die Rede von "Massenabschiebungen", rund 300.000 Flüchtlinge waren nun so akut von ihrer Abschiebung bedroht, daß es auch zumindest Teile der "weißen, deutschen" Linken auf den Plan rief.

Die rasante Zunahme rassistischer Gewalt seit der Wiedervereinigung, das Pogrom von Hoyerswerda führten andererseits dazu, daß sich in vielen Städten die verschiedensten Gruppen bildeten, um Flüchtlingen "Schutz" vor solchen rassistischen Attacken zu gewähren. Da die deutsche Linke sich traditionell wenig für soziale Belange interessiert und immer furchtbar "moralisch" daherkommt, reagiert sie nicht auf Rassismus als solchen, sondern erst auf dessen offenkundiger Gewaltförmigkeit. Als ob erst Blut fließen oder die Abschiebung in den Tod bevorstehen muß, ehe ein Konflikt richtig dringlich erscheint.

Diese antirassistische Bewegung entstand also recht spät, gemessen an z.B. der Flüchtlingskampagne der RZ, der Diskussion um die imperialistische Flüchtlingspolitik (1986/87) oder den vielfältigen Aktionen der Roma. Insofern ist auch die Diskussion um Rassismus/Antirassismus eine sehr junge.

III.) Wenn wir heute von antirassistischer Bewegung sprechen, müssen wir uns vor Augen halten, daß Antirassismus oftmals ein sehr subjektiver Begriff ist, der gesellschaftliche Zusammenhänge von Herrschaft und Ökonomie weitgehend ausblendet und so mehr zu einer moralischen Kategorie wird. Nirgends ist dies deutlicher geworden als in den "Lichterketten-Inszenierungen" nach Mölln und Solingen: Rassismus wird vielfach nur begriffen als ein "zwischenmenschliches Beziehungsproblem", das allein auf "Mißverständnissen" zwischen einzelnen Menschen, auf "Vorurteilen" beruht.

Linke, autonome und antirassistische Gruppen haben immer wieder versucht, auf die offensichtlichen Zusammenhänge von Asyl- und Ausländerpolitik auf der einen Seite und der rassistischen Gewalt der Faschisten und beifallklatschender BürgerInnen auf der anderen hinzuweisen. Spätestens Rostock hatte überdeutlich zum Ausdruck gebracht, wie weit Innenministerium, Polizei und Faschisten tatsächlich Hand-in-Hand-und-in-Pogromstimmung zusammenwirken und zusammenarbeiten, wie die systematische Zusammenfassung von Flüchtlingen in Sammellagern, ihre gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung und Sonderbehandlung zusammen mit dem rassistischen Trommelfeuer einer "Das Boot ist voll"-Propaganda zum Pogrom führten.

IV.) Die Praxis des Antirassismus-Büros hat zusammengefaßt drei Stützpfeiler: die sozialrechtliche Unterstützung von Flüchtlingen, politische Kampagnen und antirassistische Öffentlichkeitsarbeit. Ersteres ist die Bereitstellung von Ressourcen und Kenntnissen, schlicht Solidarität und gegenseitige Hilfe, nicht jedoch Sozialarbeit, weil die Absicht nicht in der Vermittlung oder Abpufferung sozialer Widersprüche lag,

sondern in der Durchsetzung von Rechten und Ansprüchen. Zweiteres war die Bereitstellung politischer und organisatorischer Kenntnisse, um die Einzelerfahrungen zu einem Thema zu bündeln und kollektive Handlungsfähigkeit herzustellen. Drittes hieß, Nicht-Verhalten oder Rassismus von Deutschen zu kritisieren, sowie Solidarität und Unterstützung zu mobilisieren. Denn schließlich ist Rassismus ein Problem "Weißer".

Jedoch blieb die konkrete politische Praxis der meisten antirassistischen Gruppen angesichts der gewalttätigen Dynamik der rassistischen Anti-Flüchtlingspolitikund ihrer Propaganda weitgehend auf die "Verteidigung" des Asylrechts und auf eine ganze Reihe von "Abwehrkämpfen" beschränkt. So richtig und notwendig es auch war, die einzelnen Etappen der Verschärfung und schließlich weitgehenden Abschaffung des Asylrechts zu kritisieren, blieb der Antirassismus begrenzt auf die Solidarität mit Flüchtlingen, begrenzt auf die Kritik an den Verschärfungen des AsylVfG, den Lebensbedingungen in den Sammellagern, und auf den Versuch, Abschiebungen zu verhindern. Bei aller Notwendigkeit, diese Kämpfe zu führen, und bei allem Bewußtsein darüber, daß diese Kämpfe nicht zuletzt angestoßen wurden durch die verschiedenen Ansätze einer Selbstorganisation von Flüchtlingen und einer Reihe von Kämpfen gegen ihre Ausgrenzung und rassistische Sonderbehandlung nicht nur durch Gesetze, sondern auch durch den Rassismus der Behörden, der Justiz und der Polizei, liegt dieser politischen Praxis ein sehr begrenzter Begriff von Rassismus/Antirassismus zugrunde.

Wo wir Rassismus nur in Form von "Asylgesetzen" wahrnehmen, verlieren wir schnell den Zusammenhang von Rassismus und Migration aus den Augen, und beziehen uns politisch auf eine ganz bestimmte, in rassistischen Sondergesetzen definierten "Figur" von MigrantInnen.

V.) Für die Frage nach den "gemeinsamen Interessen von Deutschen und MigrantInnen" zwei unterschiedliche Ordnungsbegriffe - Deutsche bzw. Flüchtlinge - zum Ausgangspunkt zu nehmen, führt in die Irre. Der eine beschreibt eine Nationalität, der andere einen sozialrechtlichen Status. Zudem subsumieren beide Begriffe ganz unterschiedliche Menschen in unzulässiger Weise: der eine Arme und Reiche, Rechte und Linke etc., der andere "gescheiterte Putschisten" und Kriegsdienstflüchtlinge, wohlhabende Schahanhänger und politische Oppositionelle, Hungerflüchtlinge und "Abenteurer". Beide Begriffe enthalten ethnisierende und reduktionistische Anteile.

Die immer wiederkehrende Frage nach übereinstimmenden Ansätzen der Bedürfnisse und Interessen von Deutschen und MigrantInnen" läßt sich unserer Meinung nach nur aus einer umfassenden Bestimmung dessen, was Rassismus ausmacht, beantworten. Das setzt voraus, daß wir Rassismus als eine Systematik von Ausbeutung und Unterdrückung begreifen, als ein "Terrain des sozialen Krieges". Rassismus ist ein Strukturmerkmal hierachischer Gesellschaften und nicht Resultat der Zuspitzung sozialer Widersprüche. Rassismus ist ein globales soziales Verhältnis mit einer eigenen Geschichte, Migration holt die daraus resultierenden sozialen Widersprüche und damit auch die Kämpfe ins Land. Rassismus ist kein separates soziales Verhältnis, sondern ist unter allen Gesichtspunkten von Innen-, Außen-, Sozial oder Arbeitsmarktpolitik zu

finden. Rassismus wechselt phasenweise sein Gesicht, ist mal mehr, mal weniger offen gewalttätig.

Allein schon deshalb darf sich antirassistische Politik nicht (noch) weiter von allgemeinen sozialen Prozessen abkoppeln: Weder dadurch, daß wir uns nur auf bestimmte "Figuren" der Migration beziehen ("AsylbewerberIn"), sich somit womöglich im schlechtesten sozialpädagogischen Sinn seiner "Klientel" widmet und sich von den Problemen anderer sozialer Gruppen absetzt und womöglich den ganzen Prozeß von Stigmatisierung, Segregation und des Differenzialismus auch noch vorantreibt. Noch dadurch, daß die Möglichkeiten vergleichbarer Ansprüche und - perspektivisch - gleichgerichteter Kämpfe mit dem berechtigten Hinweis auf die Privilegien weißer, deutscher MetropolenbürgerInnen schlichtweg negiert werden. Ein antirassistischer Diskurs, der sich separiert und nicht den gesamten sozialen Raum mitdenkt, in dem Rassismus, Sexismus und Klassismus eine komplexe sozialhierachische Struktur abgeben, bewegt sich in die falsche Richtung. Deshalb muß unterschieden werden zwischen Sozialpädagogik von oben und Antirassismus von unten. Das eine setzt auf Vermittlung, Integration und soziale Kontrolle durch eine Abpufferung und Vermittlung sozialer Konflikte, der andere setzt auf die Entblockierung von sozialen Konflikten und deren Offenlegung zum Zweck der Überwindung.

VI.) Der deutsche antirassistische Diskurs ist zum einen vielfach reduziert auf die soziale Gruppe der Flüchtlinge, sowie zum anderen auf den Aspekt der Gewalt. Rassismus "betrifft" nicht allein MigrantInnen, die über den Gebrauch des Asylrechts nach Deutschland kommen, und umfaßt wesentlich mehr als eine Politik der "geschlossenen Grenzen". Er folgt den methodischen Fehlern eines verkürzten antifaschistischen Begriffs, bzw. der herkömmlichen Gewaltdebatte auf dem Fuße. Rassismus ist jedoch viel mehr als die Asylfrage und Abschiebepraxis, mehr als die Gewalt auf der Straße und die Frage nach den Beweggründen der Täter, mehr als die Frage der Staatsbürgerschaft und Einwanderungsregelungen. Dem militanten und populistischen Rassismus liegt im Kern eine ebenso alltägliche wie umfassende Benachteiligung auf sämtlichen gesellschaftlichen Terrains zugrunde. Dieser strukturelle Rassismus ist ein stiller, doch nicht minder skandalöser, der mehr rund 8 Millionen Menschen betrifft, 10 % der Bevölkerung dieses Landes. Als "Ausländer" leben sie in einem juristischen Ghetto, dessen Grundlage die Verweigerung der Staatsbürgerschaft und damit der umfassenden Staatsbürgerrechte ist. Dies ist jedoch noch nicht einmal der Kern des Problems, aus Großbritannien oder den Vereinigten Staaten wissen wir um die Lebensbedingungen einer schwarzen, asiatischen oder lateinamerikanischen Bevölkerung, die ungeachtet aller sozialen Rechte und Antidiskriminierungsgesetze überproportional benachteiligt sind. Hinter den ganz unterschiedlichen Formen des formellen Rassismus verbirgt sich eine hierzulande bislang weitgehend unbeachtete soziale und politökonomische Dimension. Unter nahezu allen gesellschaftlichen Aspekten und Kriterien sind jene "Ausländer" genannten MigrantInnen überproportional stark betroffen, bzw. benachteiligt. Rassismus bedeutet u.a. die systematische Unterprivilegierung von MigrantInnen, ihre Unterversorgung (Wohnen, Arbeiten, Bildung usw.), Diskriminierung (u.a. Polizei und Justiz) und Ausgrenzung.

Insofern führt die Debatte um das Verhältnis von Rassismus und sozialer Frage in die Irre, den einen dient sie der Belebung akademischer ordnungsbegrifflicher und Methodenstreits, den anderen der Begründung idealisierter und ideologischer Gegensätze. Rasse ist ebenso wie Geschlecht ein soziales Konstrukt, Rassismus ein soziales Verhältnis, unterliegt ständigen Veränderungen und nimmt im Zuge sozialer Prozesse immer neue Gesichter an. Rassismus ist weder die soziale Frage, noch unabhängig von ihr denkbar, er ist ebenso wie der Sexismus und die politische Ökonomie Strukturmerkmal von Hierachien im sozialen Raum. Ebensosehr wie die politische Ökonomie eine sexistische und rassistische Dimension hat, haben Sexismus bzw. Rassismus eine permanente soziale Dimension. Die Zusammenhänge sind dergestalt, daß unter jedem Einzelaspekt der sozialen Frage, also von Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheit und Justiz, ebenso wie in der Frage demokratischer und sozialer Sicherheiten "Ausländer", bzw. MigrantInnen überproportional benachteiligt sind. Unter allen Gesichtspunkten von Unterversorgung sind sie Mehrfachbetroffene. Es ist eine Binsenweisheit, daß sie parallel zu Frauen als erste von Entgarantierung, Entlassungen und Arbeitslosigkeit betroffen werden. Von allen Prozessen gesellschaftlicher Deregulierung, Entrechtung oder Paradigmenwechseln in der Innen- und Sicherheitspolitik sind sie darüberhinaus Experimentierfeld neuer gesellschaftlicher Verhältnisse. Deshalb geraten "Ausländer" und "Schwarze", MigrantInnen und Rassismus so häufig in den strategischen Mittelpunkt der sozialen Konfrontation und deshalb heißt, sich mit Rassismus auseinanderzusetzen, dann u.a. auch, sich mit Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bevölkerungspolitik auseinanderzusetzen.

VII.) MigrantInnen stellen die Verteilung des Wohlstandes in Frage, sie fordern die Privilegien jeder Weißen heraus, sie erwarten soziale Garantien vom Sozialstaat und fordern Solidarität. Ihre antirassistischen Kämpfe sind soziale Kämpfe, sind Kämpfe gegen ihre Ausgrenzung, gegen ihre Diskriminierung und es sind Kämpfe für ganz "normale" Rechte und Garantien, die ihnen die rassistische Gesellschaft jedoch vehement und systematisch verweigert. Das zu erkennen und in anderen gesellschaftlichen Konflikten und Prozessen zu vermitteln, die Legitimität ihrer Kämpfe zu unterstreichen, und ihnen unsere Solidarität zu versichern, ist Aufgabe einer jeden antirassistischen Politik. Es muß uns perspektivisch tatsächlich darum gehen, antirassistische Politik und Positionen in allen gesellschaftlichen Bereichen und Kämpfen zu entwickeln, und nicht umgekehrt, Antirassismus zum Kampf-an-sich zu erklären. Perspektivisch deshalb, weil wir davon noch ein gutes Stück entfernt sind, aber auch, weil die letzten Jahre weniger von vielfältigen Kämpfen als vielmehr von gesellschaftlichen Umbrüchen gekennzeichnet waren.

Bestandteil der so nötigen gemeinsamen Diskussion und kritischen Reflexion unserer, auch unterschiedlichen, politischen Praxis müßte darüberhinaus sein, Erfahrungen des antifaschistischen Widerstands wie auch anderer sozialer Kämpfe in die Debatte mitaufzunehmen. Ein hartes Stück Arbeit.

(Diesen Beitrag verstehen wir als eine Ergänzung zum "Winterpaper" und zum in der ZAG Nr. 12 erschienenen Beitrag "The burning spear of anti-racism")

ANTI-RASSISMUS-BÜRO Bremen, Januar 1995

US-Großbank drängt auf Zerschlagung der Zapatisten: »Lackmustest für die politische Stabilität in Mexiko«

Eine mächtige US-amerikanische Bank fordert in Namen der Sicherheit der Investoren von der mexikanischen Regierung die Vernichtung der aufständischen Zapatisten in Chiapas. An der Spitze der einflußreichen Kriegstreibertruppe an der Wall Street steht die *Chase Bank*, insbesondere deren *Markterschließungsabteilung* bangt um ihre in Mexiko investierten mehreren Milliarden Dollar. Ein Bankeninsider gab *Counterpunch* das »Political Update on Mexiko« der *Chase Bank* vom 13.Januar, in diesem Papier stellt die Bank frei heraus fest: »Die Regierung wird die Zapatisten eliminieren müssen, um ihre wirksame Kontrolle des nationalen Territoriums und der Sicherheitspolitik zu demonstrieren.«

Die *Chase Bank* gibt sich nicht der Illusion hin, daß die Zapatisten den Peso-Crash vom Dezember verursacht hätte. Die *Chase Bank* ist sich durchaus im klaren darüber, daß der Zusammenbruch der mexikanischen Wirtschaft durch die Überbewertung des Pesos verursacht wurde, welche es US-amerikanischen Investoren wie ihr selbst ermöglicht hatte, ihre Spekulationsgewinne aus mexikanischen Schatzbriefen heim in den Schoß des Dollars zu bringen.

Jetzt befürchten US-amerikanische Finanzleute und Strategen, daß die von dem Neuling Ernesto Zedillo geführte mexikanische Regierung ins Wanken gerät, im Konflikt mit den Zapatistas Zeit gewinnen will und versuchen wird, die Unzufriedenheit im Lande zu besänftigen – mehr, als dies Washingtons alter Vertrauter Ex-Präsident Carlos Salinas getan hätte.

Aber jegliche Beschwichtigungspolitik gegenüber der weitverbreiteten Wut wird auf Kosten der Investoren gehen, deren Sicherheit der NAFTA- Vertrag ja im wesentlichen garantieren sollte. Daher die Notwendigkeit, Subcommandante Marcos und seine GenossInnen zu erledigen. Die *Chase Bank* drückt dies so aus: »In unseren Augen stellt Chiapas zwar keine fundamentale Bedrohung der politischen Stabilität in Mexiko dar, aber viele Investoren nehmen es so wahr.

Die Möglichkeit einer Verhandlungslösung des Konfliktes in Chiapas wird von der *Chase Bank* heruntergespielt, da »eine friedliche Lösung in der gegenwärtigen Lage nur schwer vorstellbar« sei. Zedillo wird kaum das Vertrauen der Zapatisten und ihrer Unterstützer erlangen können, da »die Währungskrise für ökonomische und soziale Reformen verfügbaren Mittel begrenzt«. Die ausländischen Investoren haben mit anderen Worten ein Vorrecht auf die schwindenden Reserven des mexikanischen Finanzministeriums, weshalb für die Durchführung der Programme gegen die Armut, die Zedillo für Chiapas versprochen hat, praktisch nichts übrig bleiben wird.

Verfasser dieser Notizen aus der *Markterschließungsabteilung* der *Chase Bank* ist Riordan Roett, Koordinator der Lateinamerika-Studien an der *Hopkins School of Advanced International Studies* und zur Zeit für seine Beratertätigkeit bei der *Chase Bank* beurlaubt. (...)

Wie ein Informant uns berichtete, ist Roett besonders verbittert über die Ereignisse südlich der Grenze, weil er leitenden Beamten der *Chase Bank* versichert hatte, daß auf Zedillo – den er seit einem Jahrzehnt kennt – Verlaß sei, wenn es um die Interessen der ausländischen Investoren gehe. Beruhigt hatte die *Chase Bank* ihre Investitionen in Mexiko ausgeweitet, was sich rächte, als das riesige Handelsdefizit Zedillo zur Abwertung des Peso zwang. (...)

Roett hat all seine Verbindungen in Washington spielen lassen, um Unterstützung für seine Politik der verbrannten Erde in Mexiko zu bekommen und zu fordern, daß der Kongreß Clintons 40-Milliarden-Hilfspaket für die *Chase Bank* und andere Investoren schnellstens bewilligt. Dieses Problem wurde dadurch gelöst, daß Clinton angesichts einer sicheren Niederlage im Kongreß Notstandsgesetze benutzte, um einen neues Hilfspaket durchzusetzen. Roett hat Bob Dole (ein-

flußreicher republikanischer Senator, der auch als Präsidentschaftskandidat im Gespräch ist, *Anm. des Übersetzers*) instruiert, vor dem Senatspräsidium, in dem Konservative wie Trent Lott und Malcolm Wallop sitzen, ausgesagt, Beamte des State Departement beraten und am 11.1.95 bei einem Seminar des *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) eine Rede vor mehreren hundert Führungskräften aus Politik und Wirtschaft gehalten.

Bei dieser Gelegenheit war Roett fast hysterisch. Die Kunden würden ihn permanent fragen, warum die mexikanische Regierung die Zapatisten nicht unter Kontrolle bekommt. Roett führte aus, »aus der Sicht der Investoren ist es wichtig, das Thema Chiapas so schnell wie möglich zu erledigen«. Er gab zu, daß seine Aufforderung zum Krieg, falls Zedillo sich danach richten sollte, ein negatives internationales Echo haben könnte, aber »bei unerschrockenen Aktionen fallen immer politische Kosten an«.

Roetts Ausführungen fanden geneigte Zuhörer. (...) Die Starkolumnistin Georgie Anne Geyer schrieb wenige Tage später einen Artikel, in dem sie sagte: »Niemand auf diesem Seminar hat die Situation in Mexiko besser erklärt als Roett«. Sie fügte hinzu, daß sich »die anwesenden Fachleute und Finanzmanager einig zu sein schienen, daß [durch die Zapatistas] zwar keine eine breite Revolte in ganz Mexiko droht, sie aber zu einem Lackmustest für Mexikos Stabilität geworden sind«.

Dalal Baer vom CSIS, der das Seminars moderierte, dankte Roett für seine Ausführungen und beklagte das mexikanische Dilemma. Die mexikanische Regierung stehe unter dem Druck, das politische System öffnen zu müssen, auch wenn »die Finanzmärkte auf mehr Demokratie nicht positiv reagieren werden, da dies auch zu mehr Unwägbarkeiten führen wird«. Wie Roett und viele andere »Akademiker« ist Baer eine Kreatur der Wall Street. Er arbeitet als Berater bei *Bear Sterns & Company*.

David Malpass, ein Direktor bei *Bear Sterns & Company*, fordert von Zedillo im Austausch für die von der US-Regierung organisierte Milliardenhilfe eine Beruhigung der ausländischen Investoren mittels einer »gigantischen Wiederherstellung des Vertrauens«. Malpass und andere schlugen weitere Privatisierungen vor wie die Zulassung hundertprozentigen ausländischen Eigentums am Bankensystem und die Öffnung der mexikanischen Ölindustrie. Was bei dem Seminar nicht diskutiert wurde, daß einige Republikaner im Kongreß im Auftrag von Jorge Mas Canosa, dem Chef der *Cuban American National Foundation* aus Miami, einen Stopp der mexikanischen Geschäftskredite an Kuba fordern.

Momentan werden Zedillo und die Mehrheit der PRI Roetts »Endlösung« für Chiapas wahrscheinlich noch ablehnen. Ein Beamter des Innenministeriums sagte auf dem Seminar, die Forderung des Mannes der *Chase Bank* sein »unannehmbar«.

Aber es gibt starke Kräfte in Mexiko, die Roetts Analyse gern hören werden. Mexikanische Geschäftsleute trafen sich am 18. Dezember vergangenen Jahres Berichten zufolge mit Zedillo, um von der neuen Regierung eine Offensive in Chiapas zu fordern. Einige hochrangige Militärs machen sich schon seit längerem für einen Krieg stark. Nach Berichten aus Santiago und Buenos Aires sind militärische Berater aus Chile und Argentinien – zwei der brutalsten Armeen Lateinamerikas, verantwortlich für viele Tausend Tote in den »schmutzigen Kriegen« der 70er Jahre – zur Ausbildung der mexikanischen Truppen geschickt worden. Eine Parallele zum Beginn der 80er Jahre, als Offiziere aus Argentinien nach Nicaragua entsandt wurden, um dort die Contras auszubilden.

(von Ken Silverstein und Alexander Cockburn;
übersetzt aus der Zeitung Counterpunch, *Vol. 2. Nr. 3 vom 1. Februar 1995)*

Arbeitsrecht für Flüchtlinge:
Keine Angst vor Chefs, Arbeitsämtern und Arbeitsgerichten!

Flüchtlinge bekommen nur die miesen Jobs, die sonst niemand haben will. Dafür sorgen die staatlichen Regelungen zur Arbeitserlaubnis. Von den Chefs werden sie oft noch zusätzlich beschissen - weil sie besonders erpressbar sind, oder weil sie ihre Rechte gar nicht kennen.
Die Broschüre (16 Seiten A5, bisher auf deutsch und französisch) soll Flüchtlingen Informationen an die Hand geben, aber auch ein erster Schritt sein zu einer Auseinandersetzung mit der Ausbeutung und gemeinsamen Aktionen dagegen. Sie enthält Informationen zu:

☆ Arbeitserlaubnis ☆ Arbeitslosenunterstützung ☆ Lohnfortzahlung ☆ Urlaub ☆ Feiertage ☆ Kündigung ☆ Arbeitsgerichtsprozesse ☆ Zwangsarbeit nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ☆ Schwarzarbeit ☆ Saisonarbeit und Werkverträge ☆

Bestellungen gegen Briefmarken oder Scheck an: Jugendclub Courage, Bismarckstr. 40, 50672 Köln (Deutsche Ausgabe: 1 Ex. 2 DM, 5 Ex. 4 DM, 10 Ex. 6 DM, 20 Ex. 10 DM, incl. Porto. Französisch: Kopiervorlage)

Sonderblätter der "Aktion" zu Chiapas

Die Zeitschrift "Die Aktion" (Edition Nautilus) hat eine Sondernummer herausgebracht mit der Übersetzung eines mexikanischen Buches von *Marta Durán de Huerta Patino*: "Viva Zapata! Gespräche mit Subcommandante Marcos in Chiapas". Der Sonderband enthält neben dem Editorial von *Lutz Schulenburg* noch einen Aufsatz von *Antonio García de León* über "Die Motive von Chiapas". Das Heft kostet 12 DM. Außerdem hat "Die Aktion" damit begonnen, in kürzeren Abständen Sonderblätter mit Nachrichten aus und über Chiapas, darunter Kommuniques der EZLN, herauszubringen. Geplant ist für die nächsten Wochen eine regelmäßige Berichterstattung aus Chiapas. Wer Informationen hat, auch über Solidaritätsaktionen usw., sollte das Material entweder per Mailbox an die Hamburger Zirkularredaktion oder direkt an "Die Aktion" schicken.

Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg,
Tel: 040-7213536 Fax: 040-7218399